

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Gutachten - Einstellungen zur Demokratie

Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 13. November 2003 an die Präsidentin des Landtags:

"Anliegend übersende ich Ihnen das Gutachten - Einstellungen zur Demokratie (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003) - des Instituts für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Ich bitte Sie, den Abgeordneten des Thüringer Landtags das Gutachten am Morgen des 14. November 2003 zur Verfügung zu stellen.

Die Autoren werden am Freitagmittag, dem 14. November 2003, in einer Pressekonzferenz das Gutachten der Öffentlichkeit vorstellen."

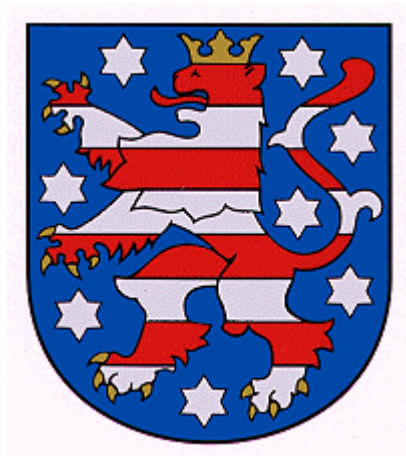
Wucherpfennig
Staatssekretär

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Das Gutachten - Einstellungen zur Demokratie (Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003) - wurde bereits an die Abgeordneten verteilt. Es kann auch in der Landtagsbibliothek, im Landtagsinformationssystem und im Internet unter der Internetadresse www.landtag.thueringen.de unter obiger Drucksachenummer eingesehen werden.

Vorabdruck verteilt am: 14. November 2003

POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Einstellungen zur Demokratie Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003

**Klaus Dicke · Michael Edinger
Andreas Hallermann · Karl Schmitt**

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	5
I. Einleitung	6
II. Gesellschaftlicher Wandel in Thüringen und Ostdeutschland	8
1. Thüringen-Identität	8
2. Die Wahrnehmung der sozialen und ökonomischen Veränderungen seit der deutschen Einheit	11
3. Reformen und Reformbereitschaft	18
III. Wahrnehmungen der Politik	25
1. Politisches Interesse und politische Informiertheit	25
2. Einstellungen zu Politik und Politikern	29
2.1. Politikverdrossenheit oder mangelnde Systemunterstützung?	29
2.2. Einstellungen zur Politik im Allgemeinen	30
2.3. Einstellungen zu den politischen Parteien	32
2.4. Einstellungen zu den Politikern	36
2.5. Vertrauen in Institutionen	37
3. Zusammenfassung	38
IV. Demokratieverständnis und Partizipation	40
1. Die Unterstützung der Demokratie	41
2. Demokratieverständnis	45
3. Determinanten der Demokratieunterstützung	51
4. Konsequenzen fehlender Demokratieunterstützung	61
V. Ablehnung der Demokratie: Rechtsextreme Einstellungen	67
VI. Fazit und Ausblick	78
1. Wichtige Ergebnisse im Überblick	78
2. Beurteilung der Einstellungen zur Demokratie im Zusammenhang	80
Literatur	82
Anhang: Tabellarische Übersichten	85

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	„Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ – 2000 und 2003 im Vergleich	8
Abb. 2:	„Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern“ – 2000 und 2003 im Vergleich	9
Abb. 3:	Abwanderung wahrscheinlich oder sicher – 2002 und 2003 nach Alter	10
Abb. 4:	Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 – 2003	11
Abb. 5:	Empfinden, gerechten Anteil zu haben, nach eigener finanzieller Lage und materieller Lage im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt	13
Abb. 6:	Bewertung der deutschen Einheit nach eigener finanzieller Lage, ostdeutschem Diskriminierungsgefühl und Empfinden, gerechten Anteil zu haben	15
Abb. 7:	Bewertung der DDR 2001 – 2003: DDR – mehr gute als schlechte Seiten	17
Abb. 8:	Positives DDR-Bild und Wunsch, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren, nach sozio-ökonomischer und sozio-kultureller (ostdeutscher) Deprivation	18
Abb. 9:	Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nach Kindern im Haushalt und finanzieller Lage	19
Abb. 10:	Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes geht in die falsche Richtung	21
Abb. 11:	Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung – nach eigener finanzieller Lage	21
Abb. 12:	Beiträge der Krankenversicherung erhöhen statt Leistungen einzuschränken – nach Alter und Geschlecht	22
Abb. 13:	Staatliche und / oder private Altersvorsorge – nach eigener finanzieller Lage	23
Abb. 14:	Interesse für Politik – 2002 und 2003	25
Abb. 15:	Anzahl der Informationsquellen über Politik nach politischem Interesse	26
Abb. 16:	Vertrauen in Fernsehsender – öffentlich-rechtliche und private	28
Abb. 17:	„In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“ – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003	31
Abb. 18:	Vertrauen in politische Parteien – getrennt nach Einstellung zur Politik allgemein	33

Abb. 19:	„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003	34
Abb. 20:	Beste Bewertung einer etablierten Partei	35
Abb. 21:	Anzahl der positiven Bewertungen von sieben Politikern	36
Abb. 22:	Vertrauen in Institutionen 2003	37
Abb. 23:	Vertrauen in Institutionen 2000 bis 2003	38
Abb. 24:	Bewertung der Demokratie als Staatsidee 2001 – 2003	42
Abb. 25:	Bewertung der Demokratie in der Praxis 2001 – 2003	43
Abb. 26:	Ausgewählte Dimensionen des Demokratieverständnisses nach Einstellungen zur Demokratie	49
Abb. 27:	Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie nach eigener finanzieller Lage und wirtschaftlicher Situation in Thüringen	52
Abb. 28:	Zufriedenheit mit der Demokratie nach allgemeinem Institutionenvertrauen und politischem Institutionenvertrauen	53
Abb. 29:	Bejahung der Demokratie als Staatsidee nach Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht und Empfinden, einen gerechten Anteil zu erhalten	55
Abb. 30:	Deprivation und Einstellungen zur Demokratie 2001 – 2003	59
Abb. 31:	Einstellungen zur Demokratie nach Bewertung der deutschen Einheit und Bewertung der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung	60
Abb. 32:	Nichtwähleranteile nach Interesse für Politik	62
Abb. 33:	Nichtwähleranteile nach Einstellung zur Demokratie	63
Abb. 34:	Politische Aktivität nach Bildung	64
Abb. 35:	Politische Aktivität nach Einstellungen zur Demokratie	65
Abb. 36:	Bewertung der beiden nationalistischen Statements 2001 – 2003	69
Abb. 37:	Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung	71
Abb. 38:	Rechtsextremismus nach ostdeutschem Diskriminierungsempfinden	73
Abb. 39:	Rechtsextremismus nach Einstellungen zur Demokratie	75
Abb. 40:	Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Bild und Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung	76

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Eigene finanzielle Situation – nach Anzahl der Kinder im Haushalt	20
Tab. 2:	Quellen für Informationen über Politik	27
Tab. 3:	„In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“ – Zustimmung nach Altersgruppen	31
Tab. 4:	Sympathiebekundungen gegenüber den etablierten Parteien – 2000 und 2003	35
Tab. 5:	Typologie der Einstellungen zur Demokratie	44
Tab. 6:	Bewertung der Statements zum Demokratieverständnis	46
Tab. 7:	Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit	57
Tab. 8:	Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratie als Staatsidee	58
Tab. 9:	Zustimmung zu den zehn Rechtsextremismus-Statements 2001 bis 2003	68

Vorwort

Die in den vergangenen drei Jahren vorgelegten Studien zum „Thüringen-Monitor“ haben jeweils die politischen Einstellungen der Thüringer zur Politik generell und zu einem ausgewählten Schwerpunkt einer politikwissenschaftlichen Analyse unterzogen. Der Rechtsextremismus, die politischen Einstellungen Jugendlicher und die Familie waren die bisherigen Schwerpunkte. In der hiermit der Öffentlichkeit vorgelegten vierten Untersuchung unterzieht das Forscherteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena die Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer zur Demokratie einer genaueren Analyse. Wie in den vergangenen Jahren lag der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung eine repräsentative Telefonbefragung („Thüringen-Monitor“) zugrunde, die von „Infratest dimap“ zwischen dem 3. und 9. September 2003 unter 1.000 wahlberechtigten Thüringer Bürgern durchgeführt wurde. Die konkreten Frageformulierungen und die Ergebnisse der Umfrage können in dem der Studie angehängten Tabellenteil nachvollzogen werden.

Die diesjährige Studie, in der erstmals auch belastbare Trendaussagen möglich sind, sucht die Einstellung zur Demokratie im Freistaat in folgender Gliederung zu erfassen: Nach einer Einführung in den ebenso komplexen wie voraussetzungsreichen Begriff der Demokratie (I) befasst sich die Untersuchung zunächst mit Einstellungen zu Thüringen und zum gesellschaftlichen Wandel im Freistaat (II). Der Schwerpunkt der diesjährigen Studie ist zweigeteilt: Zunächst steht die Wahrnehmung der Politik durch die Thüringer, und hier insbesondere ihre Bewertung politischer Institutionen, politischer Parteien und der Politiker im Vordergrund (III). In einem zweiten Schritt werden die Einstellungen zur Demokratie im eigentlichen Sinne einer genaueren Analyse unterzogen (IV). Auch in diesem Jahr ist ein gesondertes Kapitel dem Rechtsextremismus gewidmet (V). Im Schlusskapitel werden die Ergebnisse zusammengefasst und auf die bisherigen Aussagen über das „demokratische Fundament“ in Thüringen bezogen (VI).

Die Autoren danken „Infratest dimap“ und namentlich den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto für die unkomplizierte und konstruktive Zusammenarbeit in jeder Phase des Projekts. Unser Dank geht ferner an Herrn Immo Wittig, der den Tabellenanhang erstellt hat, an Herrn Thomas Bauer für die Datenaufbereitung und an Herrn Lars Vogel für die Literaturrecherche.

Jena, den 22. Oktober 2003

Klaus Dicke

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I. Einleitung

Der Freistaat Thüringen definiert sich in Art. 44 Abs. 1 Satz 2 seiner Verfassung als „ein demokratischer, sozialer und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen verpflichteter Rechtsstaat“. Zentrale Aufgabe der Untersuchungen des Thüringen-Monitors ist die Beantwortung der Frage, ob, in welchem Umfang und mit welchen Brechungen und Defiziten die Festlegung des Freistaats auf die Demokratie in den politischen Einstellungen der Thüringer eine Entsprechung findet, ob und wie weit sich mit anderen Worten die Verfassungsnorm „Demokratie“ mit der Wirklichkeit der „politischen Kultur“ in Thüringen deckt. Die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zeigten, dass einerseits von „robusten Wurzeln“ beziehungsweise einem festen Fundament demokratischer Einstellungen in Thüringen auszugehen ist, dass andererseits aber namentlich im Bereich rechtsextremer Einstellungen Deprivationsängste und andere „Stressfaktoren“ die Festigkeit des Wurzelwerks beeinträchtigen und dem demokratischen Fundament „feine Risse“ (Thüringen-Monitor 2002: 70) beibringen können. Nicht zuletzt weil mit der hier vorgelegten vierten Untersuchung gefestigte Tendaussagen erstmals möglich sind, lag es nahe, das Generalthema der Monitore auch zum Spezialthema der diesjährigen Studie zu machen und die Einstellungen der Thüringer zur Demokratie genauer zu analysieren.

Demokratie ist eine höchst komplexe und voraussetzungsreiche Verfassungsform, sodass zunächst einige Erläuterungen zu ihrem Verständnis angebracht sind. Auszugehen ist dabei von einem engen und einem weiten Verständnis des Begriffs Demokratie. Im engeren Verständnis meint Demokratie die freie Selbstregierung eines Volkes. Zur Erläuterung des Begriffs wird oft auf eine von Abraham Lincoln geprägte Formel zurückgegriffen, nach der Demokratie „government of the people, by the people, for the people“ sei. Damit sind drei verschiedene Voraussetzungen einer Demokratie benannt: Erstens ist Politik in der Demokratie Sache des Volkes, also der sich bewusst als Handlungseinheit begreifenden Bürgergemeinschaft. Demokratie setzt freie, sich um die Belange der Allgemeinheit kümmernde, engagierte Bürger, sie setzt, wie im Thüringen-Monitor 2002 mit Hegel formuliert wurde, „freie, selbständige Personen, die für sich sorgen“ und nicht „Leibeigene, für die der Herr oder der Staat sorgt“ voraus. Demokratie setzt zweitens eine politische Organisationsform voraus, in der alle „hoheitlichen“, also mit Anspruch auf Befolgung durch die Bürger erlassenen Akte auf den Willen des Volkes zurückführbar sein müssen. Regelmäßige Wahlen, Partizipations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Bürger ohne Rücksicht auf deren Stand, Herkunft, Bildung, Geschlecht oder andere qualifizierende Merkmale sichern die Freiheit und Gleichheit der Bürger als unaufgebbare Grundlage jeder Demokratie. Und drittens erfordert demokratische Politik ein Verantwortungs- und Vertrauensverhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Die Sache des Volkes und nichts anderes hat in dieser Hinsicht im Zentrum politischer Beratungen, Entscheidungen und Handlungen zu stehen. Die englische Tradition der Demokratie spricht hier von einem „treuhänderischen“ (trust-) Verhältnis zwischen Volk und Regierung oder von „verantwortlichem Regieren“ („responsive government“).

Von diesem, die Grundwerte und Grundsätze der Demokratie benennenden engeren ist ein weites Verständnis des Begriffs Demokratie zu unterscheiden, das auf die moderne Verwirklichungsform des sog. „demokratischen Verfassungsstaates“ abzielt. Die Bezeichnung „demokratischer Verfassungsstaat“, für den Demokratie hier eine Kurzform darstellt, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Politikwissenschaft durchgesetzt und hat die älteren Begriffe der „liberalen“ oder der „westlichen Demokratie“ abgelöst. Er setzt sich aus min-

destens fünf unterschiedlichen Grundwerten und Komplexen von Normen und Regeln zusammen: erstens Grund- und Menschenrechte, zweitens Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, drittens Demokratie im oben erläuterten engeren Sinne, viertens subsidiäre Sozialstaatlichkeit und fünftens Unterwerfung unter das allgemeine Völkerrecht. Es ist hier nicht der Ort, das komplizierte Ergänzungs-, aber auch Spannungsverhältnis dieser fünf Normkomplexe eines demokratischen Staates darzulegen (dazu Dicke 2000), doch ist darauf hinzuweisen, dass demokratische Politik allen fünf Elementen Rechnung zu tragen und sie immer wieder neu zu einem Ausgleich zu bringen hat. Gerade in einer Demokratie muss deshalb bei der Beurteilung von Politikern – und übrigens auch bei der Darstellung der Politik in den Medien – in Rechnung gestellt werden, wie anspruchsvoll und kompliziert diese Aufgabe im politischen Alltagsgeschäft ist.

Vor diesem Hintergrund stehen im Thüringen-Monitor 2003 vor allem fünf Fragen im Vordergrund des Interesses:

1. Wie fest verankert sind, in der Momentaufnahme des Sommers 2003, diese einzelnen Elemente der Demokratie in der politischen Kultur der Thüringer? Wo liegen Stärken, wo sind Defizite erkennbar?
2. Wie stellt sich in der Sichtweise der Thüringer Bürger das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten im Freistaat und in Deutschland dar? Wie werden Politik und Politiker beurteilt?
3. Wie stark ist die „Stressbelastung“ des demokratischen Fundaments im Freistaat durch die in den aktuellen Reformdebatten diskutierten Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf den Umbau des Sozialstaates?
4. Artikuliert – oder gar: formiert – sich der Rechtsradikalismus als eine den demokratischen Bestand bedrohende Alternative zum demokratischen System und zu demokratischer Politik?
5. Welche Trends lassen sich mit Blick auf die Ergebnisse der Vorjahre ausmachen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen wird im Vergleich zu den vergangenen Untersuchungen stärker auf allgemeine Forschungsergebnisse zur Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland und insbesondere in den ostdeutschen Ländern Bezug genommen.

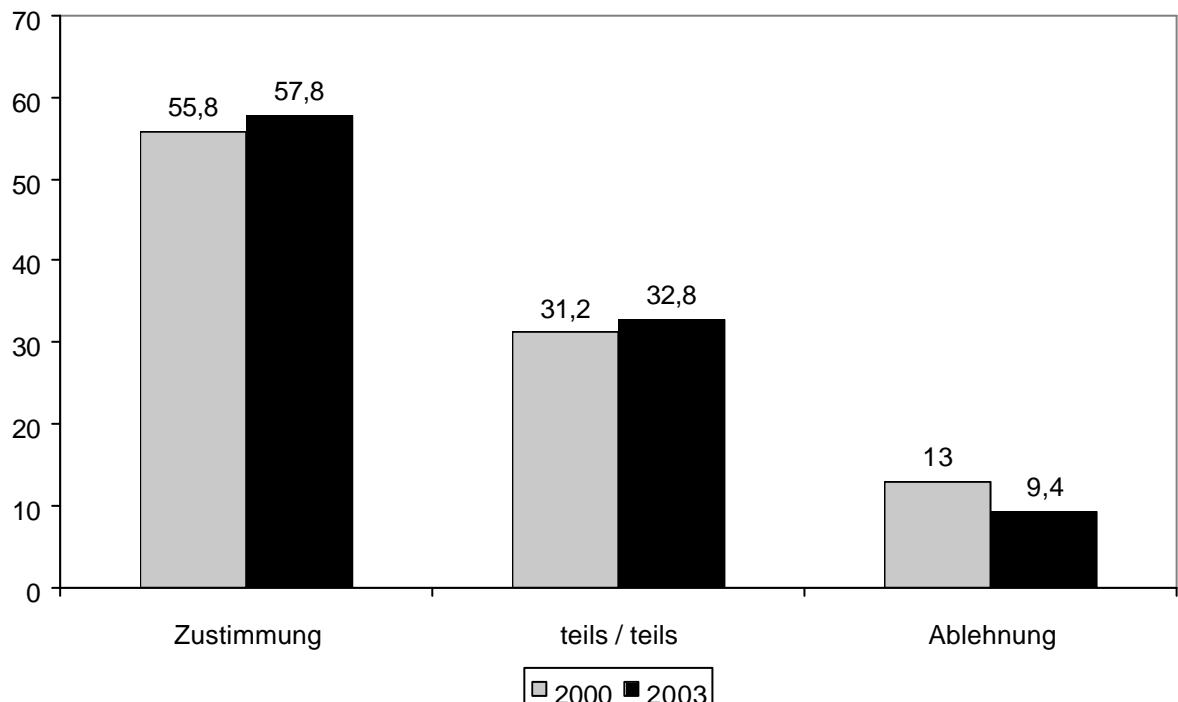
II. Gesellschaftlicher Wandel in Thüringen und Ostdeutschland

1. Thüringen-Identität

Bereits die Untersuchungen zur politischen Kultur in Thüringen in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass die Thüringer sehr an ihrer Heimat hängen. „Die Heimatverbundenheit ist (...) stark entwickelt“ (Thüringen-Monitor 2000: 38) und „Thüringen ist ein Land mit Zukunft“ (Thüringen-Monitor 2001: 13). Wie in den Vorjahren so ist auch im Jahr 2003 die Identifikation mit Thüringen ungebrochen hoch. Weiterhin fühlt sich fast jeder zweite Befragte in erster Linie als Thüringer, etwa jeder dritte in erster Linie als Deutscher und nur jeder siebte als Ostdeutscher.

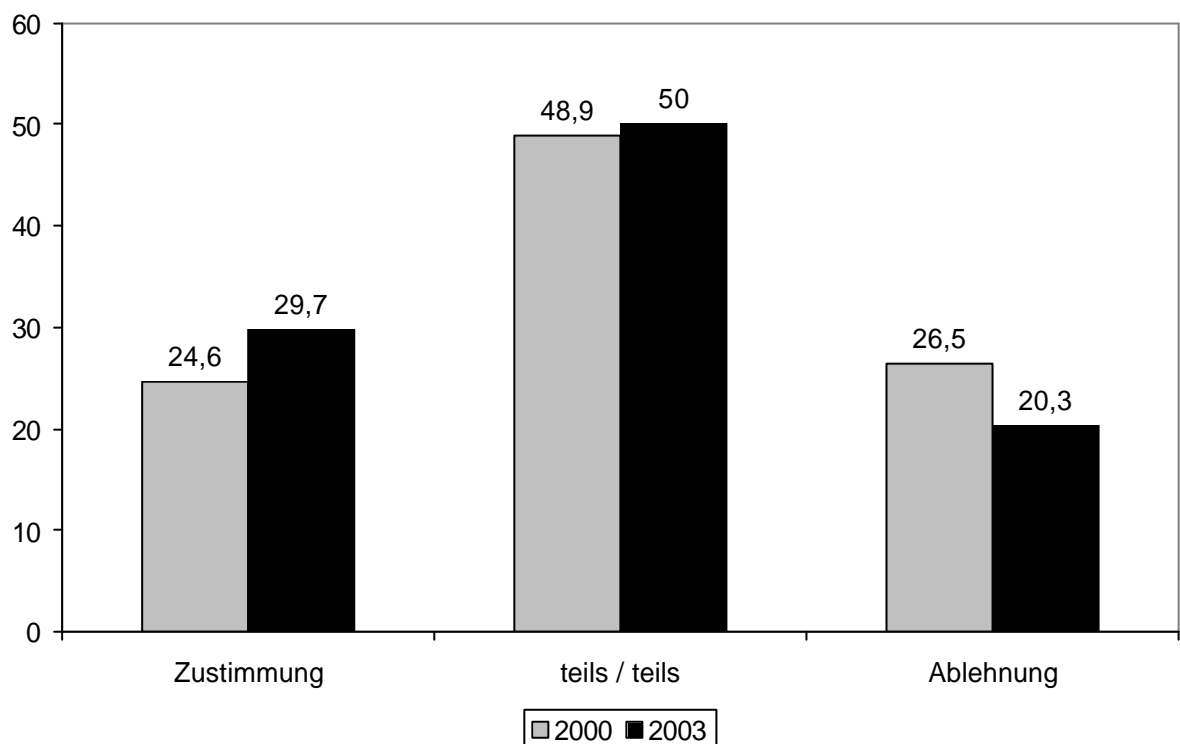
Wie in den Vorjahren ist auch im Jahr 2003 eine deutliche Mehrheit der Thüringer der Meinung, dass Thüringen den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht. Diese stabile und sogar leicht angestiegene Einschätzung ist mit steigendem Alter und bei Frauen etwas häufiger als bei Männern. Bemerkenswerte Unterschiede zeigen sich aber erst beim Bildungsniveau, denn die Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss bewerten Thüringen in diesem Vergleich deutlich skeptischer als die übrigen Befragten.

Abb. 1: *„Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen“ – 2000 und 2003 im Vergleich (in Prozent)*



Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich eine leichte Verbesserung der Einschätzung Thüringens. Allerdings lässt sich nicht überprüfen, an welche Vorzüge oder Nachteile die Befragten denn bei der Einschätzung der Bundesländer gedacht haben. Auch im direkten Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern schneidet Thüringen in den Augen seiner Bürger besser ab als noch im Jahr 2000. Mittlerweile denken drei von zehn Thüringer, dass die wirtschaftliche Lage in ihrem Bundesland besser ist als in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Auf der anderen Seite lehnen nur noch zwei von zehn Befragten diese Einschätzung ab, während der Anteil der Unentschiedenen in etwa gleich geblieben ist.

Abb. 2: *„Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern“ – 2000 und 2003 im Vergleich (in Prozent)*



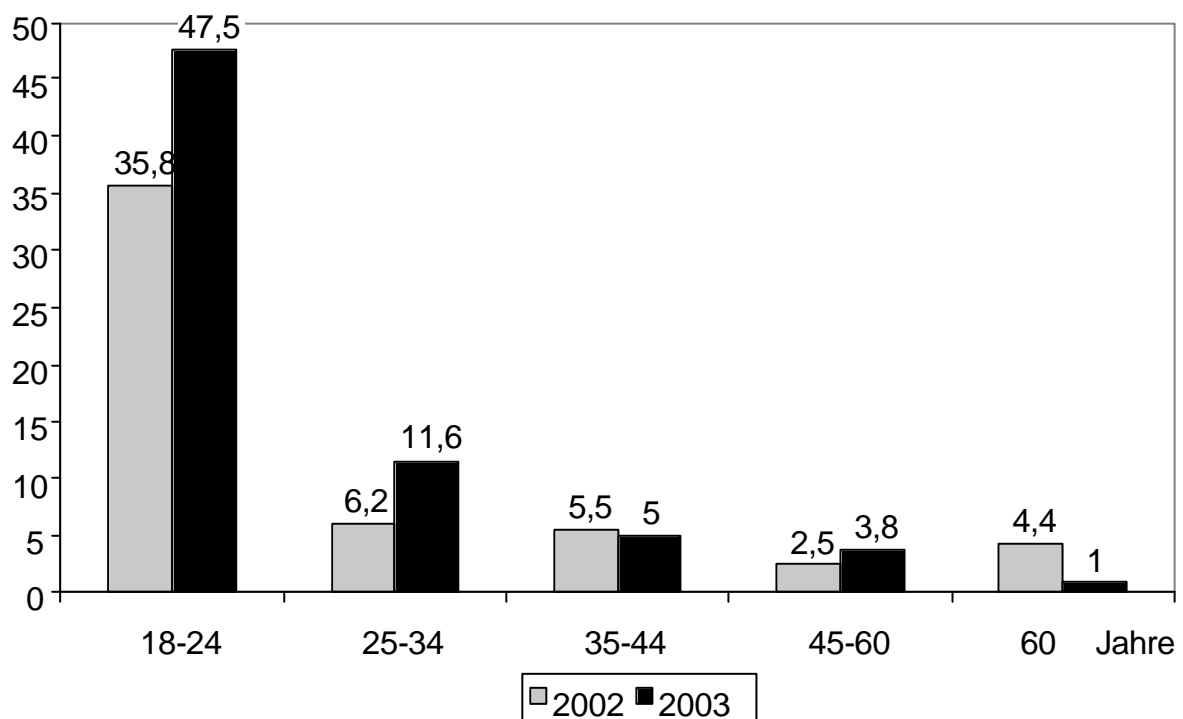
Dieser innerostdeutsche Vergleich in wirtschaftlicher Hinsicht beeinflusst auch die Bewertung der allgemeinen Entwicklung Thüringens seit 1990. Etwa vierzig Prozent der Befragten geben an, dass man stolz sein könne auf das, was in Thüringen seit 1990 erreicht wurde. Eine kleine Minderheit von sechs Prozent lehnt das ab, während die Mehrheit der Befragten in dieser Hinsicht unentschieden ist. Erst wenn man nach der wirtschaftlichen und finanziellen Lage, der Berufstätigkeit und der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes kontrolliert, zeigt sich klar: Der Stolz auf die Entwicklung in Thüringen wird im Wesentlichen an der eigenen wirtschaftlichen Lage gemessen; stolz sind diejenigen, denen es gut geht, die anderen haben weniger Grund dazu.

Wie in den letzten Jahren ist etwa ein Drittel der Thüringer bereit, der Heimat den Rücken zu kehren, wenn sie woanders eine bessere (bzw. überhaupt eine) Arbeitsstelle finden würden. Auch wenn diese Zahlen von 2000 (31,8 Prozent) bis 2003 (33,8 Prozent) nur leicht ange-

stiegen sind, so sind sie doch vor dem Hintergrund einer sich verstärkenden Abwanderung aus Thüringen (vgl. dazu ausführlich den Thüringen-Monitor 2002) nach wie vor ein Alarmsignal. Besonders die jüngeren Thüringer sind überdurchschnittlich häufig bereit, für eine bessere Arbeitsstelle fortzuziehen; in der jüngsten Altersgruppe von 18 bis 24 Jahren sind es mehr als die Hälfte. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich um eine hypothetische Frage handelt und wohl die meisten Befragten nicht aktiv nach einer besseren Arbeitsstelle außerhalb Thüringens suchen. Gleichwohl wird die Disposition zur Abwanderung erkennbar.

Fragt man nach konkreten Abwanderungsplänen, so sind die Zahlen zwar deutlich niedriger, aber dafür auch umso anschaulicher: Etwa jeder zwölfte Thüringer gibt an, wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortzuziehen.¹ Insgesamt hat sich damit der Anteil der Abwanderungswilligen aus dem letzten Jahr nur leicht erhöht. Betrachtet man aber die einzelnen Altersgruppen getrennt, so kann man deutliche Verschiebungen ausmachen: Unter den Älteren sind diejenige mit Abwanderungsplänen etwas zurückgegangen, dafür planen jetzt sehr viel mehr der Jüngeren – inzwischen fast die Hälfte – fortzuziehen.

Abb. 3: *Abwanderung wahrscheinlich oder sicher – 2002 und 2003 nach Alter im Vergleich (in Prozent)*



Wie bereits im letzten Jahr kann man darauf hinweisen, dass die regionale Mobilität bei Jüngeren generell und überall größer ist als bei Älteren. Aber es steht ebenfalls zu vermuten, dass wie 2002 vor allem fehlende Arbeits- und Ausbildungsplätze als Gründe für die Abwan-

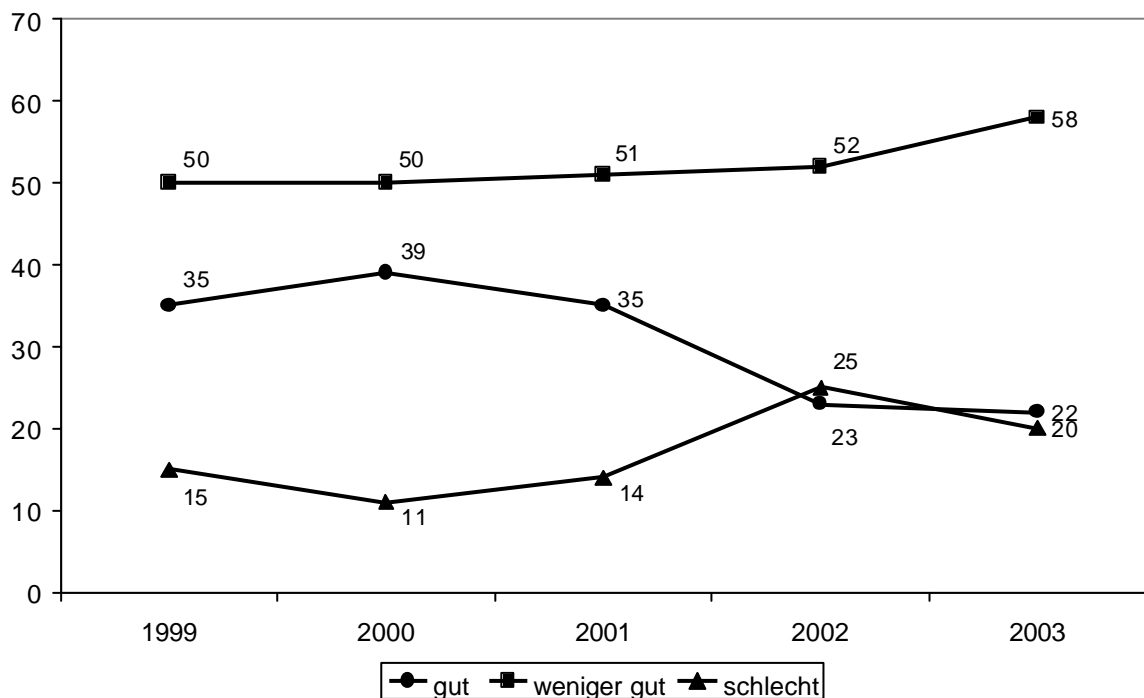
¹ Die Frageformulierung lautete: „Einige Leute überlegen sich, ob sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen? Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen?“.

derung ausschlaggebend sind (danach wurde in 2003 nicht explizit gefragt), so dass man in vielen Fällen nicht von einer generellen Abwanderungswilligkeit, sondern besser von einer aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wahrgenommenen Abwanderungsnotwendigkeit sprechen sollte.

2. Die Wahrnehmung der sozialen und ökonomischen Veränderungen seit der deutschen Einheit

Das Problem der Abwanderung gerade junger Menschen, dem sich Thüringen angesichts der höchst ungleichen Wirtschaftssituation und Arbeitsmarktbedingungen in Ost- und Westdeutschland ausgesetzt sieht, führt mitten hinein in die Wahrnehmungen der sozialen und ökonomischen Situation 13 Jahre nach der deutschen Einheit. Bereits in den vorausgegangenen Jahren sind die Thüringer dabei nicht allein nach der Wirtschaftslage befragt, sondern um Einschätzungen des ostdeutschen Transformationsprozesses und seiner Ergebnisse gebeten worden. Dieser breitere Ansatz ermöglicht eine bessere Erfassung der politischen Kultur im Freistaat auch dadurch, dass Einstellungen berücksichtigt werden, die nicht direkt auf die Politik bezogen sind, gleichwohl aber politische Einstellungen prägen und vorformen können. Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2003 ist das bisherige Fragenensemble um eine Reihe weiterer Statements, wie etwa zur gerechten Gesellschaft, ergänzt worden. Die Analyse erstreckt sich dabei auf drei miteinander verbundene Gegenstandsbereiche, die zugleich unterschiedliche zeitliche Bezugspunkte haben: (i) die gegenwärtige sozio-ökonomische Lage, mit der die aktuelle Situation erfasst wird, (ii) die Statements zur deutschen Einheit und ihren Implikationen, die eher auf den Transformationsprozess bezogen sind, und (iii) die Fragen zur DDR, deren Bezugspunkt also in der Vergangenheit liegt.

Abb. 4: *Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen 1999 – 2003 (in Prozent)*



Daten für 1999 von „Infratest dimap“

(i) Während die wirtschaftliche Lage im Freistaat von den Thüringern in den vergangenen beiden Jahren in zusehends düsteren Farben gesehen worden ist, hat sich in diesem Jahr im Durchschnitt keine Verschlechterung ergeben. Weiterhin betrachten gut 20 Prozent die Thüringer Wirtschaft als gut; weit über 50 Prozent als weniger gut. Angesichts der realen wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Dramatisierung in den Medien überrascht der Rückgang der schlechten Bewertungen um etwa fünf Prozentpunkte (vgl. Abb. 4).

Deutlich besser als die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen fällt einmal mehr die Bewertung der eigenen finanziellen Lage aus. Nach wie vor wird sie von einer knappen Mehrheit positiv gesehen; nur jeder Neunte charakterisiert die eigene finanzielle Lage als schlecht. Jedoch hat sich erstmals seit Beginn des Thüringen-Monitors die finanzielle Lage der Befragten in ihrer eigenen Wahrnehmung verschlechtert. Man mag darin eine Art Vorwegnahme der vermuteten Wirkungen des Umbaus des Sozialstaates sehen. Wie in der Vergangenheit erscheint die Lage der Arbeitslosen besonders prekär: 40 Prozent von ihnen charakterisieren die eigene finanzielle Lage als schlecht.

Im Thüringen-Monitor 2003 ist ergänzend die Frage nach der Einschätzung der persönlichen materiellen Ausstattung im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt gestellt worden. Dabei wurde Thüringen bewusst als Bezugspunkt gewählt, um auf diesem Wege einen Einfluss von Ost-West-Unterschieden auszuschließen. Die große Mehrheit der Befragten sieht ihre eigene finanzielle Lage etwa auf Durchschnittsniveau, jeweils ca. 15 Prozent schildern sie als besser bzw. schlechter im Vergleich dazu. Damit ist der Anteil derjenigen, die sich relativ schlechter gestellt sehen als der Thüringer Durchschnitt, größer als der Prozentsatz der Befragten, die ihre eigene finanzielle Lage für schlecht halten. Wiederum sticht die drastische Überrepräsentation der Arbeitslosen ins Auge. Beachtung verdient zudem, dass sich zwei Drittel derjenigen mit schlechter eigener finanzieller Lage auf einem unterdurchschnittlichen Niveau verorten, während sich nur jeder vierte gut Situierte in der Gruppe der überdurchschnittlich Ausgestatteten einordnet. Diese Asymmetrie dürfte als Effekt sozialer Erwünschtheit zu interpretieren sein.

Welchen Einfluss haben diese materiellen Faktoren darauf, ob sich die Befragten gerecht behandelt fühlen? Die Frage, ob die Interviewten im Vergleich zu anderen in Deutschland einen gerechten Anteil erhalten zu haben glauben,² hebt auf ein subjektives Gefühl der Benachteiligung ab. Damit werden zugleich auch Ost-West-Wahrnehmungen in die Betrachtung einbezogen. Knapp 40 Prozent der Befragten geben an, dass sie einen gerechten Anteil erhalten. Knapp die Hälfte der Thüringer meint, etwas weniger als den gerechten Anteil erhalten zu haben, während 15 Prozent von sehr viel weniger ausgehen. Damit fällt der Anteil derjenigen, die keinen gerechten Anteil erhalten zu haben glauben, höher als der Anteil derjenigen aus, die ihre finanzielle Lage als weniger gut oder schlecht charakterisieren. Während das Geschlecht in diesem Zusammenhang keine Rolle spielt, ist der formale Bildungsstand von Bedeutung: Nur ein Drittel der Befragten ohne Abitur gibt an, einen gerechten Anteil zu erhalten, während es unter den Abiturienten und Hochschulabsolventen etwa die Hälfte ist. Überdurchschnittlich negativ fällt die Einschätzung aus bei Befragten, die ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen, sowie unter PDS-Anhängern, bei denen sich der Anteil der sich benachteiligt Fühlenden auf drei Viertel beläuft.³ Wiederum stechen die Arbeitslosen am stärksten hervor.

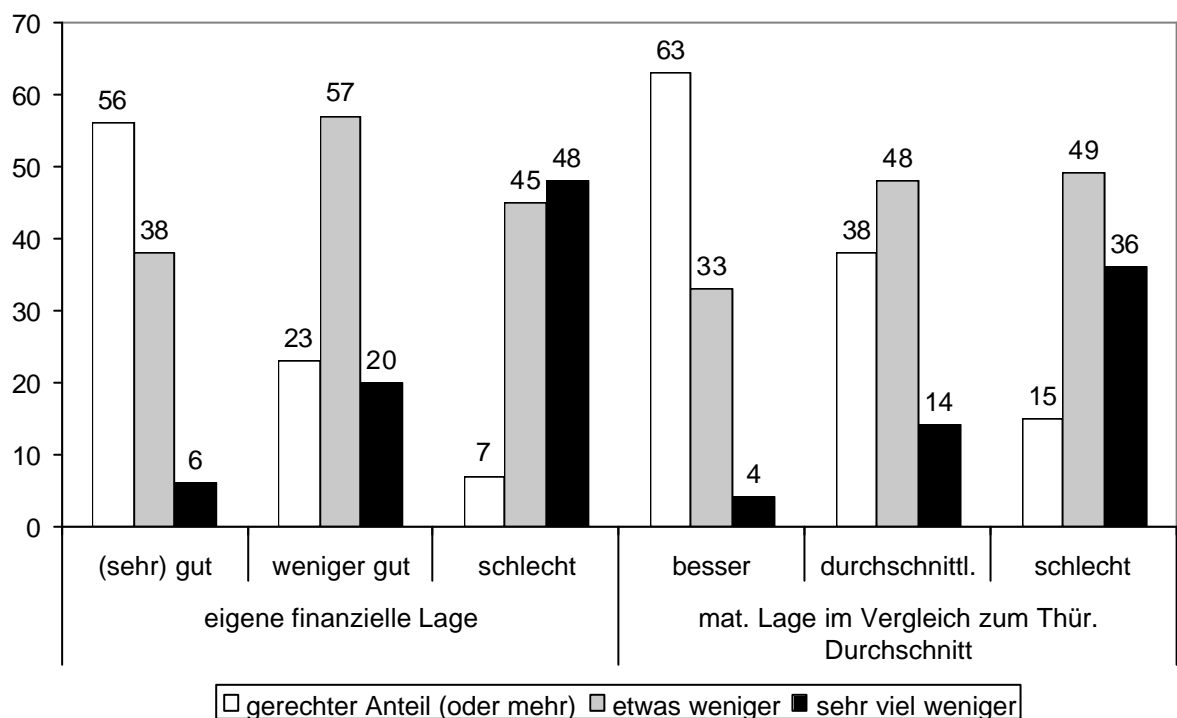
2 Die genaue Frageformulierung lautet: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“

3 Unter den PDS-Anhängern befinden sich überdurchschnittlich viele Arbeitslose und geringfügig mehr schlechter Gestellte als unter den Befragten insgesamt. Die Sympathie für die PDS ist aber auch bei Kontrolle dieser Drittvariablen für das Empfinden, einen gerechten Anteil erhalten zu haben, von Bedeutung.

Vier von fünf Arbeitslosen sehen sich um den gerechten Anteil gebracht, ein Drittel gibt an, sehr viel weniger zu erhalten.

Gravierenden Einfluss auf die Antwort nach dem gerechten Anteil haben die eigene finanzielle Lage bzw. ihre absolute und relative Bewertung durch die Befragten. Der Anteil der Thüringer, die einen gerechten Anteil konstatieren, wächst linear mit steigender finanzieller Ausstattung. Besonders problematisch stellt sich die Lage derjenigen dar, die glauben sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Unter den schlecht Ausgestatteten stellen sie eine relative Mehrheit, aber auch mehr als doppelt so oft wie die Befragten insgesamt sehen sie sich im Vergleich zum Durchschnitt schlechter gestellt. Die stärkste Wirkung geht von der eigenen finanziellen Lage aus. Für das Gefühl, einen gerechten Anteil zu haben, spielen neben materiellen Faktoren aber auch Aspekte mangelnder Anerkennung eine Rolle, wobei diese oftmals in einem direkten Zusammenhang mit Fragen der deutschen Einheit stehen.

Abb. 5: *Empfinden, gerechten Anteil zu haben, nach eigener finanzieller Lage und materieller Lage im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt (in Prozent)*



(ii) Benachteiligungsgefühle in den fünf neuen Ländern stehen oftmals mit den Folgen der deutschen Einheit in Verbindung und sind mitunter Reflex auf die fortbestehenden Ost-West-Diskrepanzen. Aus der Einstellungsforschung ist bekannt, dass die konkrete Messung, also die Formulierung der Fragen, die Ergebnisse stark beeinflusst. Je abstrakter diesbezügliche Fragen formuliert werden, desto größer fällt in der Regel die Zustimmung aus (Pollack 2002). Im Rahmen des Thüringen-Monitors 2003 sind die Befragten wie schon im Vorjahr gebeten worden, die Aussage „Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse“ zu bewerten. Dieses Statement befindet sich auf einer mittleren Abstraktionsebene, da es nicht

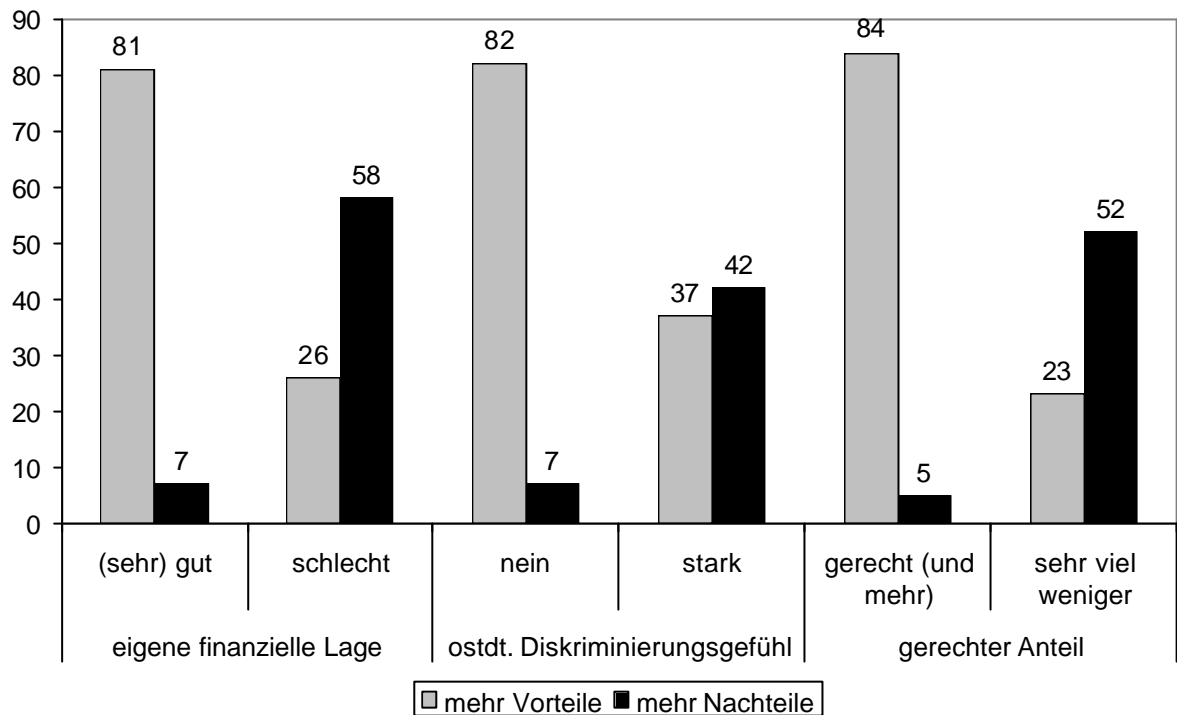
nach der persönlichen Wahrnehmung der Interviewten fragt. Waren die Befragten 2002 in dieser Angelegenheit noch gespalten, findet das Statement nunmehr mehrheitliche Zustimmung und dies sogar in sämtlichen Altersgruppen. Der Zuwachs geht vor allem auf das Konto derjenigen mit niedrigem Bildungsstand. Obwohl mittlerweile auch gut die Hälfte der Männer zustimmt, findet sich eine deutlichere Unterstützung bei den Frauen. Die Zustimmungswerte erreichen zwei Drittel oder mehr bei Rentnern, den Arbeitslosen und unter den Anhängern der PDS.

Im Thüringen-Monitor 2003 ist darüber hinaus gefragt worden, wem die deutsche Einigung mehr Vorteile gebracht hat: den Ost- oder den Westdeutschen. Dies ist in der Form eines Methodenexperiments geschehen. Während die eine Hälfte der Befragten die Aussage vorgelegt bekommen hat, dass Westdeutsche mehr Vorteile von der Einheit gehabt haben, wurde dies in der Frage für die andere Hälfte von den Ostdeutschen behauptet. Dadurch sollte kontrolliert werden, ob es eine von der inhaltlichen Aussage unabhängige Zustimmungstendenz bei den Befragten gibt. Tatsächlich scheint es einen solchen Methodeneffekt zu geben, allerdings ist er deutlich geringer ausgefallen als erwartet. Während zwei Drittel der Aussage zustimmen, dass die Westdeutschen stärker profitiert haben, lehnen nur 60 Prozent das Statement ab, dass dies bei den Ostdeutschen der Fall sei. Insbesondere die entschiedene Ablehnung dieser Aussage fällt deutlich niedriger aus als die vorbehaltlose Zustimmung zur Übervorteilung der Westdeutschen. Offenbar fällt es leichter, die Westdeutschen als Profiteure der Einheit zu betrachten, als Vorteile der Einheit für die Ostdeutschen zu bestreiten.

Während das Statement, das die Ostdeutschen als primäre Gewinner bezeichnet, mit allen Fragen zur materiellen Lage und zur Deprivation in enger Verbindung hängt, steht das spiegelbildliche Statement vor allem mit dem spezifischen ostdeutschen Diskriminierungsempfinden zusammen. Je mehr die Westdeutschen als Gewinner der Einheit gesehen werden, desto stärker ist die Wahrnehmung, sie behandelten die Ostdeutschen als Menschen zweiter Klasse. Alle drei genannten Statements, die sich auf das Verhältnis von Ost- und Westdeutschland beziehen, wirken sich darauf aus, ob Befragte glauben, ihren gerechten Anteil erhalten zu haben. Erwartungsgemäß sinkt dieses Empfinden in dem Maße, in dem Übervorteilung durch Westdeutsche gesehen wird.

In welcher Relation stehen nun die skizzierten Diskriminierungsgefühle zur Bewertung der deutschen Einheit? Zunächst fällt diese Bewertung im Vergleich zum Vorjahr etwas negativer aus. Weiterhin sehen zwei Drittel mehr Vor- als Nachteile der deutschen Einheit, während bei 15 Prozent Unentschiedenen jeder fünfte mehr Nachteile sieht – dies ist ein Anstieg um vier Prozentpunkte. Die Diskriminierungsgefühle determinieren in Kombination mit Faktoren der materiellen Lage, wie die Einheit bewertet wird. Wie die nachfolgende Abbildung illustriert, sind die Zusammenhänge durchweg stark. Zugleich ist offensichtlich, in welchen gesellschaftlichen Gruppen sich die Einheits skeptiker finden: bei den sozio-ökonomisch und sozialkulturell Deprivierten. Unter den Befragten mit starkem ostdeutschen Diskriminierungsgefühl stellen sie die knappe Mehrheit, unter den schlecht Situierten und denen, die sehr viel weniger als den gerechten Anteil zu haben meinen, sind sie doppelt so stark vertreten.

Abb. 6: *Bewertung der deutschen Einheit nach eigener finanzieller Lage, ost-deutschem Diskriminierungsgefühl und Empfinden, gerechten Anteil zu haben*
(in Prozent)



Differenz zu 100 %: mittlere Antwortkategorien

Der enge Zusammenhang zwischen der Bewertung der deutschen Einheit und der finanziellen Lage erlaubt wie in den vorausgegangenen Jahren die Kombination zu einem Deprivationsindex. Als depriviert gilt demnach derjenige, der seine eigene finanzielle Lage als schlecht charakterisiert und / oder der mehr Nachteile als Vorteile der Einheit sieht. Gegenüber dem Vorjahr ist diese Gruppe deutlich gewachsen. Ihr gehört nunmehr jeder Vierte statt wie 2002 jeder Fünfte an. Wie bisher sind Frauen ein wenig, Befragte mit niedrigem Bildungsstand deutlich überrepräsentiert. Unter den Arbeitslosen erreicht der Anteil der Deprivierten fast zwei Drittel, nachdem er im Jahr zuvor noch bei etwa der Hälfte gelegen hat.

Die Aufnahme einer Reihe relevanter Fragen in den diesjährigen Thüringen-Monitor 2003 erlaubt neben dem kombinierten Index auch getrennte Indizes der sozio-ökonomischen und der sozio-kulturellen (spezifisch ostdeutschen) Deprivation. Depriviert im sozio-ökonomischen Sinne sind solche Befragte, deren finanzielle Lage schlecht ist und / oder bei denen eine Kombination aus weniger guter finanzieller Lage und einer gegenüber dem Thüringer Durchschnitt schlechteren materiellen Ausstattung besteht. Insgesamt sind knapp 18 Prozent der Thüringer dieser Gruppe zuzurechnen. Sozio-kulturelle Deprivation liegt vor, wenn die Befragten ein ostdeutsches Diskriminierungsgefühl bekunden, die Westdeutschen als Profi-

teure der Einheit sehen⁴ und meinen, weniger als den gerechten Anteil zu haben. Immerhin ein knappes Drittel der Befragten weist diese Merkmalskombination auf. Unterschiede zwischen den beiden Typen der Deprivation bestehen nicht nur hinsichtlich der Größe des betroffenen Personenkreises, sondern auch in Bezug auf die Zusammensetzung.

Bei beiden Typen stellt die Bildung eine wichtige Determinante dar. Im Fall der sozioökonomischen Deprivation weisen allerdings lediglich die Hochschulabsolventen deutlich niedrigere Werte auf, während im Fall der sozio-kulturellen Deprivation die Grenze beim Abitur verläuft. Die Arbeitslosen sind unter den im soziokulturellen Sinne Deprivierten nur geringfügig überrepräsentiert, hingegen bei den sozioökonomisch Deprivierten drastisch. Offensichtlich führt die soziokulturelle Deprivation auch verstärkt zu der Herausbildung einer ostdeutschen Identität. Ein derartiges Selbstverständnis findet sich doppelt so häufig bei den in diesem Sinne Deprivierten als bei der Kontrastgruppe. Bei beiden Formen der Deprivation ergibt sich ein starker Zusammenhang mit der Bewertung der deutschen Einheit und mit der Bewertung der Gesellschaft als gerecht oder ungerecht. Schließlich korrelieren beide Formen der Deprivation erwartungsgemäß stark.

Welche Wirkungen entfalten die unterschiedlichen Formen der Deprivation aber hinsichtlich der Positionierung zum *ancien régime*?

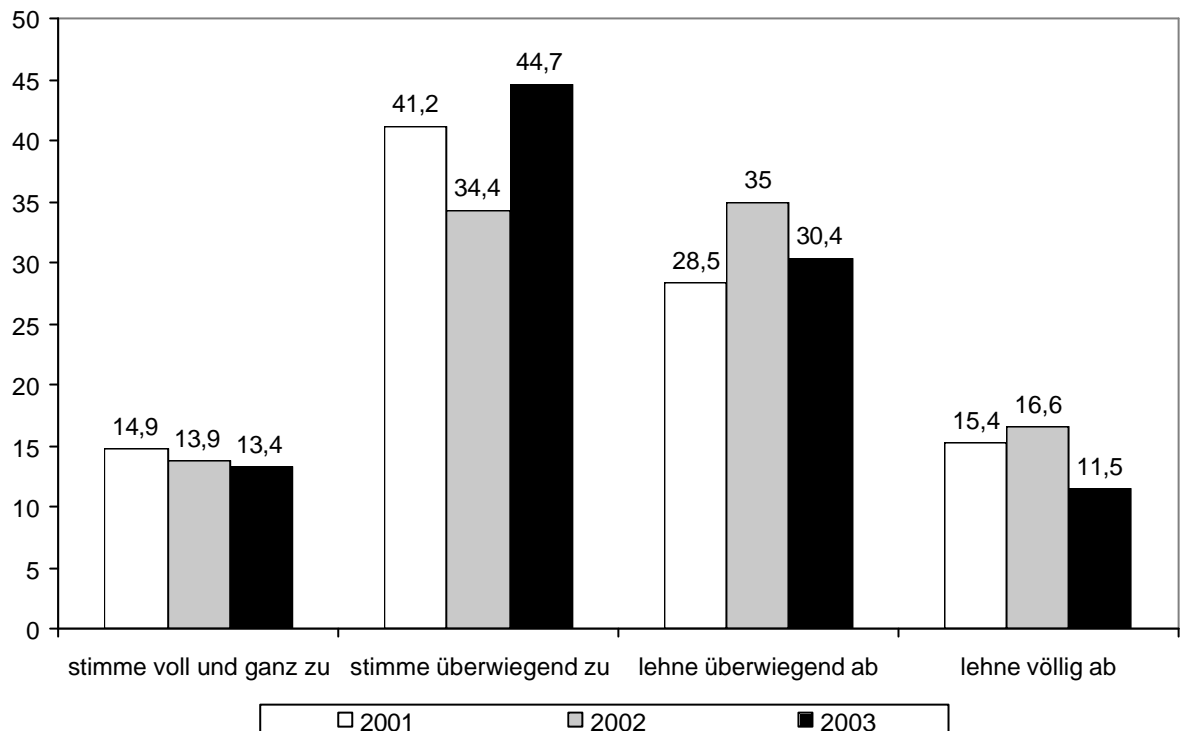
(iii) Die Affinität zum alten Regime ist 2003 nicht wie bisher allein über die Gewichtung von positiven und negativen Seiten der DDR⁵ erfasst worden. Vielmehr ist zusätzlich das Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren“ aufgenommen worden. Dieses vermeidet zwar den expliziten Bezug auf die DDR, faktisch wird durch das Wort „zurückkehren“ allerdings unzweifelhaft diese Konnotation ausgelöst. Mit diesem Statement soll der Versuch einer Annäherung an das viel diskutierte Phänomen der DDR-Nostalgie oder „Ostalgie“ unternommen werden. Faktisch verbindet sich damit die Frage, ob die Unzufriedenheit mit der aktuellen Lage und ein positives DDR-Bild zugleich mit dem Wunsch nach der Wiederherstellung des Status quo ante verknüpft ist.

Zunächst zum DDR-Bild: Die positive Einschätzung der DDR hat gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozentpunkte zugenommen und damit den bisherigen Höchststand von 58 Prozent erreicht. Damit unterscheidet sich Thüringen allerdings nicht wesentlich von den anderen neuen Ländern, denn bei bisherigen Untersuchungen erreichte die DDR in Ostdeutschland durchschnittlich durchweg Bewertungen knapp im positiven Bereich (Gabriel 1999: 841; Neller 2000: 580). Der Anstieg geht zudem ausschließlich auf die Erhöhung der moderaten Unterstützung zurück (Abb. 7). Mit zunehmendem Alter werden mehr gute als schlechte Seiten der DDR gesehen. Ein überdurchschnittlich positives DDR-Bild findet sich bei den Frauen, den Befragten ohne Abitur sowie besonders ausgeprägt bei Arbeitslosen. Bereits diese Befunde deuten darauf hin, dass die Nähe zur DDR keiner weltanschaulichen Grundhaltung entspringen muss, sondern sich auch aus einer ungünstigen Chancenstruktur speisen kann.

4 Davon wird ausgegangen, wenn diese das Statement „Die Wiedervereinigung hat für die Westdeutschen mehr Vorteile gebracht als für die Ostdeutschen“ bejahen oder die Aussage „Die Wiedervereinigung hat für die Ostdeutschen mehr Vorteile gebracht als für die Westdeutschen“ verneinen.

5 Das Statement hat den Wortlaut: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“

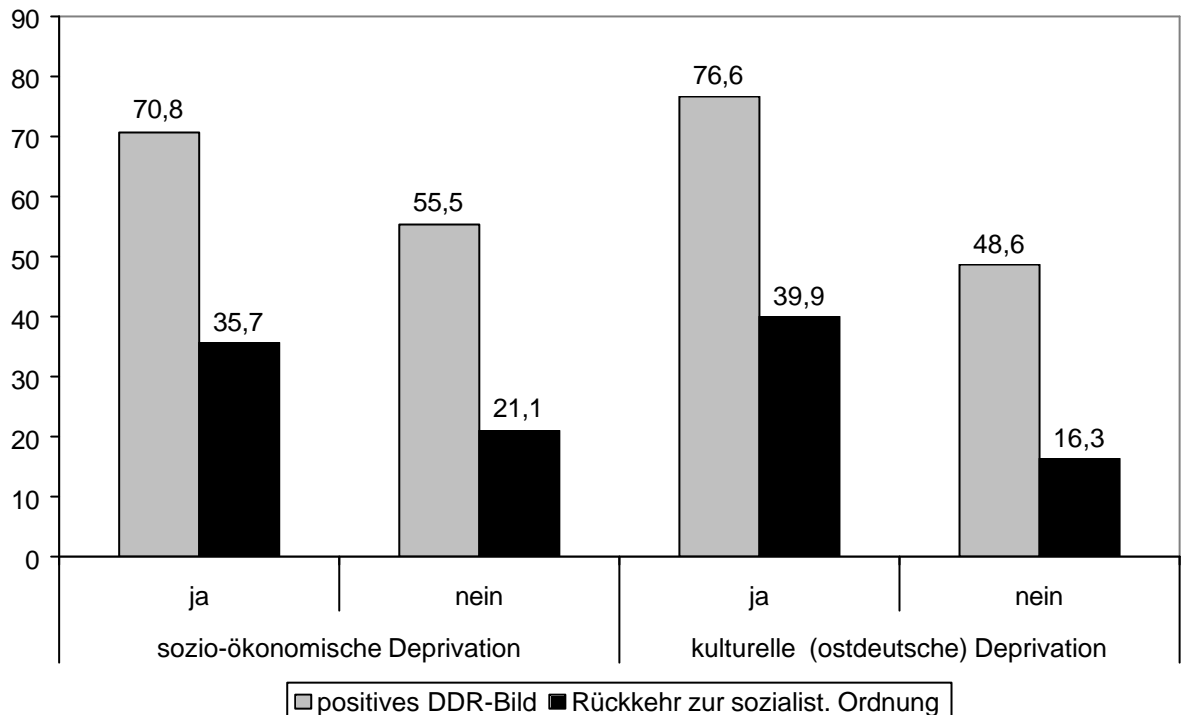
Abb. 7: *Bewertung der DDR 2001 – 2003: DDR – mehr gute als schlechte Seiten (in Prozent)*



Die Rückkehr zur sozialistischen Ordnung erscheint nicht einmal halb so vielen Thüringern attraktiv; selbst unter den Befragten mit positivem DDR-Bild äußert sich nur jeder dritte in diesem Sinne. Gleichwohl findet das Statement mit 24 Prozent eine bemerkenswert breite Zustimmung. Sie liegt um sieben Prozentpunkte höher als der Wert für Ostdeutschland in einer früheren Studie (Pickel 2002: 161). Ähnlich wie bei der Bewertung der DDR fällt die Zustimmung bei Frauen (29 %), Arbeitslosen (39 %) und Befragten mit einem Bildungsniveau unterhalb der 10. Klasse (40 %) weit überdurchschnittlich aus.

Neben sozialstrukturellen Faktoren kommt auch der Deprivation beträchtliche Erklärungskraft sowohl für die „Ostalgie“ als auch für die Bewertung der DDR zu. Im Vergleich geht dabei von der sozio-kulturellen Variante eine stärkere Wirkung aus als von der ökonomischen (Abb. 8). In diesem Sinne Deprivierte haben zu mehr als drei Vierteln ein positives DDR-Bild; in der Kontrastgruppe ist es nicht einmal jeder Zweite. Noch stärker ist der Zusammenhang mit dem Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. 40 Prozent der Befragten mit Merkmalen kultureller Deprivation, aber nur 16 Prozent der Nicht-Deprivierten schließen sich diesem an.

Abb. 8: *Positives DDR-Bild und Wunsch, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren, nach sozio-ökonomischer und sozio-kultureller (ostdeutscher) Deprivation*
(in Prozent)



Darüber hinaus sind politische und ideologische Aspekte von Bedeutung: Politisch links Stehende, vor allem Anhänger der PDS, sind unter den „Freunden“ der DDR überrepräsentiert und sehnen sich weit mehr als der Durchschnitt der Befragten zur sozialistischen Ordnung zurück. Zumindest für die Erklärung der „Ostalgie“ ist der Faktor Ideologie von Gewicht: In einer multivariaten Analyse kommt der Bewertung der DDR die stärkste Erklärungskraft zu; erst danach folgen die Bewertung der deutschen Einheit und das ostdeutsche Diskriminierungsgefühl.

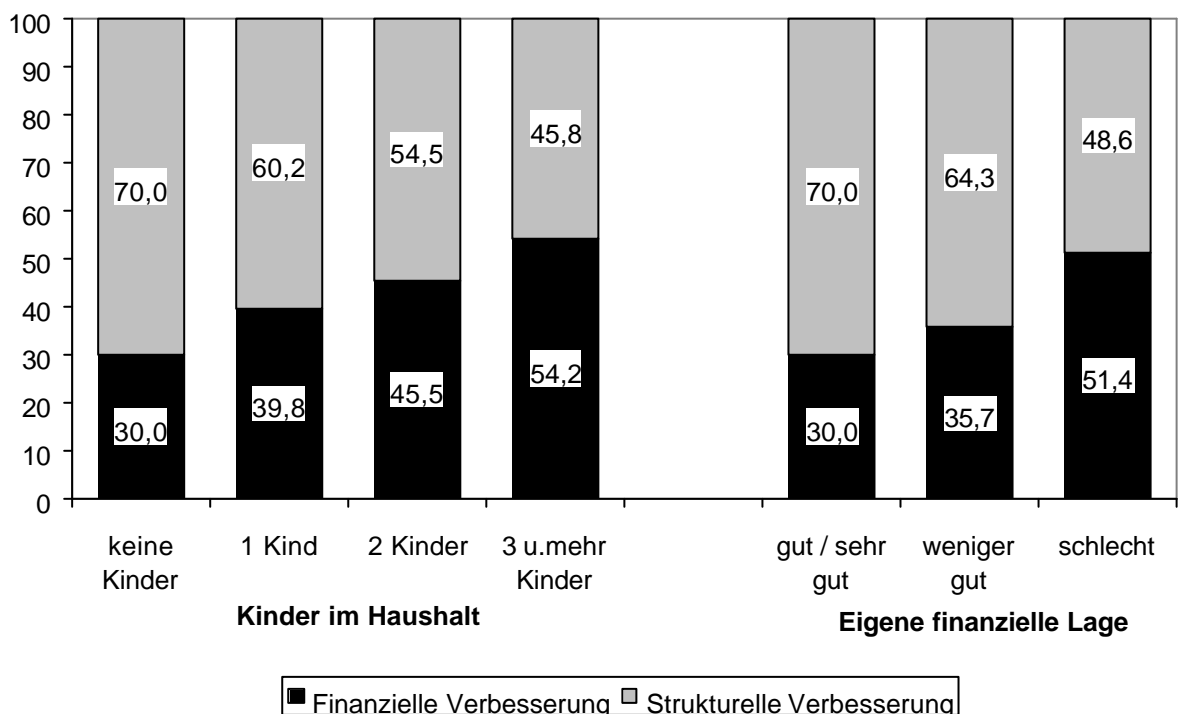
3. Reformen und Reformbereitschaft

Die Einschätzung der ökonomischen Situation hat einen erheblichen Einfluss darauf, wie die Thüringer zu den aktuellen Reformen der Sozialversicherungen sehen und wie groß ihre Reformbereitschaft ist. Kaum ein Thema hat die innenpolitische Debatte im Jahr 2003 so beherrscht wie die Diskussionen über die Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Verschiedene Kommissionen erarbeiteten Vorschläge zur Reform von Rente, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen. Im Herbst 2003 hat der Deutsche Bundestag einige Reformen auf den Weg gebracht: Die von Regierung und Opposition ausgehandelte Gesundheitsreform wurde ebenso verabschiedet wie das Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt. Zahlreiche weitere Maßnahmen sind geplant. Damit kommen auf die Bürger eine Reihe von Veränderungen zu. Grund genug nachzufragen, wie die Bürger zu den Reformen stehen und wie es um ihre Bereitschaft bestellt ist, die bisherigen und weitere Reformen mitzutragen.

Der Hauptgrund für den Umbau der sozialen Sicherungssysteme, speziell bei der Rentenversicherung, liegt in der sogenannten demographischen Entwicklung. In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren, während parallel dazu die Lebenserwartung ansteigt.⁶ Das führt dazu, dass die „Alterspyramide“ zunehmend in einen „Alterspilz“ übergeht, die Gesellschaft also aus immer weniger jungen und immer mehr alten Menschen besteht (vgl. Geißler 2002: 62ff). Die sozialen Sicherungssysteme beruhen aber auf dem Generationenvertrag, der nun durch die junge Generation zunehmend schwieriger zu erfüllen ist. Die langfristige Lösung für dieses Problem liegt einzig in der Erhöhung der Geburtenziffern. Die Politik kann aber selbstverständlich das generative Verhalten nicht direkt beeinflussen, sondern sie kann höchstens für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen. Vor dem Hintergrund einer hohen Berufsorientierung der Frauen in Ostdeutschland und Thüringen geht es dabei vor allem um eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu sind verschiedene Möglichkeiten denkbar, die zum Zwecke der Untersuchung vereinfachend auf die Alternative zwischen besseren Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und finanzielle Besserstellung von Familien mit Kindern reduziert werden.

Zwei von drei Thüringern entscheiden sich bei diesen Alternativen für die Verbesserung der Kinderbetreuung, lediglich einer von dreien bevorzugt mehr Geld. Unterscheidet man aber auch hier nach eigener Betroffenheit, also danach, ob jemand Kinder im eigenen Haushalt hat oder nicht, und finanzieller Lage, so sieht das Bild etwas anders aus.

Abb. 9: *Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – nach Kindern im Haushalt und finanzieller Lage*
(in Prozent)



6 In Thüringen kommt noch das Problem der Abwanderung gerade junger Menschen dazu, vgl. dazu ausführlich den Thüringen-Monitor 2002.

Mit steigender Anzahl von Kindern im Haushalt wird eine stärkere finanzielle Förderung immer häufiger gewünscht, ebenso dann, wenn die eigene finanzielle Lage weniger gut oder schlecht ist. Im Übrigen besteht nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kinder im Haushalt und der eigenen finanziellen Situation.

Tab. 1: *Eigene finanzielle Situation – nach Anzahl der Kinder im Haushalt (in Prozent)*

	Eigene finanzielle Situation		
	schlecht	weniger gut	gut / sehr gut
Keine Kinder im Haushalt	10,2 %	36,2 %	53,6 %
Ein Kind im Haushalt	13,9 %	34,5 %	51,5 %
Zwei und mehr Kinder	14,8 %	34,4 %	50,8 %

Eines der wichtigsten Schlagworte in der Reformdiskussion lautet „Agenda 2010“. Dahinter verbirgt sich ein Konglomerat aus Änderungen, die letztlich den Umbau des Sozialstaates in Deutschland bedeuten. Eine der geplanten Änderungen, die mittlerweile den Bundestag passiert hat, ist die Verkürzung der Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld. Die Thüringer sind bei der Bewertung dieser Verkürzung gespalten: Für gut die Hälfte der Befragten (56 Prozent) geht dieses Vorhaben in die falsche Richtung, knapp die Hälfte hält das dagegen für eine richtige Maßnahme, um den Anreiz zur Annahme einer Beschäftigung zu erhöhen.

Selbstverständlich betrifft diese Gesetzesänderung nicht alle Thüringer gleich. Denn die bisher gültige und dann wegfallende Regelung sah eine längere Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld ab dem 45. Lebensjahr vor, wenn entsprechend lange vor der Arbeitslosigkeit eine Versicherungspflicht bei der Bundesanstalt für Arbeit bestanden hat. Die Verkürzung der Bezugsdauer trifft also die Bürger zwischen 45 und 65 im Falle von Arbeitslosigkeit besonders hart, weshalb sie auch besonders entschiedene Gegner dieser Maßnahme sind.

Bei Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss überwiegt hingegen der Anteil der Befürworter dieser Maßnahme, ebenso wie bei denjenigen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten. Bei Beamten und Selbständigen, die es ja nicht betrifft, findet sich der stärkste Anteil der Anhänger dieser Verkürzung. Dementsprechend spielt auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage eine große Rolle: Je besser die allgemeine und / oder die persönliche wirtschaftliche Lage eingeschätzt wird, umso häufiger wird die Meinung vertreten, dass die Verkürzung ein Schritt in die richtige Richtung ist.

Abb. 10: *Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes geht in die falsche Richtung (in Prozent)*

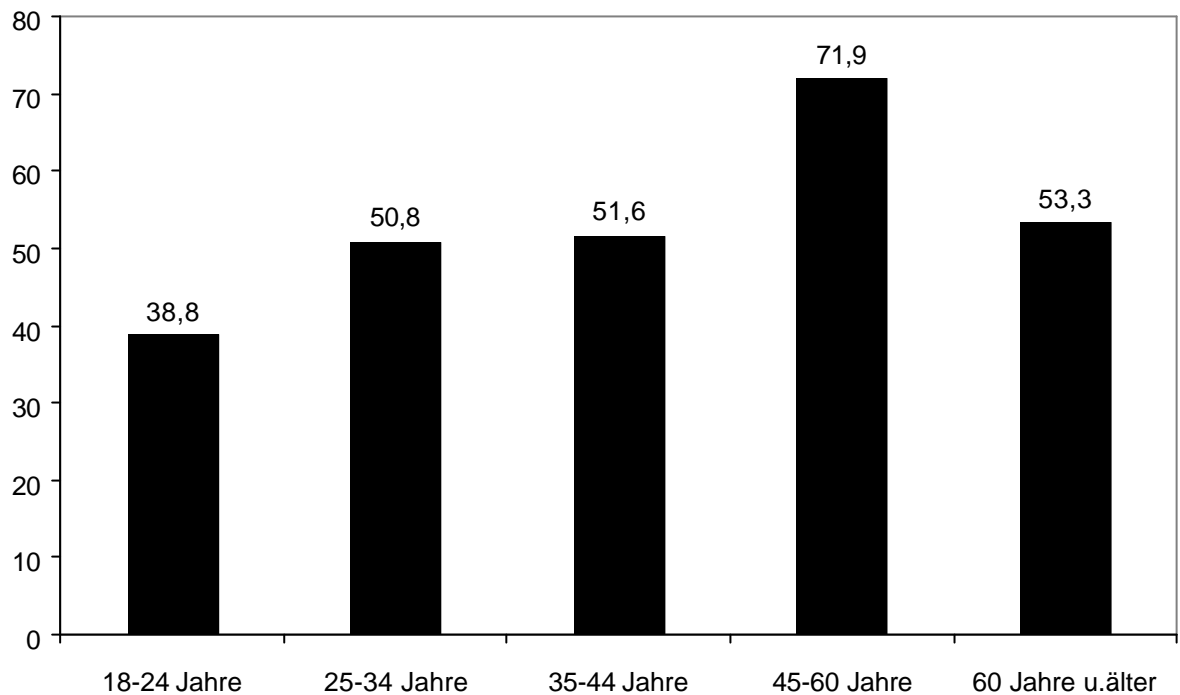
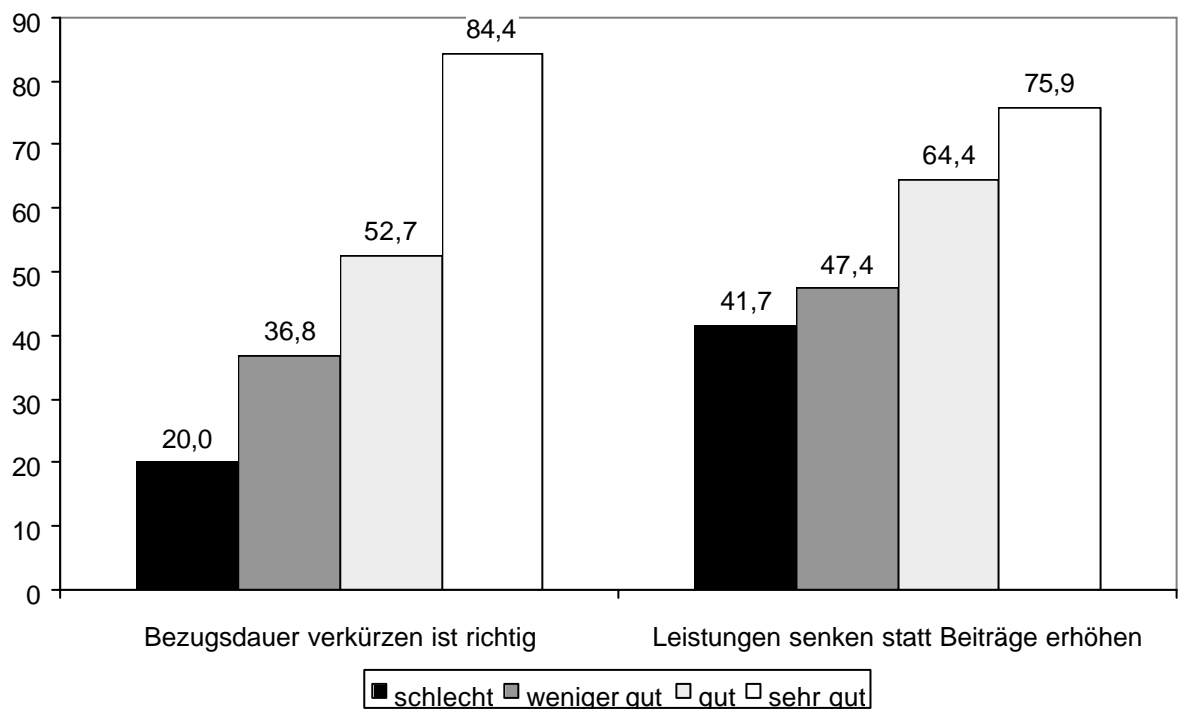


Abb. 11: *Einstellungen zur Arbeitslosenversicherung – nach eigener finanzieller Lage (in Prozent)*



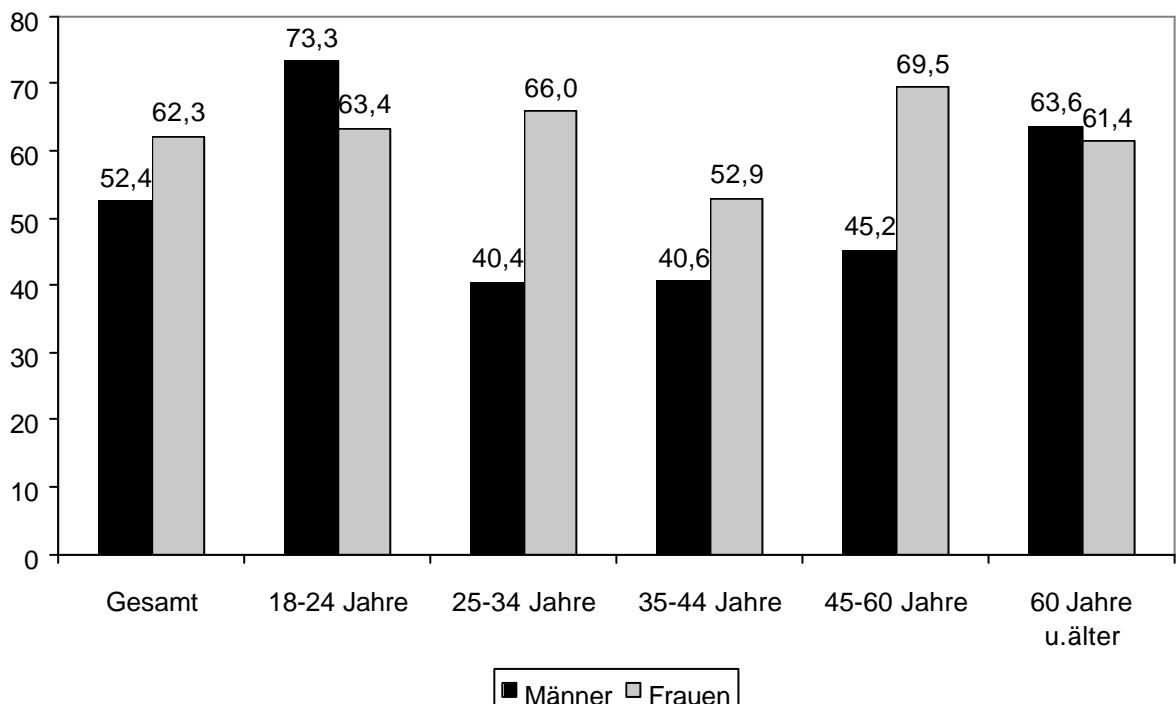
Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes allein wird das Problem der Finanzierbarkeit der Arbeitslosigkeit nicht beheben können. Wie bei den übrigen Sozialversicherungen könnte man die Lösungsstrategien auf die Alternative zuspitzen, entweder die Leistungen zu senken oder die Beiträge zu erhöhen. Eine solche Formulierung als Alternative hat den Vorteil, dass die Befragten sich klar positionieren müssen und nicht einfach eine Maßnahme ablehnen können. Im Falle der Arbeitslosenversicherung ist eine knappe Mehrheit (57 Prozent) dafür, die Leistungen zu senken, während 43 Prozent eine Beitragserhöhung vorziehen würden.

Sowohl die Verkürzung der Bezugsdauer als auch mögliche Leistungssenkungen werden vor allem von denjenigen befürwortet, deren eigene finanzielle Lage gut oder sehr gut ist. In der folgenden Abbildung sind diese beiden Einstellungen zur Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur eigenen finanziellen Lage dargestellt.

Eine deutliche Mehrheit derjenigen, die die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für einen Schritt in die richtige Richtung halten, ist auch für eine Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Zwei Drittel aller Berufstätigen halten eine Kürzung der Leistungen für die bessere Alternative, weitgehend unabhängig davon, ob sie ihren Arbeitsplatz für sicher oder für gefährdet halten. Die Befragten mit höherer formaler Bildung sind stärker für die Leistungssenkung als solche mit niedrigerer formaler Bildung.

Bei der Krankenversicherung zeigt sich ein etwas anderes Bild: Hier sind etwa sechs von zehn Befragten für eine Beitragserhöhung, nur vier von zehn für eine Leistungssenkung. Die Vermutung, dass Beitragserhöhungen vor allem von Älteren bevorzugt würden, bestätigt sich zwar, aber auch die Jüngeren sind stärker für eine Beitragserhöhung als für Leistungssenkungen.

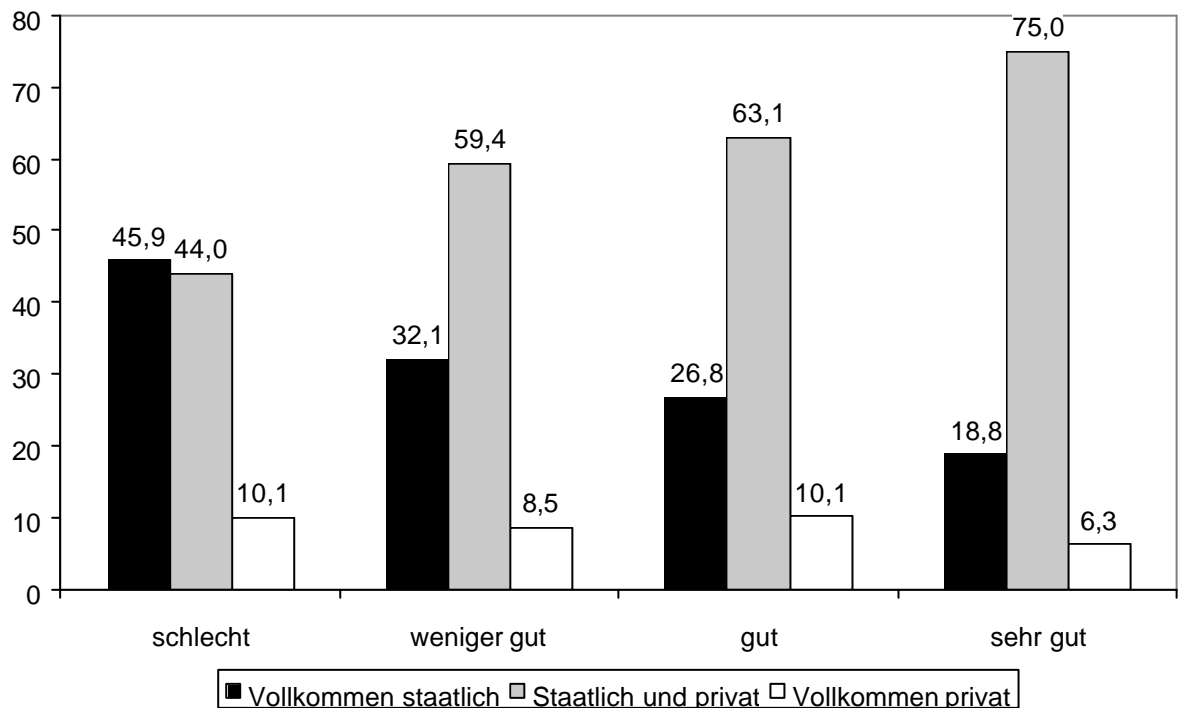
Abb. 12: *Beiträge der Krankenversicherung erhöhen statt Leistungen einzuschränken – nach Alter und Geschlecht (in Prozent)*



Außerdem zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen; bei den Frauen ist eine knappe Mehrheit für Beitragserhöhungen, bei den Männern eine knappe Mehrheit für Leistungskürzungen. Der Grund liegt wahrscheinlich in der unterschiedlichen Berufstätigkeit: Während bei den Vollzeit-Berufstätigen die Männer klar in der Mehrheit sind, sind es die Frauen bei den Nicht-Berufstätigen, bei den Arbeitslosen und bei den Rentnern. In diesen Gruppen sind Beitragserhöhungen weniger stark, Leistungseinschränkungen aber sehr wohl zu spüren. Diese individuelle Betroffenheit von Veränderungen dürfte der Schlüssel zum Verständnis der Antworten sein.

Besonders deutlich wird das bei der Frage nach den Renten. Beim Alter der Befragten zeigt sich der vermutete Zusammenhang: Mit steigendem Alter wird die Beitragserhöhung häufiger favorisiert; je näher jemand der Rente kommt, umso weniger möchte er diese Leistung in Frage gestellt wissen. Einzig bei den Rentnern findet sich eine Mehrheit für Beitragserhöhungen. Die Berufstätigen sprechen sich mehrheitlich für Leistungskürzungen aus. Das ist weitgehend unabhängig davon, welcher Berufsgruppe jemand angehört und ob der Arbeitsplatz als sicher oder als gefährdet angesehen wird. Männer sind wiederum stärker für Leistungssenkungen als Frauen, vermutlich wie bei der Krankenversicherung aus Gründen der unterschiedlichen Berufstätigkeit.

Abb. 13: *Staatliche und / oder private Altersvorsorge – nach eigener finanzieller Lage (in Prozent)*



Die Tatsache, dass das bisherige Rentensystem umgebaut werden muss, ist weithin akzeptiert. Vor die Alternative gestellt, ob die Altersvorsorge in Zukunft vollkommen staatlich, vollkommen privat oder von beiden Seiten aufgebracht werden sollte, entscheiden sich sechs von zehn Thüringern für eine Verbindung aus staatlicher und privater Vorsorge. Die rein private Vorsorge wird nicht einmal von jedem zehnten gewünscht, die rein staatliche noch von einem

Drittel der Befragten. Auch hier zeigt sich, dass die staatliche Vorsorge vor allem von denjenigen stärker gefordert wird, die sich eine private Vorsorge nicht leisten können. Nur wenige Befragte bewerten ihre eigene finanzielle Situation als sehr gut, aber diese könnten am leichtesten auf die staatliche Finanzierung der Altersvorsorge verzichten.

Dieser Zusammenhang mit der eigenen finanziellen Lage zieht sich durch die gesamten Einstellungen zum Umbau des Sozialstaates: Diejenigen, die sich den Umbau nicht leisten können, sind dagegen, während diejenigen, die den Sozialstaat nicht für ihre eigene Sicherung brauchen, dafür sind, ihn einzuschränken oder gar abzuschaffen. Die eigene Betroffenheit und die eigene finanzielle Lage bestimmen also im Wesentlichen die Position der Thüringer bezüglich der Veränderungen an den sozialen Sicherungssystemen in Deutschland.⁷

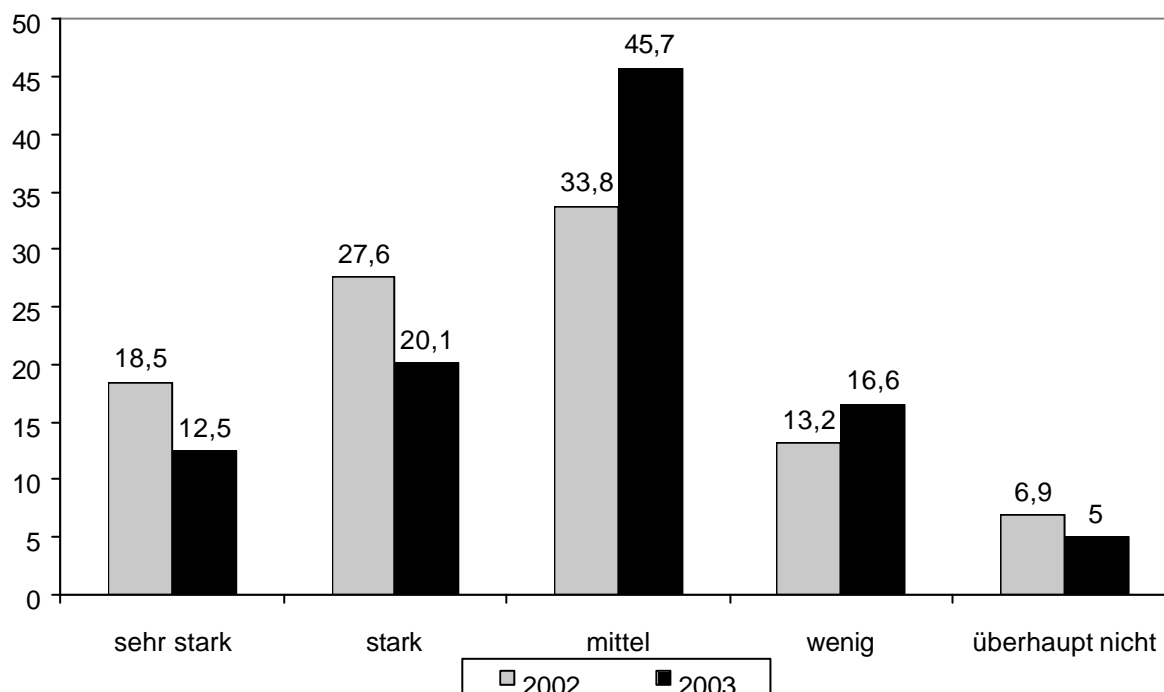
7 Um die Reformdiskussion abzurunden, wurde schließlich die aktuelle Debatte über Studiengebühren aufgegriffen. Zwei Drittel der Thüringer sind dafür, dass Langzeitstudenten Gebühren entrichten sollen, jeweils ein Sechstel sind generell gegen oder generell für Studiengebühren. Diese Einstellung zieht sich durch alle Bevölkerungsgruppen. Einzig beim eigenen Bildungsabschluss zeigen sich leichte Unterschiede: Befragte mit höheren Abschlüssen sind seltener für generelle Studiengebühren, dafür häufiger für Gebühren bei Langzeitstudenten.

III. Wahrnehmungen der Politik

1. Politisches Interesse und politische Informiertheit

Die Thüringer sind politisch überdurchschnittlich interessiert; das belegt auch die diesjährige Studie. Selbst wenn das politische Interesse der Thüringer im Vergleich zum letzten Jahr etwas nachgelassen hat, liegt es 2003 noch immer über den aus anderen Umfragen bekannten Werten in Ost- und Westdeutschland, wo der Anteil mit sehr starkem Interesse in der Regel deutlich unter zehn Prozent liegt (vgl. Thüringen-Monitor 2002: 64, ALLBUS 1996, 1998 und 2000). Die Nähe zur Bundestagswahl im letzten Jahr hatte die Werte deutlich beeinflusst, aber offenbar ist das Interesse an Politik in Thüringen tatsächlich stärker ausgeprägt als andernorts.

Abb. 14: *Interesse für Politik – 2002 und 2003 im Vergleich (in Prozent)*

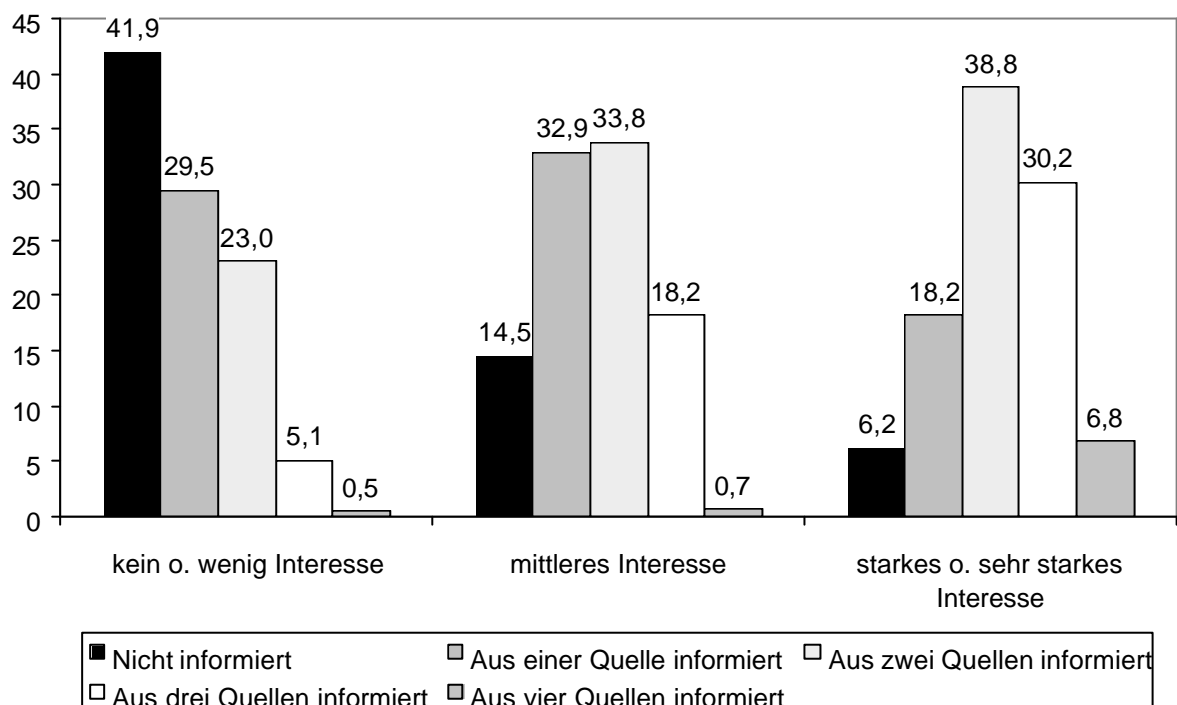


Das Interesse an Politik nimmt erwartungsgemäß mit steigendem Alter und mit höherem Bildungsabschluss zu. Frauen interessieren sich – wie aus dem Vorjahr und aus anderen Untersuchungen bekannt – deutlich weniger für Politik als Männer. Dieses Interesse für Politik führt offenbar auch zu einer verstärkten Beschäftigung mit Politik, wie eine einfache Überprüfung des landespolitischen Grundwissens ergab. Wie im Vorjahr konnten nur vier von zehn Befragten die im Landtag vertretenen Parteien korrekt nennen. Bei den Befragten mit geringem Interesse an Politik konnten das nur etwa zwei von zehn, bei denen mit starkem Interesse immerhin gut sechs von zehn. Dennoch ist erstaunlich, dass fast 40 Prozent derjenigen, die

ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik haben, nicht wissen, von welchen Parteien sie im Landtag vertreten werden. Vier von fünf Thüringer halten sich selbst für kompetent in politischen Fragen; selbst in der Gruppe der überhaupt nicht Interessierten ist es noch jeder zweite.

Das politische Interesse hängt erwartungsgemäß sehr stark mit dem Informationsverhalten zusammen. Je stärker das Interesse ist, desto stärker informieren sich die Befragten auch über Politik. Bereits an der Anzahl der verschiedenen Informationsquellen kann man diesen starken Zusammenhang erkennen.⁸

Abb. 15: *Anzahl der Informationsquellen über Politik nach politischem Interesse (in Prozent)*



Als Quelle für Informationen über Politik sind die regionalen Tageszeitungen besonders wichtig. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, sich am Vortag des Interviews in einer regionalen Tageszeitung über Politik informiert zu haben. Auch das Fernsehen und das Radio wurden jeweils etwa von der Hälfte der Befragten genannt, während überregionale Tageszeitungen und das Internet nur von etwa jedem zehnten genutzt wurden. Dieses Informationsverhalten ist weitgehend unabhängig von sozialstrukturellen Faktoren wie Alter, Bildung oder Geschlecht.

⁸ Die Frageformulierung lautete: „Informationen über Politik kann man ja aus verschiedenen Quellen beziehen. Haben Sie sich gestern (A) im Fernsehen über Politik informiert? Wenn ja, welchen Sender haben Sie gesehen? Und wie ist das mit (B) Radio, (C) Regionale Tageszeitung, (D) Überregionale Tageszeitung, (E) Internet?“ Mehrfachnennungen erlaubt.

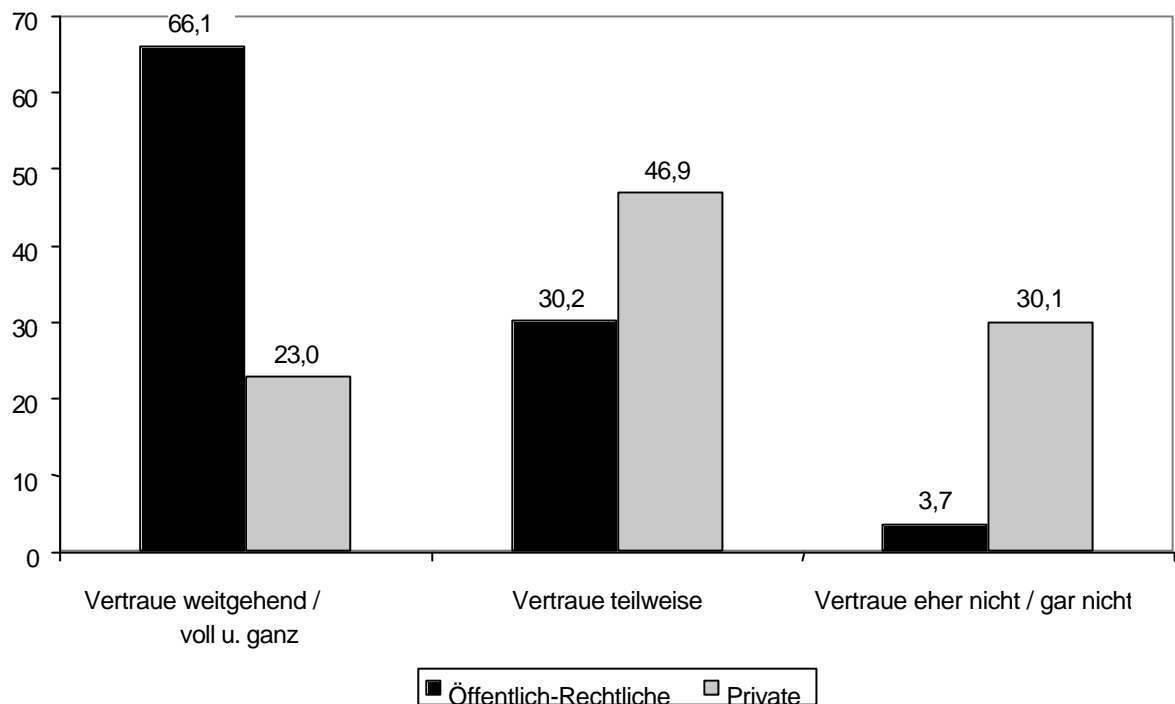
Tab. 2: *Quellen für Informationen über Politik*
(Mehrfachnennungen in Prozent)

Informationen über Politik aus ...	Prozent (Mehrfachnennungen)
dem Fernsehen	49,1
<i>Darunter:</i>	
ARD	50,6
ZDF	37,2
MDR	32,5
RTL	18,6
SAT1	5,6
dem Radio	40,3
<i>Darunter:</i>	
Antenne Thüringen	30,3
MDR Info	17,7
Andere MDR-Sender	16,6
Landeswelle Thüringen	14,0
einer regionalen Tageszeitung	54,9
<i>Darunter:</i>	
Thüringer Allgemeine	38,9
Ostthüringer Zeitung	26,1
Freies Wort	14,1
Thüringische Landeszeitung	10,9
BILD Thüringen	5,0
Südthüringer Zeitung	2,7
Osterländer Volkszeitung	1,1
einer überregionalen Tageszeitung	9,4
dem Internet	7,9

Beim Fernsehen liegt die Präferenz bei den öffentlich-rechtlichen Programmen, die deutlich häufiger gesehen wurden als die privaten. Beim Radio liegen die privaten knapp vor den öffentlich-rechtlichen. Die regionalen Tageszeitungen haben unterschiedliche Verbreitungsgebiete; die überregionalen Tageszeitungen werden generell sehr wenig genutzt, so dass hier

eine Unterteilung nicht sinnvoll ist. Die verstärkte Nutzung öffentlich-rechtlicher Fernsehsender hängt damit zusammen, dass ihnen deutlich mehr Vertrauen entgegen gebracht wird als den privaten.

Abb. 16: *Vertrauen in Fernsehsender – öffentlich-rechtliche und private im Vergleich (in Prozent)*



Insgesamt zeigen die Thüringer damit ein bundesweit typisches Muster der Informationsaufnahme, bei dem regionale Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Fernsehsender im Mittelpunkt stehen (vgl. Ergebnisse für Ost- und Westdeutschland bei Brettschneider 2000: 546ff.).

Ein großer Teil der Thüringer ist insgesamt recht stark an Politik interessiert und fühlt sich auch kompetent, politische Fragen angemessen einschätzen zu können. Ob man denjenigen, die weniger interessiert sind und sich für weniger kompetent halten, daher gleich unterstellen sollte, dass sie damit eine „generelle Distanz zur Politik“ und eine „diffuse Politikverdrossenheit“ (so z.B. Pickel 2002: 91) an den Tag legen, soll hier zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden. Unbestritten ist aber ein starker Zusammenhang zwischen Interesse und subjektiver Kompetenz auf der einen Seite und Einstellungen zu Politik und Politikern auf der anderen Seite, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

2. Einstellungen zu Politik und Politikern

2.1. Politikverdrossenheit oder mangelnde Systemunterstützung?

Spätestens seit 1992 ist das Wort „Politikverdrossenheit“ in aller Munde, als die Gesellschaft für deutsche Sprache es zum Wort des Jahres gekürt hat. Seither ist die Wissenschaft bemüht,

dieses Phänomen in einem Konzept zu fassen, um den „Verdross“ messbar zu machen. Bei einem derart komplexen und diffusen Phänomen wie der Politikverdrossenheit ist genau dieses aber äußerst schwierig, und daher ist man auch noch weit davon entfernt, ein einheitliches Messmodell für die Politikverdrossenheit zu haben (vgl. Arzheimer 2002: 101ff.). Der Terminus Politikverdrossenheit selbst ist in der wissenschaftlichen Diskussion nicht unumstritten; die Kritiker verwenden den Begriff der Systemunterstützung, der etwas umfassender ist.

Die Systemunterstützung kann man vor allem danach unterscheiden, auf welche Objekte sich diese Unterstützung bezieht. Als mögliche Objekte kommen die Politik und ihre Akteure, die politischen Institutionen und die Demokratie als Regierungsform in Betracht (vgl. Maier 2000, Pickel 2002). Diese Bewertungen reichen von konkreten Einschätzungen einzelner Politiker bis hin zu der eher abstrakten Einschätzung der Demokratie als Staatsidee. Aber auch innerhalb der einzelnen Objekte kann man zwischen konkreten und abstrakten Einschätzungen unterscheiden. Es ist durchaus plausibel, dass man „den Parteien“ nur wenig Vertrauen entgegenbringt, aber dennoch viel Sympathie für eine bestimmte Partei hat (vgl. Niedermayer 2001: 58f.).

Die Indikatoren für Systemunterstützung, die positiven Bewertungen der Parteien, der Politiker und der Demokratie sind seit den 70-er Jahren tendenziell rückläufig (Maier 2000: 155ff.), wobei die Bewertung der Parteien und der Politiker sehr eng zusammenhängt (ebd.: 263). Im Vergleich zu staatlichen Institutionen genießen die Parteien in Deutschland ein geringeres Vertrauen der Bürger (vgl. Rattinger 1993: 27, Gabriel 2001: 115). Im internationalen Vergleich erscheint das Ausmaß der „Politikverdrossenheit“ in Deutschland nicht übermäßig hoch; Arzheimer findet „in keinem Fall (...) Indizien für eine krisenhafte Sonder-situation“ (Arzheimer 2002: 296).

Das bereits im letzten Abschnitt erwähnte politische Interesse und die politische Kompetenz werden meist als Erklärungsfaktoren für Systemunterstützung herangezogen, selten auch als „ungerichtetes politisches Verhalten“ (Pickel 2002: 51) zum Bereich der Systemunterstützung selbst gezählt. Verschiedene Formen des politischen Verhaltens – etwa Nichtwahl, Protestwahl oder auch Rechtsextremismus – werden als „Konsequenzen politischer Unzufriedenheit“ (ebd.: 52, 320 ff.; Maier 2000: 91 ff.) und damit als Folgen mangelnder Systemunterstützung angenommen.

Diese Unterscheidung der Bezugspunkte für Systemunterstützung soll hier als Leitfaden der Untersuchung dienen. Dabei werden die Einstellungen zur konkreten Politik, zu Politikern, zu Parteien und zu den Institutionen zunächst getrennt untersucht und dann miteinander in Verbindung gebracht. Zu diesem Zweck stehen zahlreiche, in der bisherigen Forschung erprobte Indikatoren zur Verfügung. Der Untersuchung der Einstellungen zur Demokratie wird als Schwerpunkt des diesjährigen Thüringen-Monitors ein gesondertes Kapitel gewidmet.

2.2. Einstellungen zur Politik im Allgemeinen

Wie bereits in Kapitel III.1 ausgeführt halten sich die Thüringer durchaus für politisch kompetent; vier von fünf Befragten geben an, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können. Allerdings bezieht sich diese Einschätzung nur auf die eigene Person, denn gleichzeitig halten über 70 Prozent der Befragten die Bevölkerung insgesamt für zu schlecht informiert, um über politische Fragen zu entscheiden. Um sich politisch zu engagieren, genügt es aber nicht, sich selbst für kompetent zu halten. In einem demokratischen System muss hinzukommen, dass man auch den Eindruck hat, dass das politische System auch auf dieses Enga-

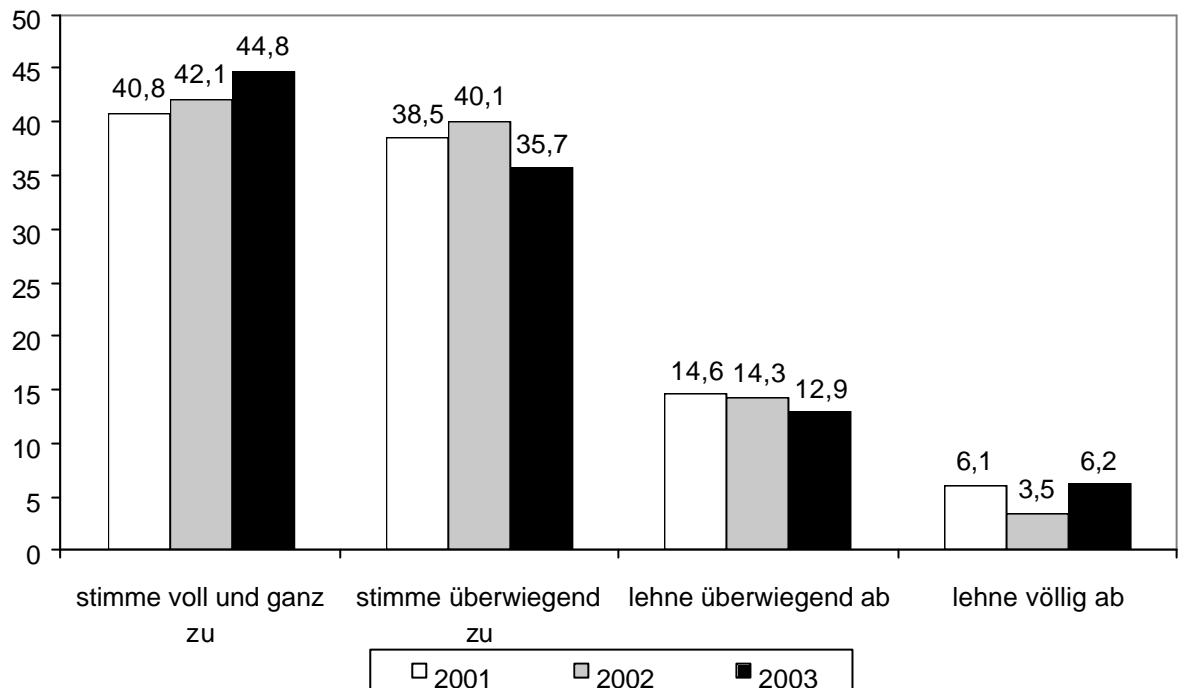
gement reagiert. In dieser Frage sind die Thüringer aber sehr skeptisch: Drei Viertel der Befragten glauben, dass sie keinen Einfluss auf das haben, was die Regierung tut.

Für zwei Drittel der Befragten ist das aber eigentlich kein Problem, denn sie halten es nicht für so wichtig, dass sich jeder beteiligt. Entscheidend sei vielmehr, dass das Ergebnis stimmt. Die eigene Kompetenz und die Einschätzung der Reaktionsbereitschaft des politischen Systems hängen interessanterweise kaum miteinander zusammen. Vielmehr ist es so, dass die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems von der Mehrheit negativ bewertet wird, egal ob der Befragte sich für kompetent hält oder nicht. Offenbar ist bereits hier das Verhältnis von Bürger und Politik gestört: In den Augen der Befragten nutzt die Politik deren politische Kompetenz nicht, andererseits scheinen sich die meisten Bürger aber mit der Zuschauerrolle zufrieden zu geben. Sie messen die Politik am Ergebnis und kritisieren sie dort, wo dieses unzureichend ist, wollen aber nicht unbedingt dazu beitragen (vgl. auch Kap. IV.3). Dieses Verhalten ist aus der Partizipationsforschung bereits hinlänglich bekannt; die meisten Bürger begnügen sich damit, Zuschauer der Politik zu sein (vgl. Milbrath / Goel 1977: 13ff., die den Begriff „spectators“ benutzen).

Aus dieser Zuschauerrolle heraus geben die Bürger der Politik und den Politikern durchweg schlechte „Noten“. Neun von zehn Thüringer haben den Eindruck, dass „in der Politik zuviel geredet und nichts geleistet wird“. Darin sind sich Männer und Frauen einig, außerdem zieht sich diese Ansicht durch alle Altersgruppen gleichermaßen. Lediglich die Befragten mit einem höheren Bildungsabschluss stimmen etwas weniger häufig zu (85 Prozent). Stärkeres Interesse an Politik und minimales landespolitisches Wissen (Parteien im Landtag) gehen mit einer leicht besseren Bewertung der Politik einher. Etwas besser fällt die Bewertung auch bei denen aus, die sich in politischen Fragen für kompetent halten bzw. die die Reaktionsbereitschaft des politischen Systems höher einschätzen.

Ähnlich negativ fallen die Ergebnisse bei der Frage nach dem Zweck von Politik aus. Acht von zehn Thüringern meinen, dass es in der Politik nicht um die Sache, sondern nur um die Macht gehe. Diese Ansicht ist bereits seit mindestens drei Jahren nahezu konstant.

Abb. 17: „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“ – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003 im Vergleich (in Prozent)



Auch bei dieser Frage stimmen Männer und Frauen gleichermaßen zu; die Zustimmung sinkt mit steigender Bildung. Bei steigendem politischen Interesse wird die Politik in dieser Hinsicht besser bewertet, ebenso wenn die Befragten glauben, dass sie selbst Einfluss auf die Politik nehmen könnten. Interessanterweise ist die jüngste Altersgruppe (18-24-Jährige) deutlich weniger skeptisch als die anderen, die Skepsis steigt mit dem Alter an.

Tab. 3: „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“ – Zustimmung nach Altersgruppen (in Prozent)

Altersgruppe	18-24 Jahre	25-34 Jahre	35-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
Zustimmung	60,4	78,3	82,0	83,7	85,4

Kombiniert man diese beiden generellen Einstellungen zur Politik („In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet“ und „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um Macht“), so sind genau drei Viertel der Thüringer mit „der Politik“ unzufrieden, haben also ein negatives Bild von der Politik. Diese Unzufriedenheit mit der Politik im Allgemeinen ist in allen Bevölkerungsgruppen gleich stark, das heißt dass es keine Gruppe gibt, in der die Zufriedenen überwiegen. Einzige Ausnahme ist die sehr kleine Gruppe der Beamten im höheren bzw. gehobenen Dienst, von denen „nur“ die Hälfte unzufrieden ist.

Die Zufriedenheit mit der Politik, so wie sie hier gemessen wurde, ist allerdings sehr diffus. Fragt man nach einzelnen Politikbereichen, so liegt die Zufriedenheit mit der Landesregierung zwischen zehn (bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen) und knapp 60 Prozent

(mit der Inneren Sicherheit). Ein positives Bild von der Politik im Allgemeinen geht mit einer besseren Bewertung konkreter Politikfelder einher, allerdings ist der Zusammenhang nicht besonders stark. Auch Befragte mit einem positiven Politikbild sind bei einer Reihe von Politikfeldern mehrheitlich unzufrieden.

Um herauszufinden, womit im Detail die Bürger unzufrieden sind, wird im Folgenden die Bewertung von Politikern, Parteien und Institutionen untersucht und mit der allgemeinen Unzufriedenheit mit Politik in Verbindung gebracht.

2.3. Einstellungen zu den politischen Parteien

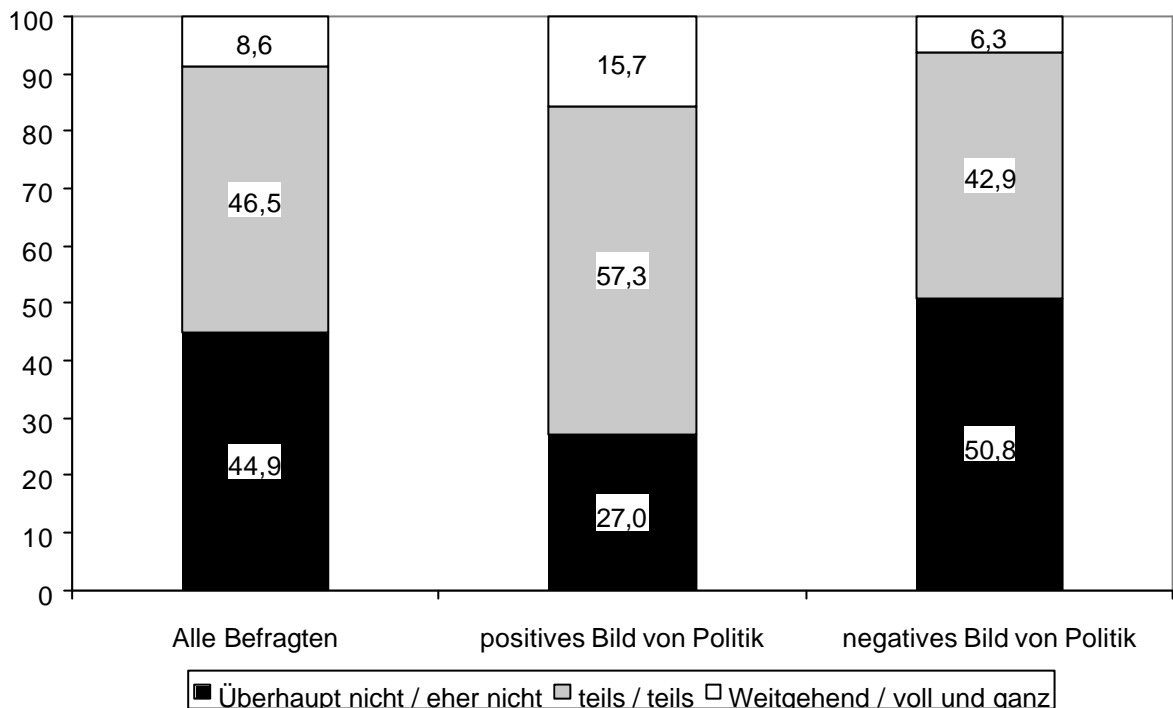
Die Parteien spielen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine herausgehobene politische Rolle. Laut Grundgesetz wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit (Art. 21 GG). Tatsächlich ist die Rolle der Parteien im politischen Prozess nicht zu unterschätzen, sie sind beinahe allgegenwärtig. Bei den Wahlen wird primär zwischen verschiedenen Parteien gewählt, sie rekrutieren das politische Personal und werden staatlich finanziert. Daher spielen die Einstellungen zu den politischen Parteien eine wichtige Rolle, wenn man die Unterstützung des politischen Systems untersuchen will.

Zunächst ist ein Blick auf das generelle Vertrauen zu werfen, das den Parteien in Thüringen entgegengebracht wird: Nur etwa einer von zehn Thüringern vertraut den Parteien, jeweils knapp die Hälfte der Befragten ist unentschieden oder vertraut den Parteien nicht. In einer Reihe von insgesamt zwölf Institutionen stehen die Parteien an letzter Stelle, ihnen wird also im Vergleich am wenigsten vertraut (vgl. unten III. 2.5). Männer stehen den Parteien etwas skeptischer gegenüber als Frauen. Mit steigender Bildung sinkt das Vertrauen in die Parteien. Die mittleren Altersjahrgänge betrachten die Parteien am kritischsten.

Der Zusammenhang mit den allgemeinen Einstellungen zur Politik (vgl. oben III. 2.2) ist deutlich und nicht überraschend: Ein positives Bild von Politik lässt auch die Parteien in einem günstigeren Licht erscheinen, ein negatives Bild bezieht die Parteien mit ein. Allerdings kann auf der Grundlage dieser Daten kein Kausalzusammenhang behauptet oder überprüft werden, die schlechten Bewertungen von Politik und Parteien gehen nur miteinander einher.

Ein weiterer Indikator für die Einstellungen zu den politischen Parteien zeigt ein mindestens ebenso negatives Bild. Über drei Viertel der Thüringer glauben, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ohne sich für deren Ansichten zu interessieren. Die Zustimmung zu dieser Frage ist seit Jahren konstant hoch und hat im Zeitverlauf tendenziell sogar leicht zugenommen.

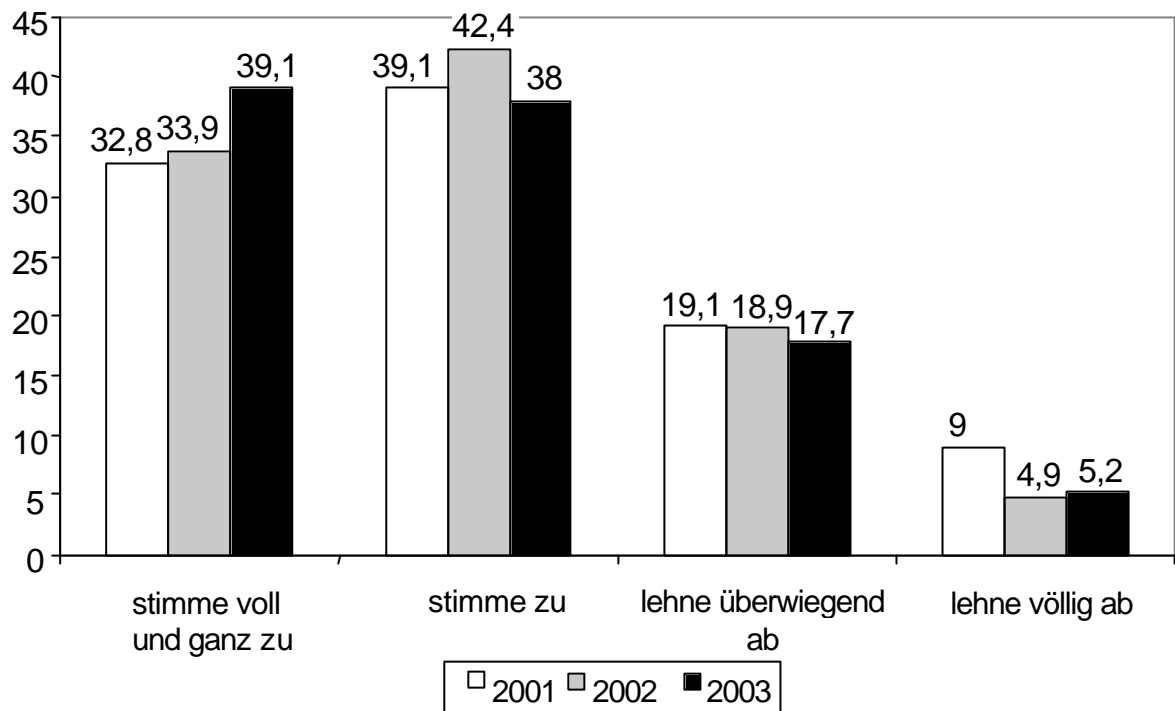
Abb. 18: *Vertrauen in politische Parteien – getrennt nach Einstellung zur Politik allgemein*
(in Prozent)



Wiederum zeigt sich kein Unterschied zwischen Männern und Frauen. Die höher Gebildeten und die jüngeren Befragten stimmen dieser Frage etwas weniger häufig zu als die anderen. Während die subjektive politische Kompetenz nur eine geringe Rolle spielt, so sinkt die Zustimmung zu dieser Frage deutlich, wenn die Befragten der Meinung sind, dass sie das politische Geschehen beeinflussen können. Diejenigen Befragten, die glauben, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ohne dass sie deren Ansichten interessieren, fallen bei der Sonntagsfrage nicht besonders auf. Diese Meinung über die Parteien ist bei Nichtwählern kaum weiter verbreitet als bei Wählern einer etablierten Partei. Gleiches gilt für die Parteineigung.

Bei der üblichen Sonntagsfrage nach der Partei, die man wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, geben 85 Prozent der Befragten an, eine der etablierten Parteien (CDU, SPD, PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) wählen zu wollen. Das Vertrauen in die Parteien ist bei diesen Befragten aber auch nicht signifikant höher als bei jenen, die angeben, nicht wählen zu wollen. Die beabsichtigte Wahl einer Partei hängt also mit dem Vertrauen in „die Parteien“ kaum zusammen.

Abb. 19: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ – Bewertung der Thüringer 2001 bis 2003 im Vergleich (in Prozent)



Etwa 59 Prozent der Befragten neigen einer bestimmten Partei zu, während 41 Prozent keine Parteineigung angeben. Allerdings unterscheiden sich diese beiden Gruppen beim Vertrauen in die Parteien nicht signifikant voneinander. Das bedeutet, dass auch solche Personen, die einer bestimmten Partei zuneigen, den Parteien insgesamt nicht mehr vertrauen als andere. Die Frage nach dem Vertrauen in die Parteien im Allgemeinen offenbart hier ihre methodischen Schwächen: Selbstverständlich kann man der präferierten Partei vertrauen, den übrigen aber nicht und daher die Frage nach dem Vertrauen in Parteien im Allgemeinen verneinen.

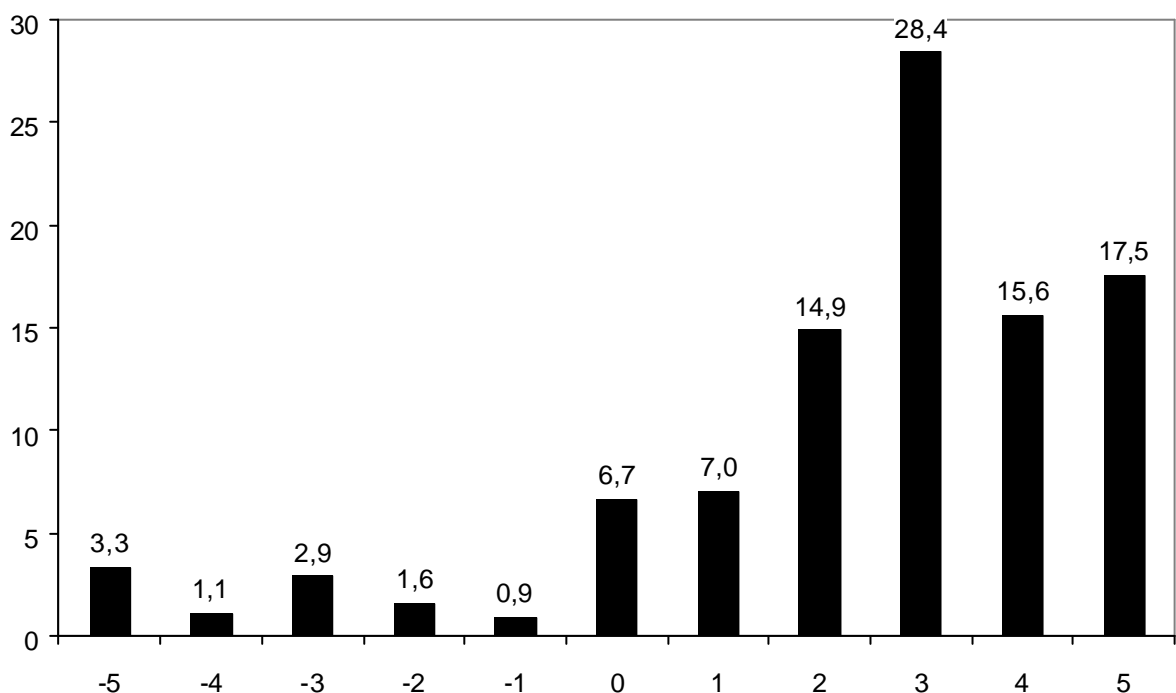
Daher müssen in diesem Fall die Parteien einzeln auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu wurden die Befragten gebeten, die Parteien auf einer Sympathieskala von -5 („halte überhaupt nichts von dieser Partei“) bis +5 („halte sehr viel von dieser Partei“) zu bewerten. Im Vergleich zum Jahr 2000 zeigt sich, dass die Bewertung der etablierten Parteien sich leicht verschlechtert hat. Sowohl die Durchschnittswerte als auch die Anteile positiver und bester Bewertungen sind bei allen Parteien gesunken. Insgesamt schneidet die CDU am besten ab, Bündnis 90/Die Grünen am schlechtesten. Die rechten Parteien DVU, NPD und Republikaner, von dieser Aufzählung als nicht-etablierte Parteien ausgeschlossen, kommen wie drei Jahre zuvor auf einen extrem negativen Mittelwert von -3,9.

Tab. 4: *Sympathiebekundungen gegenüber den etablierten Parteien – 2000 und 2003*

	Mittelwert		Positive Bewertungen (in %)		Beste Bewertung (+5) (in %)		Schlechteste Bewertung (-5) (in %)	
	2003	2000	2003	2000	2003	2000	2003	2000
CDU	+0,3	+0,9	55	62	10	10	15	11
SPD	0,0	+1,5	51	70	5	11	14	8
PDS	-0,8	+0,3	37	53	4	6	23	15
FDP	-0,6	+0,2	39	52	4	4	15	14
B90/GR	-1,0	-0,5	38	46	3	3	24	23

Die folgende Abbildung 20 zeigt, welche höchsten Bewertungen eine der etablierten Parteien (CDU, SPD, PDS, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) von den Befragten bekommen hat. Insgesamt haben 17,5 Prozent der Befragten einer der etablierten Parteien mit +5 die höchste Sympathie ausgesprochen, ohne dass hier interessieren soll, welche Partei das jeweils ist. Die Aussage dieser Sympathieskala ist jedenfalls eindeutig: 84 Prozent aller Thüringer bewerten zumindest eine der etablierten Parteien positiv, nicht einmal jeder Zehnte bewertet alle Parteien negativ. Insgesamt knapp zehn Prozent der Befragten haben sogar alle etablierten Parteien im positiven Bereich verortet.

Abb. 20: *Beste Bewertung einer etablierten Partei (in Prozent)*



Damit sind die Bedenken gegen die Frage nach dem Vertrauen in Parteien insgesamt bestätigt: „die Parteien“ gibt es für die meisten Befragten nicht, sondern es gibt nur „meine Partei“

(der ich nahe stehe) und „die anderen Parteien“. Zwar steigt das Vertrauen in die Parteien insgesamt mit der besten Bewertung einer Partei an, aber der Zusammenhang ist nicht besonders stark. Von den Befragten, die angaben, den Parteien insgesamt „überhaupt nicht“ zu vertrauen, haben doch über 70 Prozent mindestens eine der etablierten Parteien auf der Sympathieskala positiv bewertet. Von denjenigen, die glauben, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler wollen, ohne sich für deren Ansichten zu interessieren, haben sogar 80 Prozent eine Partei positiv bewertet.

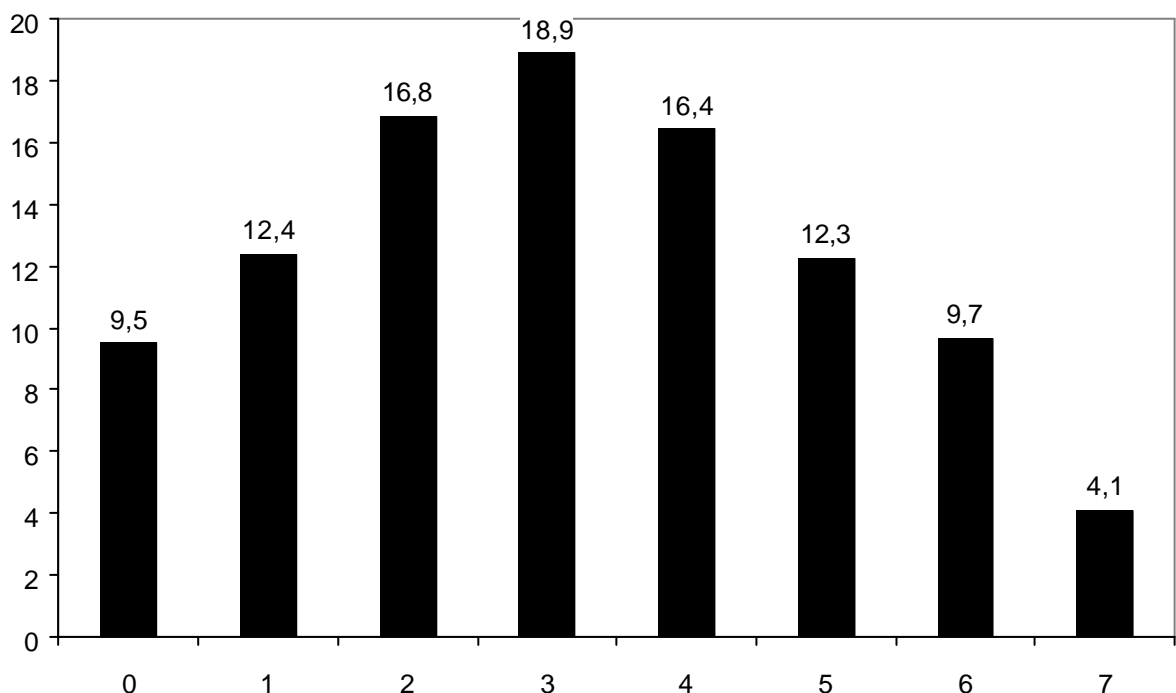
Nachdem die Politik im Allgemeinen in den Augen der Thüringer nicht besonders gut abgeschnitten hat, zeigt sich bei den Parteien ein deutlich helleres Bild. Die Parteien insgesamt werden zwar negativ bewertet, aber die meisten Thüringer haben zumindest für eine Partei eine gewisse Sympathie. Es ist durchaus denkbar, dass ein ähnliches Ergebnis auch bei der Bewertung von Politikern vorliegt.

2.4. Einstellungen zu den Politikern

Den Einstellungen zu den Politikern kann wiederum mit einer abstrakten und einer konkreten Frage nachgegangen werden. Über 60 Prozent der Thüringer sind nicht der Meinung, dass Politiker mehr Respekt verdienen. Die Ablehnung ist nur in der Gruppe der über 60-Jährigen etwas geringer, ebenso bei Befragten, die einen Bildungsabschluss unterhalb der 10. Klasse erreicht haben. In der kleinen Gruppe derjenigen, die ein positives Bild von der Politik im Allgemeinen haben, denkt etwa die Hälfte, dass Politiker mehr Respekt verdienen.

Betrachtet man aber die Beurteilungen konkreter Politiker, so zeigt sich ein anderes Bild. Wiederum mit einer Sympathieskala von -5 („halte überhaupt nichts von dem Politiker“) bis $+5$ („halte sehr viel von dem Politiker“) bei sieben Thüringer Politikern gemessen, zeigt sich, dass über 90 Prozent der Befragten mindestens einen Politiker positiv bewerten.

Abb. 21: *Anzahl der positiven Bewertungen von sieben Politikern (in Prozent)*

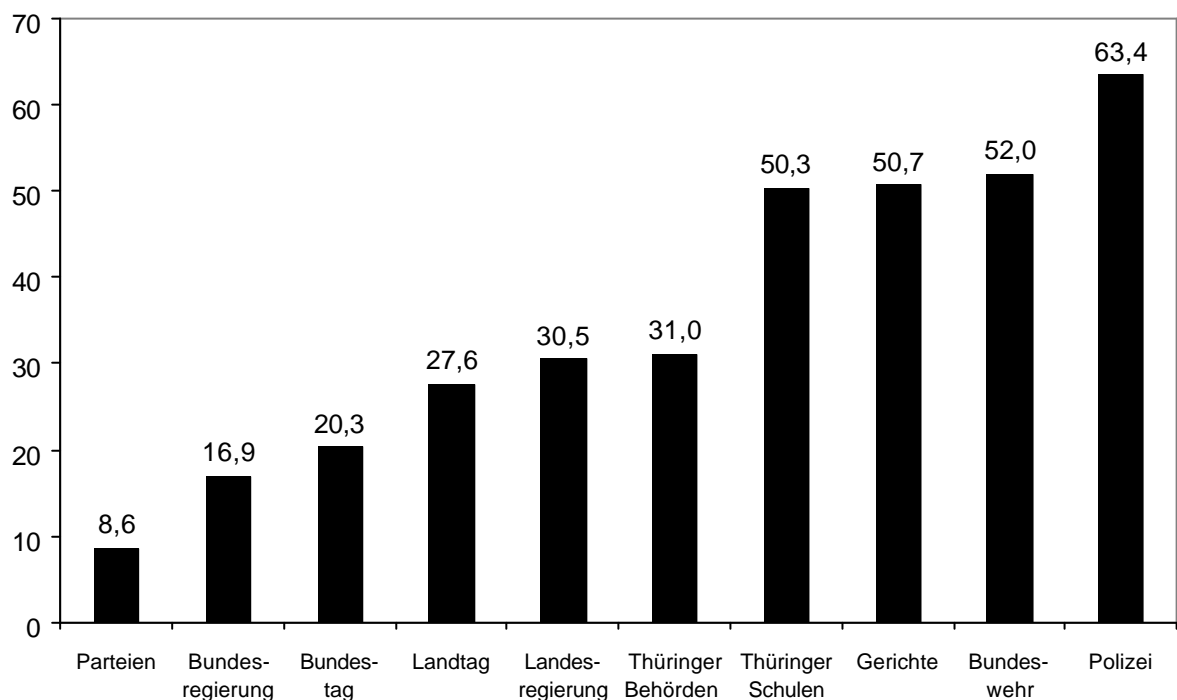


Damit sieht die Bewertung der Politiker insgesamt recht positiv aus. Die überwiegende Mehrheit der hier abgefragten Politiker gehört der CDU an, was vielleicht ein wenig die Häufung in der Mitte der Skala erklärt. Allerdings haben die Politiker der CDU kein Monopol auf positive Bewertungen, sondern im Durchschnitt liegen alle Politiker auf der Sympathieskala im positiven Bereich. Lediglich im Bekanntheitsgrad zeigen sich deutliche Unterschiede: Den Ministerpräsidenten Dieter Althaus kennen neun von zehn Thüringern, Christoph Matschie und Bodo Ramelow kennen nur sechs von zehn und Birgit Diezel gar nur etwa vier von zehn Befragten.

2.5. Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in politische bzw. staatliche Institutionen wurde in diesem Jahr deutlich breiter erfragt als in den Vorjahren. Bevor auf die Entwicklung des Institutionenvertrauens eingegangen werden soll, zunächst ein Blick auf die aktuelle Lage. Im Vergleich mit anderen Institutionen schneiden die Parteien mit deutlichem Abstand am schlechtesten ab.

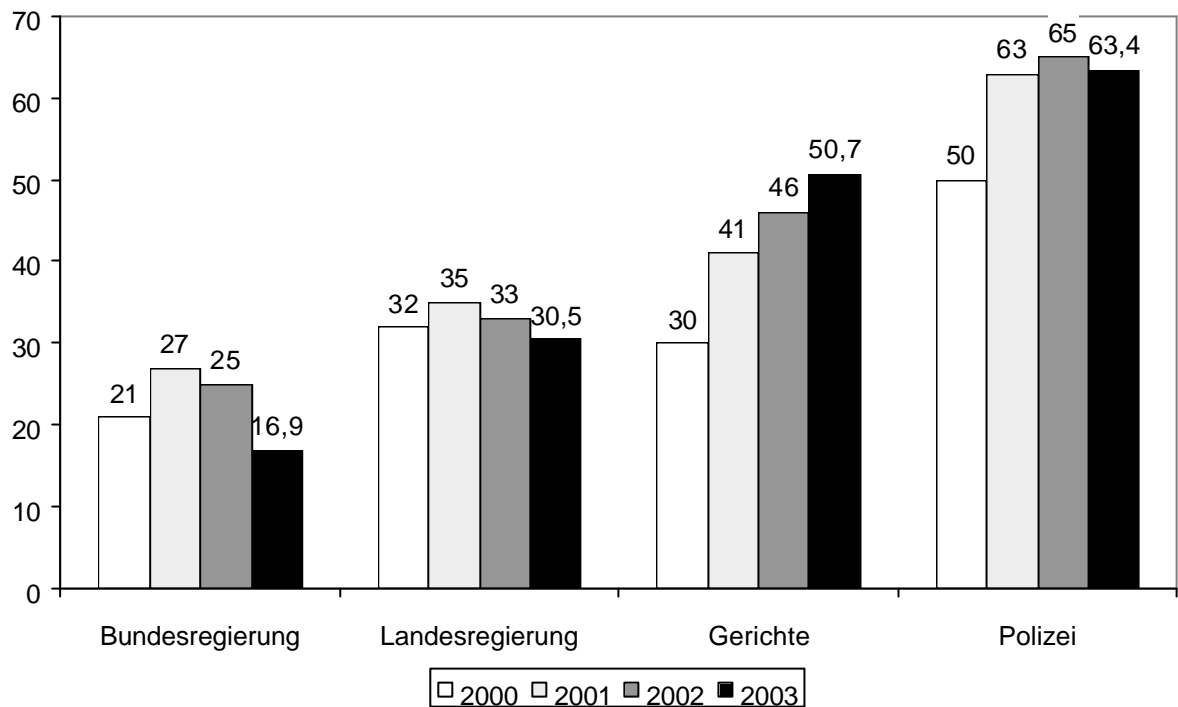
Abb. 22: *Vertrauen in Institutionen 2003*
(in Prozent)



Zusammenfassung der Werte „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“

Wie in den Vorjahren kann man einen deutlichen Unterschied zwischen politiknahen und politikfernen Institutionen ausmachen. Den Parteien folgen die eigentlichen politischen Institutionen in Bund und Land, wobei Landesregierung und Landtag mehr Vertrauen genießen als Bundesregierung und Bundestag. Den politikfernen Institutionen Schule, Gerichte, Bundeswehr und Polizei vertrauen die Thüringer weit mehr, wobei die Polizei wie in den Vorjahren die Spitzenstellung hält. Das Vertrauen in insgesamt vier Institutionen wurde über die letzten vier Jahre hinweg kontinuierlich erfasst. Diese Entwicklung ist in Abbildung 23 dargestellt.

Abb. 23: *Vertrauen in Institutionen 2000 bis 2003*
(in Prozent)



Das Vertrauen in die Polizei ist in etwa gleich groß geblieben, die Gerichte konnten nochmals deutlich zulegen. Bei den politiknahen Institutionen ist allerdings seit 2001 ein deutlicher Abwärtstrend zu erkennen.⁹ Allen voran hat die Bundesregierung an Vertrauen der Bürger eingebüßt, aber auch die Landesregierung kann sich diesem Trend nicht entziehen: Weniger als ein Drittel der Bürger vertraut der Landesregierung weitgehend bzw. voll und ganz. Allerdings ist auch explizites Misstrauen hier selten (17 Prozent), mehr als zwei Drittel der Thüringer vertrauen ihrer Regierung teilweise.

3. Zusammenfassung

Die Thüringer sind vergleichsweise stark an Politik interessiert. Bei der Bewertung von Politik nehmen sie kein Blatt vor den Mund. Die Politik im Allgemeinen ist ihnen zu wenig sachfragenorientiert, zu sehr Selbstzweck und zu wenig effektiv. Die Parteien werden ebenfalls nur von einer kleinen Minderheit positiv bewertet. Im Vergleich mit den übrigen politischen Institutionen schneiden sie nochmals deutlich schlechter ab, und das obwohl auch diese Institutionen nur wenig Vertrauen genießen. Die Thüringer Institutionen Landtag und Landesregierung werden besser bewertet als die Institutionen des Bundes, aber auch Ihnen vertraut nur eine Minderheit der Thüringer.

⁹ Einschränkung muss man allerdings bemerken, dass das Institutionenvertrauen hier nicht von den immer gleichen Personen angegeben wurde, sondern von Jahr zu Jahr von anderen Personen. Die Entwicklung insgesamt kann also bei einzelnen Thüringern durchaus auch anders verlaufen sein, vgl. Arzheimer 2002: 296.

Fragt man aber konkret nach bestimmten Parteien oder bestimmten Politikern, so zeigt sich doch ein anderes Bild. Eine weit überwiegende Mehrheit der Thüringer bewertet mindestens eine Partei oder einen Politiker positiv, viele sogar mehrere. Das stellt die Eignung der Fragen nach „den Parteien“ oder „den Politikern“ infrage, denn offenbar gibt es bei solchen Fragen gewisse Assoziationen und Reflexe („die da oben“), die für die negativen Bewertungen verantwortlich sind. Man könnte aber auch vermuten, dass die allgemeinen Fragen von den konkreten Fragen im Bewertungsmaßstab unterschieden sind. Bei „den Politikern“ könnten die Befragten an „den idealen Politiker“ denken, mit dem der Vergleich schlecht ausfallen muss. Bei einem realen Politiker denken die Befragten vielleicht „nur“ an andere konkrete Politiker, an denen sie dann gemessen werden.

Die Politik und ihre Akteure werden von den Bürgern teils sehr kritisch betrachtet. Dabei steht weniger die staatliche Institutionenordnung in Frage, als vielmehr die Ausgestaltung und – zumindest abstrakt – die Akteure. Der Zusammenhang dieser Wahrnehmung von demokratischer Politik und der Wahrnehmung der Demokratie in der Praxis und als Staatsidee ist im Folgenden zu prüfen.

IV. Demokratieverständnis und Partizipation

Im Rahmen der politischen Kulturforschung kommt den Einstellungen zur Demokratie und dem Verständnis von Demokratie eine zentrale Stellung zu. Mehr als etwa das Institutionenvertrauen und die Bewertung politischer Parteien, die mitunter starken aktuellen, tagespolitisch bedingten Schwankungen unterliegen, liefern die Bewertung der Demokratie und einzelner demokratischer Prinzipien Anhaltspunkte für die Verankerung des demokratischen Systems in der Bevölkerung. Den Einstellungen zur Demokratie kommt insofern auch eine seismographische Funktion hinsichtlich etwaiger Erosionen des Verfassungsfundaments zu – falls diese Bewegungen vom Volk, also von den wahlberechtigten Bürgern ausgehen. Das Demokratieverständnis wiederum erfasst die gewünschte Ausgestaltung des demokratischen Systems und gibt Auskunft darüber, welcher Demokratie bzw. welchen demokratischen Verfahrensweisen aus einer großen Zahl möglicher Regelungsmechanismen der Vorzug gegeben wird.

Üblicherweise werden bei der Messung der Einstellungen zur Demokratie drei Objektebenen unterschieden (Fuchs 1997). So können sich die entsprechenden Orientierungen entweder auf die grundlegenden Prinzipien (die Demokratie als Staatsidee oder Wertesystem), die implementierte Struktur (die Verfassungsordnung einer Gesellschaft) oder die Performanz beziehen, womit die konkrete Gestaltung der Demokratie in der Praxis gemeint ist. Während mit den Einstellungen zur Performanz die spezifische Demokratieunterstützung (im Sinne von Easton 1965) gemessen wird, erfasst die Bewertung der Demokratie als Norm eine diffuse, auf keinen konkreten Gegenstand bezogene Demokratieunterstützung. Die demokratische Struktur befindet sich zwischen diesen beiden Polen, ist aber sehr viel eher der diffusen Unterstützung zuzurechnen. Die genannten drei Ebenen sind sowohl nach den Modellannahmen als auch empirisch miteinander verbunden. Dabei geht von der Akzeptanz demokratischer Prinzipien eine legitimierende Wirkung auf die Verfassungsordnung aus, die idealiter ihrerseits der praktizierten Demokratie Legitimationskraft verleiht.

Bisherige Untersuchungen belegen gerade für die Bundesrepublik Deutschland, dass umgekehrt auch die alltäglichen Erfahrungen mit der Demokratie auf die Wahrnehmung des demokratischen Systems und – zumal langfristig – auch auf die Wertschätzung der Demokratie als normatives Konzept zurückwirken. Darüber hinaus können externe Faktoren die Einstellungen zur Demokratie auf allen drei Objektebenen beeinflussen. In Westdeutschland haben das so genannte Wirtschaftswunder und die über Jahrzehnte hinweg verbesserte sozialstaatliche Absicherung die Demokratiezufriedenheit gesteigert und im weiteren zu einer Akzeptanz demokratischer Strukturen und Prinzipien beigetragen – bis schließlich eine Eigendynamik eintrat, mit der die positive Bewertung der Demokratie von der ökonomischen Prosperität stark entkoppelt wurde (Fuchs 1989).

Die Einstellungen zur Demokratie in Ostdeutschland sind gerade auch vor dem Erfahrungshintergrund der alten Länder betrachtet worden. Ihre Entwicklung hat dementsprechend enorme Aufmerksamkeit in Publizistik, Politik und Wissenschaft gefunden (vgl. pars pro toto Fuchs / Roller / Wessels 1997; Gabriel 1999; Rohrschneider 1999, Falter / Gabriel / Rattinger 2000). Dabei sind zunächst die durchweg hohen Zustimmungsraten zur Demokratie als Staatsidee mit Erstaunen zur Kenntnis genommen worden, wenn sie nicht sogar Zweifel an der Zuverlässigkeit der Messinstrumente ausgelöst haben (so bei Bürklin 1995). Die im Zeitverlauf fortbestehenden Ost-West-Unterschiede bei der Unterstützung der demokratischen Strukturen und der Performanz sind dann mit dem Topos der inneren Einheit verbunden wor-

den und haben Beobachter einen fehlenden demokratischen Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen (Gabriel 2000: 68, 2002: 100; zustimmend Niedermayer 2001: 95) feststellen¹⁰ – und mit Blick auf Gesamtdeutschland gar von der „schwerste(n) Akzeptanzkrise des politischen Systems seit dem Beginn der 70er Jahre“ (Gabriel 1999: 836) sprechen lassen.

Dieser Diskussionskontext ist für die vorliegende Untersuchung vor allem dadurch von Bedeutung, dass er eine Einordnung der für Thüringen ermittelten Befunde ermöglicht. Ungeachtet dieser vergleichenden Perspektive geht es im Rahmen des Thüringen-Monitors vorrangig um die Analyse der demokratiebezogenen Orientierungen im Freistaat. Der diesjährige Schwerpunkt auf den politische Einstellungen ermöglicht dabei eine umfassendere und tiefer gehende Auseinandersetzung mit dem Themenfeld „Bewertung der Demokratie“ als in den beiden Vorjahren. An ihrem Anfang steht (1.) die Demokratieunterstützung auf der normativen und der Performanzebene, für die im dritten Jahr der Erhebung nun auch Trendaussagen gemacht werden können. Daran schließen sich (2.) Ausführungen zum Demokratieverständnis der Thüringer an, das 2003 erstmalig mit einer eigenen Fragenbatterie in seiner Mehrdimensionalität erhoben worden ist. Diese Bestandsaufnahme der Struktur und Entwicklung demokratiebezogener Einstellungen wird im weiteren ebenso als zu erklärendes Phänomen wie als Bestimmungsfaktor für andere Einstellungen und Verhaltensweisen in den Blick genommen. Dabei konzentriert sich (3.) die Ursachenanalyse auf die situativen Faktoren der sozioökonomischen Lage, der (ostdeutschen) Deprivation, der ideologischen Nähe zum SED-Regime und der Politikbewertung. Als (4.) Folgen mangelnder Demokratieunterstützung werden hier im Einklang mit weiten Teilen der Literatur die politische Passivität, die Nichtwahl und die Wahl extremistischer Parteien sowie die Bereitschaft zu politisch motivierter Gewaltanwendung untersucht.¹¹

1. Die Unterstützung der Demokratie

Von Anfang an sind im Rahmen des Thüringen-Monitors zwei „klassische“ Statements aus der empirischen Demokratieforschung zur Messung der Unterstützung der Demokratie herangezogen worden: Auf der Ebene der Prinzipien / Werte findet die Aussage Verwendung, dass die Demokratie die beste Staatsform darstellt. Die Performanz wird über die Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in der Praxis funktioniert“, erfasst. Damit sind zwei der drei oben genannten Objektebenen demokratiebezogener Einstellungen berücksichtigt. Eine Annäherung an die soweit fehlende Strukturebene wird über das zudem in diesem Jahr umfassender erhobene Institutionenvertrauen (vgl. Kap. III. 2.5) ermöglicht, allerdings liegen Vergleichswerte zu den Vorjahren lediglich für das Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung vor.¹² Darüber hinaus erlaubt die Haltung zu einer Diktatur im nationalen Interesse eine weitere Differenzierung.

Die schon aus den Vorjahren vertraute und zudem in sämtlichen Untersuchungen für Gesamtdeutschland bestätigte Kluft zwischen der Bewertung der Demokratie als normatives Konzept und ihrer Performanz kommt auch in diesem Jahr überdeutlich zum Ausdruck. Dabei ist die

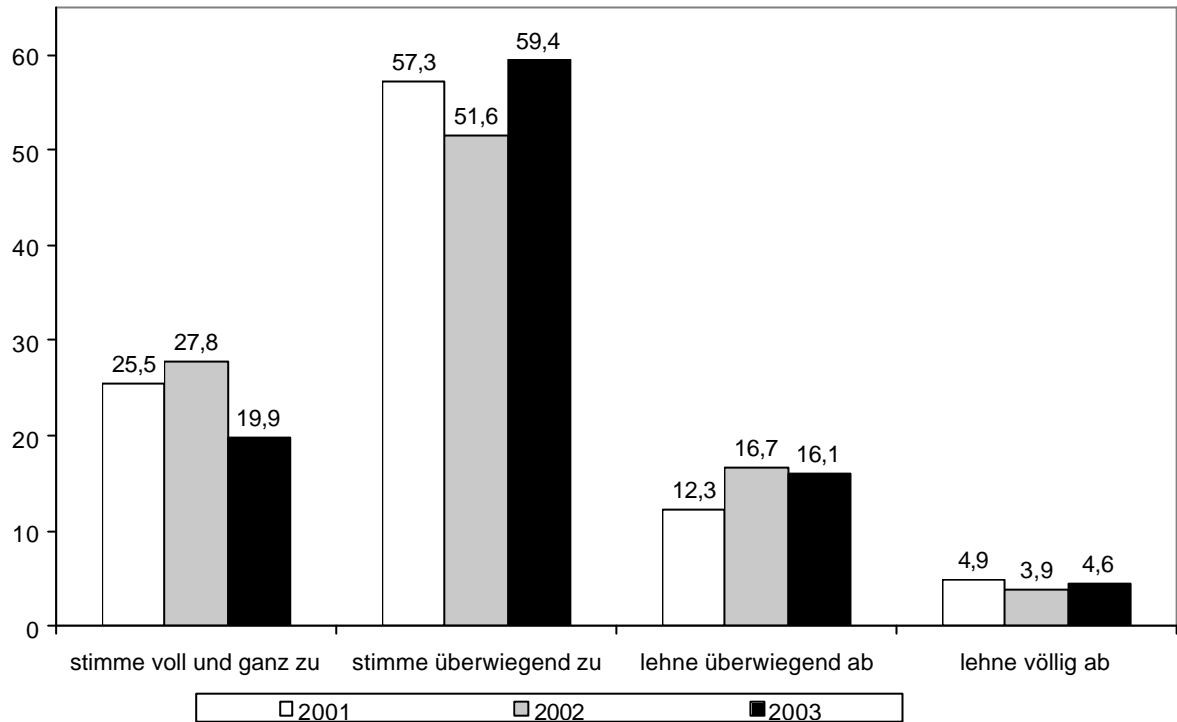
10 Eine besonders dezidierte Kritik am Topos der inneren Einheit und an der Behauptung systematischer Einstellungsdifferenzen zwischen den Bürgern der alten und der neuen Länder findet sich bei Veen 1997.

11 Auch die rechtsextremen Orientierungen gehören streng genommen in diese Rubrik. Im Einklang mit dem Vorgehen in den vergangenen drei Jahren werden sie jedoch sehr viel umfassender dargestellt und analysiert, so dass ihnen ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

12 Die fehlende Vergleichbarkeit sprach denn auch gegen die Aufnahme eines neuen Statements. Für die Analyse des Institutionenvertrauens wird auf das vorausgegangene Kapitel verwiesen.

Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee mit knapp 80 Prozent recht stabil geblieben. Allerdings hat ihre Intensität nachgelassen; nur noch jeder Fünfte unterstützt nunmehr diese Staatsidee voll und ganz (vgl. Abb. 24).

Abb. 24: *Bewertung der Demokratie als Staatsidee 2001 – 2003*
(in Prozent)

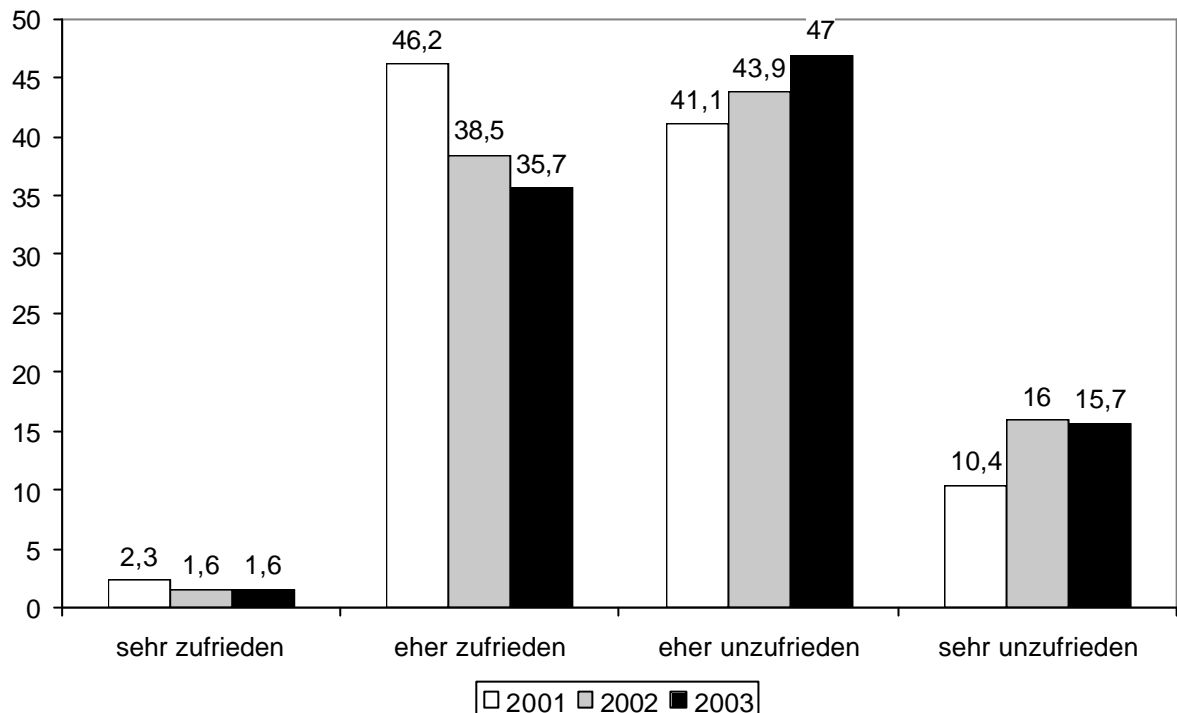


Im Kontrast zur Werteebene der Demokratie ist die Demokratie in der Praxis (Demokratiezufriedenheit) nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr nochmals gesunken. Im Zeitraum 2001 bis 2003 hat sich damit der Anteil zufriedener Demokraten in Thüringen um mehr als zehn Prozentpunkte verringert. Er liegt derzeit nicht einmal halb so hoch wie der Anteil der Zustimmungen zur Idee der Demokratie. Darüber hinaus hat die Zustimmung zu dem Statement „In nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“ mit knapp 20 Prozent den bislang höchsten Stand erreicht.¹³

Insgesamt zeichnet sich eine deutlich verschlechterte Bewertung der demokratischen Performanz und ein leichter Rückgang der Unterstützung für die Demokratie auf der normativen Ebene ab. Hoffnungsvoll mag angesichts dieser Entwicklung stimmen, dass sich die jüngste Altersgruppe (18 bis 24 Jahre) bei allen drei Statements durch besonders demokratiefreundliche Positionen auszeichnet. Zumindest für die Bewertung der demokratischen Staatsidee bedeutet dies eine Veränderung gegenüber den Jahren 2001 und 2002, als die jungen Erwachsenen gegenüber der Demokratie noch viel kritischer eingestellt waren.

¹³ Die exakten Werte sind für 2001: 17,2 %, für 2002: 16,7 %, für 2003: 19,7 %.

Abb. 25: *Bewertung der Demokratie in der Praxis (Demokratiezufriedenheit) 2001 – 2003 (in Prozent)*



Analog zu den Vorjahren kann auf der Basis der Positionierungen zur Norm und zur Performanz der Demokratie eine Typenbildung unter den Befragten vorgenommen werden. Stimmen diese den beiden entsprechenden Aussagen zu, handelt es sich um zufriedene Demokraten. Bei bekundeter Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis und gleichzeitiger Zustimmung zur Norm hat man es mit unzufriedenen Demokraten zu tun. Hingegen gelten alle diejenigen, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten, als Nichtdemokraten. Nimmt man das Statement zur Diktatur hinzu, so lässt sich diese Gruppe weiter untergliedern: Unter den Nichtdemokraten bilden die Antidemokraten dann die Gruppe der Befragten, die zusätzlich – unter bestimmten Umständen – eine Diktatur unterstützen.

Die in Tabelle 5 dargestellte Verteilung zeigt, dass die unzufriedenen Demokraten im Zeitverlauf von einer starken Minderheit zur klaren (relativen) Mehrheit geworden sind. Ihr Zuwachs geht zu Lasten der zufriedenen Demokraten, die 2003 lediglich noch ein Drittel der Befragten stellen. Während der Anteil der Nichtdemokraten seit 2001 etwas angestiegen ist, hat sich innerhalb dieser Gruppe der Prozentsatz der Antidemokraten – bei niedrigem Ausgangsniveau – mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung ist wesentlich mit dafür verantwortlich, dass sich die feinen Risse im Verfassungsfundament, von denen im vergangenen Jahr die Rede gewesen ist (Thüringen-Monitor 2002: 70), verbreitert haben.

Tab. 5: *Typologie der Einstellungen zur Demokratie*
(in Prozent)

		<i>Demokratie ist die beste aller Staatsideen</i>		
		Stimme voll und ganz zu	Stimme über wiegend zu	Lehne überwiegend/ völlig ab
Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis	Sehr zufrieden	Zufriedene Demokraten 33,5 (2003)		Nicht-Demokraten 20,9 (2003)
	Ziemlich zufrieden	37,3 (2002)	44,6 (2001)	
	Ziemlich unzufrieden	Unzufriedene Demokraten 45,6 (2003)		17,3 (2001)
	Sehr unzufrieden	42,2 (2002)	38,1 (2001)	<u>einschließlich:</u> Anti-Demokraten* 8,4 (2003)
				6,0 (2002)
				3,9 (2001)

*Anmerkung: Antidemokraten sind Nichtdemokraten, die gleichzeitig eine Diktatur befürworten

Ablehnende Haltungen zur Demokratie gehen mit bestimmten sozialstrukturellen Merkmalen einher. So rechnet sich nur jeder sechste Mann, aber immerhin jede vierte Frau der Gruppe der Nichtdemokraten zu. Entsprechende Orientierungen finden sich zudem häufiger in kleinen Orten als in größeren Städten. Allerdings dürfte dieser Zusammenhang ebenso wie die relativ große Resistenz gegenüber nichtdemokratischen Einstellungen in der jüngsten Altersgruppe über die Bildung vermittelt sein. Der formale Bildungsabschluss erweist sich unter allen sozialstrukturellen Variablen als stärkster Erklärungsfaktor: So weist nahezu jeder Dritte mit einem Abschluss unter dem Niveau der 10. Klasse nichtdemokratische Einstellungen auf, während dies bei den Befragten mit (mindestens dem) Abitur für nicht einmal jeden Zehnten gilt. Die zufriedenen Demokraten sind in der Gruppe der Gebildeten zwar auch überrepräsentiert, doch scheint hier gesellschaftlichen Orientierungen eine zusätzliche Bedeutung zuzukommen.

Die Unterstützung der Demokratie auf den Ebenen der Prinzipien und der Performanz, deren Verbreitung und Intensität bisher referiert worden ist, erlaubt noch keine Rückschlüsse auf die inhaltliche Bestimmung des Demokratiebegriffs durch die Befragten. Welche Aspekte bzw. Merkmale der Demokratie Wertschätzung erfahren und wo ihre Grenzen gezogen werden, kann erst mittels einer Analyse des Demokratieverständnisses bestimmt werden.

2. Demokratieverständnis

Für die Erfassung des Demokratieverständnisses haben sich in der Einstellungsforschung zwei Zugangsweisen etabliert. Zum einen wird nach der Akzeptanz von grundlegenden demokratischen Prinzipien und Verfahrensweisen wie dem Parteienpluralismus, der Meinungsfreiheit oder der Legitimität von Opposition gefragt, gelegentlich auch danach, ob es sich dabei um Wesensmerkmale der Demokratie handelt. Auf dieser „Konsensdimension“ der Einstellungen zur Demokratie (Niedermayer 2001: 85) haben sich sowohl für die Bundesrepublik vor 1989/90 als auch für das vereinigte Deutschland – und zwar für beide Landesteile – geradezu beeindruckende Zustimmungswerte zu demokratischen Prinzipien nachweisen lassen.

Zum anderen werden grundlegende demokratische Normen auf der so genannten Konfliktdimension in ein Spannungsverhältnis zu anderen Werten oder politischen Zielen gesetzt. Die Befragten sind also aufgefordert, die relative Bedeutung von Merkmalen und Verfahren der Demokratie im Konflikt mit konkurrierenden Zielsetzungen wie innere und äußere Sicherheit oder wirtschaftliches Wachstum anzugeben. Die Spannungsfelder können ebenso durch konkurrierende Aspekte der Demokratie aufgebaut werden. Auf diesem Wege lassen sich Präferenzhierarchien bilden und Informationen über die Reichweite der Demokratieunterstützung, somit letztlich auch über die Struktur des Demokratieverständnisses gewinnen. Anders als die Konsensdimension kann die Konfliktdimension durch die Konstruktion einer Entscheidungssituation kaum dem Verdacht ausgesetzt werden, nur „Fragebogendemokraten“ zu produzieren.

Beim Thüringen-Monitor 2003 ist weitgehend solchen Statements der Vorrang gegeben worden, die der Konfliktdimension zuzurechnen sind. Dafür haben vor allem zwei Erwägungen den Ausschlag gegeben: Erstens bewegen sich die Zustimmungen zu Fragen der Konsensdimension in Ost- wie Westdeutschland so konstant auf extrem hohem Niveau (um oder über 90 Prozent), dass von der Aufnahme derartiger Fragen nur die Bestätigung von längst Bekanntem zu erwarten gewesen wäre. Zweitens verspricht die Akzentuierung der Konfliktdimension ein genaueres und differenziertes Bild von der Beschaffenheit demokratischer Überzeugungen.

Das Demokratieverständnis der Thüringer Bürger ist mit insgesamt sieben Statements bei jeweils vierstufigen Antwortkategorien erfasst worden. Jede der Aussagen bezieht sich auf ein anderes, für moderne Demokratien wesentliches Spannungsverhältnis. Eine Ausnahme macht allein das Mehrheitsprinzip. Zwar wird auch bei diesem Statement eine Konfliktsituation, hier zwischen Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz konstruiert, doch wird der Konflikt durch den Verweis auf die gewährleisteten Minderheitenrechte entschärft. Die verbleibenden Fragen erfassen so zentrale Aspekte des Demokratieprinzips wie den Pluralismus, die Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verfahren (vgl. Tab. 6). Mit den beiden Statements zur Rechts- und Sozialstaatlichkeit wird faktisch die Reichweite des von den Befragten vertretenen Demokratiekonzepts gemessen. Bei der Aussage zum Rechtsstaat und zur Gewichtung von Input und Output werden demokratische Prinzipien und Verfahren anderen gesellschaftlichen Zielen gegenüber gestellt. Hingegen geht es bei den Fragen zu Volksentscheiden und zum Verhalten der Opposition um die Ausgestaltung der Demokratie.

Tab. 6: Bewertung der Statements zum Demokratieverständnis (in Prozent)

Konfliktdimensionen und Statements	++	+	-	--
Mehrheitsentscheidung (Konsens-Statement) „In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind.“	45,1	41,0	9,6	4,3
Pluralismus (Pluralismus vs. Allgemeinwohl) „Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.“	31,5	32,9	25,8	9,9
Demokrat. Verfahren I (Input- vs. Outputorientierung) „In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder politisch beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt.“	29,1	37,0	24,4	9,5
Demokrat. Verfahren II (Repräsentat. vs. direkte Demokratie) „Was halten Sie von der Auffassung, dass wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten?“	47,3	39,3	10,9	2,4
Politischer Wettbewerb (Konsens vs. Konflikt) „Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“	37,3	40,6	16,1	6,0
Rechtsstaat (Rechtsstaatlichkeit vs. Verbrechensbekämpfung) „Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.“	44,9	17,1	18,4	19,6
Soziale Demokratie (Reichweite der Demokratie) „Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.“	56,5	30,3	10,7	2,5

++ „stimme voll und ganz zu“; + „stimme überwiegend zu“; ? „lehne eher ab“; ? ? „lehne völlig ab“

Es fällt zunächst auf, dass alle Aussagen zum Demokratieverständnis von einer deutlichen, teils sehr deutlichen Mehrheit der Befragten unterstützt werden. Die Unterschiede in Ausmaß und Intensität der Zustimmung sind jedoch beträchtlich. Zwar bestehen zwischen einzelnen Statements zu Konfliktthemen der Demokratie Zusammenhänge, diese können jedoch allenfalls als mittelstark gelten.¹⁴ Das Fehlen starker statistischer Zusammenhänge spricht dafür, dass es sich tatsächlich um unterschiedliche Dimensionen des Demokratieverständnisses handelt. Darauf deuten auch die fehlenden Korrelationen zwischen aufgelisteten Statements und der Unterstützung für die Demokratie auf der Ebene der Prinzipien und der Performanz hin. Mit anderen Worten: Die Positionierung eines Befragten zu den einzelnen Dimensionen des

14 Bei einer Korrelation aller sieben Statements untereinander erreicht Pearsons' r niemals einen höheren Wert als 0,26.

Demokratieverständnisses lässt kaum einen Rückschluss auf seine demokratische Gesinnung und seine Zufriedenheit mit der Demokratie zu.

Betrachtet man die Antwortverteilungen bei den einzelnen Statements, so ergeben sich einige widersprüchliche oder doch zumindest ambivalente Befunde. Die stärkste Unterstützung etwa erfährt die Aussage, ohne eine Begrenzung sozialer Ungleichheit gebe es keine richtige Demokratie. Die Zustimmung fällt mit 87 Prozent (darunter fast zwei Drittel völlige Zustimmung) zwar ausgesprochen deutlich aus, liegt aber durchaus auf der Linie früherer Befragungen mit ähnlichen Fragestellungen. Darin drückt sich ein umfassendes Demokratieverständnis aus, nach dem die Demokratie nicht auf Verfahren beschränkt ist, sondern die gesellschaftliche Verteilung von Gütern etwa qua sozialstaatlicher (Um-)Verteilungspolitik vornimmt, also materielle Leistungen für die Bürger erbringt. Nach der Typologie von Fuchs entspricht diese Vorstellung dem Modell des demokratischen Sozialismus (Fuchs 1997). So extensiv die Auslegung des Demokratiebegriffs in sozialer Hinsicht, so restriktiv wird er in rechtsstaatlicher Hinsicht angewandt: Nur vier von zehn Befragten sind bereit, Schwerverbrechern gleiche Rechte vor Gericht einzuräumen. Nicht ein generell ausgreifendes Demokratieverständnis findet sich also bei den Befragten, sondern eine je nach Gegenstandsbereich mal sehr weit, mal sehr eng gefasste Ausdeutung. Freilich weisen die Einstellungen zur Reichweite der Demokratie in sozial- und rechtsstaatlicher Hinsicht auch ein übereinstimmendes Moment auf. Gemeinsam ist beiden die Distanz zu einem traditionell liberalen Demokratiemodell. Mit der Einforderung sozialstaatlicher Aktivitäten wird gegen die für dieses Konzept zentrale Begrenzung der Staatstätigkeit verstoßen, während im Namen der Verbrechensbekämpfung ein elementarer Grundsatz des liberalen Rechtsstaatskonzepts, die Gleichheit vor dem Gesetz, in Frage gestellt ist.

Auf den ersten Blick inkonsistente Aussagen zur Demokratie finden sich auch bezüglich der demokratischen Verfahren. Wie in den Jahren 2000 und 2001 spricht sich eine überwältigende Mehrheit für die häufigere Entscheidung politischer Fragen per Volksentscheid aus und gibt damit eine Präferenz für die direktdemokratische Ergänzung des repräsentativen Systems zu erkennen. Diese Wertschätzung einer veränderten Gewichtung von Entscheidungsverfahren in der Demokratie erfährt durch die deutliche Ergebnisorientierung der Thüringer allerdings eine Relativierung. Wenn die Befragten – bezogen auf die Bedeutung für die Demokratie – vor die Wahl zwischen umfassender Partizipation (Input-Komponente) und einer guten Leistungsbilanz (Output-Komponente) gestellt werden, spricht sich eine Zweidrittelmehrheit dafür aus, „dass das Ergebnis stimmt“. Offenbar verlieren die Verfahrensweisen in dem Maße an Relevanz wie der (primär ökonomische) Output des demokratischen Systems den gewünschten Vorstellungen entspricht. Bemerkenswerterweise sind die besonders überzeugten Verfechter von mehr Volksentscheiden sogar stärker ergebnisorientiert als die (wenigen) Unterstützer der rein repräsentativen Demokratie. Dieser vorerst jedoch isolierte Befund könnte darauf hindeuten, dass sich die Popularität direktdemokratischer Verfahren weniger aus einem partizipatorischen Demokratieverständnis speist als aus dem Wunsch nach einem anderen, das heißt besseren Output.

Die auf der Basis der Konfliktdimension ermittelte Demokratievorstellung der Thüringer zeichnet sich neben der generellen Akzeptanz des Mehrheitsprinzips durch eine starke Ergebnisorientierung, ein in Konfliktsituationen eher schwach ausgeprägtes Rechtsstaatsbewusstsein sowie durch eine entschiedene sozialstaatliche und plebiszitäre Ausrichtung aus. Gerade die beiden letzten Komponenten sind in der Literatur wiederholt als Besonderheiten eines ostdeutschen Demokratieverständnisses identifiziert worden (Bürklin / Dalton / Drummond

2001; Bürklin 1997; Fuchs / Roller / Wessels 1997;).¹⁵ Führt man die Wertschätzung der sozialen Demokratie und direktdemokratischer Verfahren auf ihren gemeinsamen Ursprung in einem egalitären Demokratieverständnis (vgl. unter anderem Holtmann 2000: 69) zurück, so bestätigt sich für Thüringen diese egalitäre Orientierung nachdrücklich. Auch in dieser Hinsicht ergeben sich Spannungslinien zu einem liberalen Demokratiekonzept, das auf formale Gleichheit (Gleichheit vor dem Gesetz; „one man one vote“) abstellt, nicht aber auf egalitäre Güterverteilung oder egalitäre Partizipationskanäle.

Die Distanz gegenüber liberalen (politischen) Ordnungsvorstellungen spiegelt sich schließlich auch in den Aussagen zur Konfliktdimension des Pluralismus. So betrachten zwei von drei Befragten die Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen als schädlich für das Allgemeinwohl – eine „Zweidrittelmehrheit“, wie sie in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auch in Ostdeutschland insgesamt bestanden hat. Für diese Position finden sich hinreichend Anknüpfungspunkte in der politischen Ideengeschichte, und selbst zu kommunitaristischen Positionen ließe sich ein Bezug herstellen. Zu dem auf Interessenvielfalt und politische Konkurrenz fokussierenden liberalen Verständnis der Demokratie bildet die solchermaßen artikulierten Pluralismusskepsis jedoch eine markante Kontrastfolie.¹⁶

Mit der Wahrnehmung von Interessenkonflikten als Gefahrenquelle korrespondiert offensichtlich ein konsensualistisches Politikverständnis. Mehr als drei Viertel der Thüringer sehen die Aufgabe der Opposition eher in der Unterstützung der Regierung als in der Kritik. Damit scheint die für die neuen Länder generell behauptete Konfliktscheu¹⁷ auch das Demokratieverständnis in Thüringen zu prägen. Die für den Freistaat ermittelten Zustimmungswerte liegen dabei noch deutlich über den aus früheren Untersuchungen bekannten Werten für Ostdeutschland. Diese Differenz könnte ihren Grund in den aktuellen bundespolitischen Diskussionen um die geeignete Reaktion der Opposition auf die Reformprojekte der Regierung (zwischen Unterstützung und Blockade) haben. Was auch immer die konkreten Gründe sein mögen, das Demokratieverständnis in Thüringen weist offensichtlich auch eine pluralismuskritische und eine konsensualistische Facette auf.

Untersucht man die einzelnen Dimensionen des Demokratieverständnisses nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen, ergeben sich relevante Unterschiede vor allem für die State-ments zum Pluralismus, zur Rechtsstaatlichkeit und zum Verhältnis von Input und Output. Besonders augenfällig ist dabei das Antwortverhalten der jüngsten Alterskohorte. Die 18-24-Jährigen sind pluralistischer, eher input- als outputorientiert und sie billigen mit deutlicher Mehrheit auch Schwerverbrechern gleiche Rechte im Strafverfahren zu. Zwischen den Geschlechtern zeigen sich besonders deutliche Differenzen bei der Aussage zur Aufgabe der Opposition: 28 Prozent der Männer, aber nur 17 Prozent der Frauen wünschen eine konfliktorientierte Oppositionspolitik. Erhebliche Bedeutung kommt einmal mehr dem Bildungsstand zu: Befragte mit Abitur sind teils deutlich pluralistischer orientiert und lassen eine größere Sensibilität gegenüber rechtsstaatlichen Prinzipien und demokratischen Verfahren erkennen.

Aussagekräftiger als die sozialstrukturellen Einflüsse auf das Demokratieverständnis sind die Beziehungen zwischen seinen einzelnen Dimensionen und vor allem die Zusammenhänge mit

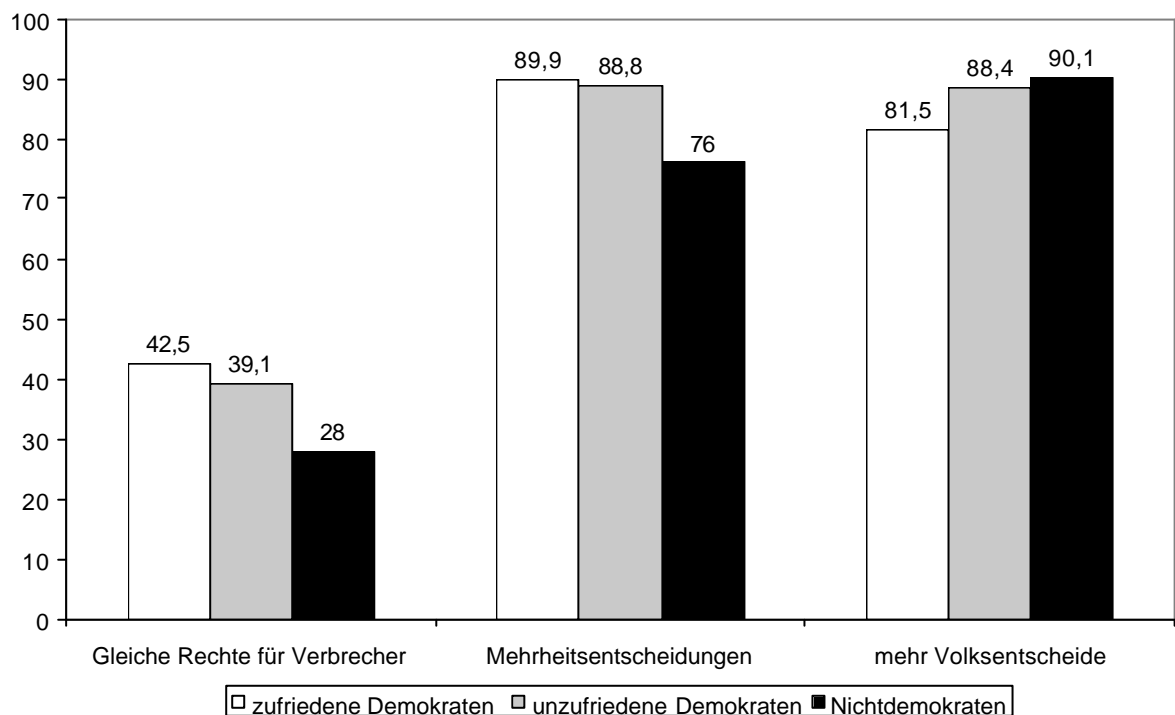
15 Diesbezüglich ist jedoch auch eine starke Ost-West-Angleichung bis zum Jahr 2000 bemerkt worden (Niedermayer 2001: 87).

16 Es ist bezeichnend, dass dieses Pluralismus-Statement in anderen Untersuchungen zur Messung rechts-extremer Orientierungen verwendet wird (Niedermayer / Brähler 2002). Empirisch ergibt sich für Thüringen tatsächlich ein mittelstarker positiver Zusammenhang zum Rechtsextremismus.

17 Gerade hinsichtlich des Verständnisses von Opposition haben zwischen Ost- und Westdeutschland allerdings bislang eher geringe Unterschiede bestanden (vgl. die Daten bei Niedermayer 2001: 85).

der allgemeinen Bewertung der Demokratie. Gerade vor dem Hintergrund eher schwacher Korrelationen zwischen den einzelnen Dimensionen verdienen die vorhandenen Zusammenhänge besondere Aufmerksamkeit. Der stärkste Zusammenhang besteht dabei zwischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. So wendet sich die Mehrheit der „Pluralisten“ (Bejahung der Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen) gegen die Ungleichbehandlung von Schwerverbrechern vor Gericht, während es in der Kontrastgruppe nicht einmal ein Drittel ist. Anscheinend sind sie für rechtsstaatliche Prinzipien stärker sensibilisiert – im Wissen um deren Unabdingbarkeit für einen funktionierenden Pluralismus.¹⁸ Die „Pluralisten“ sind darüber hinaus ebenso wie die Befragten mit einem ausgeprägten rechtsstaatlichen Bewusstsein überdurchschnittlich konfliktorientiert. Letztere weisen zudem eine weit überproportionale Inputorientierung auf.

Abb. 26: *Ausgewählte Dimensionen des Demokratieverständnisses nach Einstellungen zur Demokratie (in Prozent)*



Einen weiteren Erkenntnisgewinn verspricht ein Vergleich des Antwortverhaltens von zufriedenen Demokraten, unzufriedenen Demokraten und Nichtdemokraten. In der Abbildung 26 sind dabei nur diejenigen Dimensionen des Demokratieverständnisses berücksichtigt, bei denen nennenswerte Unterschiede zwischen diesen drei Gruppen bestehen. Besondere Beachtung verdient jeweils die Gruppe der Nichtdemokraten, hebt diese sich doch von den beiden Teilgruppen der Demokraten deutlich ab. Fast jeder vierte Nichtdemokrat im Ver-

18 Ein weiterer Erklärungsfaktor dürfte sein, dass Pluralisten Devianz (hier: Kriminalität) als eine Herausforderung des Gemeinwesens begreifen, der im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren adäquat begegnet werden kann (und soll). Für die Befragten mit einem hohen Rechtsstaatsbewusstsein lässt sich ein leicht überdurchschnittliches Vertrauen in die Gerichte nachweisen.

gleich zu etwa jedem zehnten Demokraten lehnt bezeichnenderweise das Mehrheitsprinzip als die zentrale Entscheidungsregel in der Demokratie ab. Dabei ist zu vermuten, dass sich diese Bewertung nicht einem ausgeprägten Bewusstsein für die Schutzbedürftigkeit von Minderheiten verdankt, sondern aus dem Wissen um die fehlende eigene Mehrheitsfähigkeit resultiert. Das Mehrheitsprinzip würde demnach auf Ablehnung stoßen, weil bei seiner Geltung eigene nichtdemokratische Positionen nicht durchzusetzen sind. Der deutlichste Zusammenhang mit der Demokratiebewertung ergibt sich für das Rechtsstaats-Statement: Die Ungleichbehandlung von Schwerverbrechern wird von den Nichtdemokraten weit überproportional unterstützt.

Bemerkenswert erscheint, dass die über alle Parteigrenzen hinweg erhobene Forderung nach mehr direkter Demokratie am stärksten von Nichtdemokraten unterstützt wird. Auch andere Befunde lassen Zweifel aufkommen, ob die ungemein große Popularität von Volksentscheiden primär einem partizipativen Demokratieverständnis entspringt (so bereits Bürklin / Dalton / Drummond 2001): Sie wird – bei überwiegend geringen Unterschieden zwischen den jeweiligen Gruppen – von „Politikverdrossenen“ stärker unterstützt als von Befragten ohne derartige Verdrossenheitssymptome, von politisch wenig Interessierten mehr als von stark Interessierten, von niedrig Gebildeten mehr als von Hochschulabsolventen, von landespolitisch Informierten hingegen weniger als von der Kontrastgruppe. Zudem bestreiten – ähnlich wie schon 2001 – fast zwei Drittel selbst der vorbehaltlosen Unterstützer von Volksentscheiden ihren Mitbürgern die Kompetenz, über komplizierte politische Fragen zu entscheiden. Die politische Eigenkompetenz steht schließlich in keinem Zusammenhang mit der Befürwortung von Volksentscheiden.

Die beinahe flächendeckende Unterstützung für eine Ausweitung direktdemokratischer Verfahren in Thüringen ist politisch von höchster Relevanz. Sie hat entscheidend zum beispiellosen Erfolg des Volksbegehrens für mehr direkte Demokratie Ende 2000 beigetragen – und mittelbar auch zu dem unlängst erreichten informellen Verfassungskompromiss (zu den Hintergründen Edinger 2003). Angesichts der beträchtlichen Aufmerksamkeit, die der Konflikt um die Ausgestaltung der direkten Demokratie in den Medien und zumal in den zwecks politischer Informationsgewinnung genutzten Regionalzeitungen (siehe oben Kap. IV.1) gefunden hat, ist der Kenntnisstand der Befragten außerordentlich gering. Nur jeder Fünfte konnte auf die Frage, ob die Volksentscheide durch den Verfassungskompromiss erleichtert oder erschwert werden, die richtige Antwort geben. Die entschiedenen Befürworter waren dabei nicht erfolgreicher, sie gaben lediglich öfter eine falsche statt keiner Antwort.

Die Untersuchung des Demokratieverständnisses in Thüringen hat bestätigt, dass die gemessenen demokratiebezogenen Orientierungen ganz unterschiedlichen Dimensionen zuzuordnen sind, die untereinander – von einigen Ausnahmen abgesehen – keine relevanten Zusammenhänge aufweisen. Schon aus diesem Grund sind etwaigen Bemühungen zur Erklärung des solchermaßen differenzierten Demokratieverständnisses enge Grenzen gesetzt.¹⁹ Im Rahmen der Forschung zur politischen Kultur kommt der Ausformung des Demokratieverständnisses im Vergleich zur Demokratieunterstützung jedoch ohnehin eine nachgeordnete theoretische und praktische Relevanz zu. Die Ausführungen im folgenden Kapitel konzentrieren sich daher ganz auf den Versuch, die Zustimmung bzw. Ablehnung der Demokratie in Thüringen zu erklären.

19 Im Rahmen einer Korrelationsanalyse konnte empirisch für keines der sieben demokratiebezogenen Statements ein starker Zusammenhang mit sozioökonomischen Variablen oder mit Aspekten der Systemunterstützung festgestellt werden.

3. Determinanten der Demokratieunterstützung

Folgt man dem Modell von Fuchs, so legen zunächst theoretische Erwägungen nahe, die Gründe der Demokratieunterstützung getrennt für die einzelnen Objektebenen zu untersuchen. Auf der Basis des Thüringen-Monitors kann eine solche Analyse für die Prinzipien- und für die Performanzebene der Demokratie vorgenommen werden, nicht jedoch für die Strukturebene.²⁰ Neben grundsätzlichen Überlegungen machen bisherige empirische Befunde eine differenzierte Analyse der positiven Orientierungen gegenüber der Demokratie erforderlich. So ist auf der Basis einer Paneluntersuchung für Ostdeutschland nachgewiesen worden, dass die psychische Nähe bzw. Distanz zur DDR den stärksten Bestimmungsfaktor der Bewertung der Demokratie als politisches Ordnungsmodell darstellt (Gabriel 2000: 59-61). Demgegenüber speiste sich die Demokratiezufriedenheit stärker aus aktuellen Bezügen, vornehmlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (sowohl derjenigen in Ost- als auch derjenigen in Westdeutschland (Pollack 2002: 29-34) und der Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht (Gabriel 2002: 61-64).

Im Folgenden sollen in Anlehnung an die vorliegende Forschungsliteratur (Pollack 2002) insgesamt vier Erklärungsfaktoren für (i) die Demokratiezufriedenheit und (ii) die Bewertung der Demokratie als Staatsidee herangezogen werden: die sozioökonomische Lage, etwaige Deprivationsgefühle der Befragten, vor allem insofern sie mit ihrem Status als Ostdeutsche in Verbindung stehen, politische Orientierungen und ideologische Bezüge zur DDR. Werden zunächst die bivariaten Zusammenhänge untersucht, also die Beziehungen zwischen einzelnen Faktoren und den Ebenen der Demokratieunterstützung, so geht es (iii) im Rahmen eines Vergleichs der Bestimmungsfaktoren hinsichtlich ihrer Erklärungskraft für Demokratieprinzip und Demokratieperformanz auch um eine multivariate Analyse. Schließlich sollen (iv) Unterschiede zwischen den verschiedenen Einstellungstypen (zufriedene und unzufriedene Demokraten, Nichtdemokraten, Antidemokraten) dokumentiert und interpretiert werden.

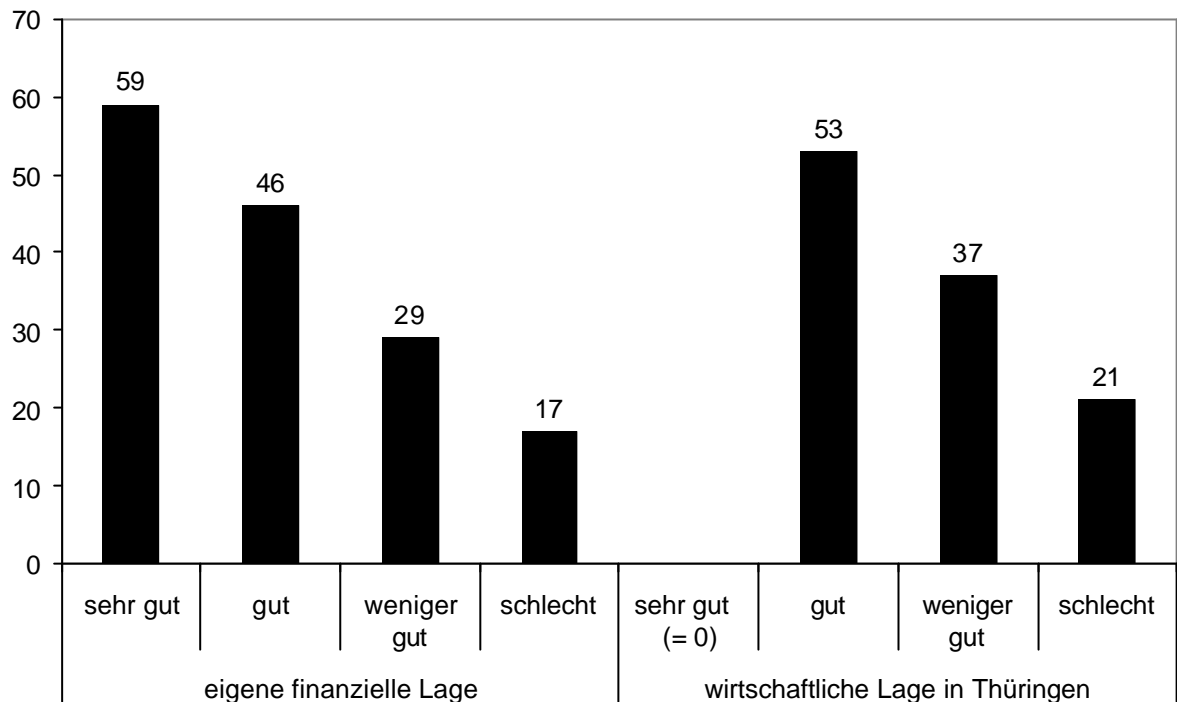
(i) Bereits im vergangenen Jahr ist über die beträchtliche Wirkung berichtet worden, die die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis ausgeübt hat (Thüringen-Monitor 2002: 69). Dieser starke Zusammenhang findet sich auch für 2003 bestätigt. Mit jeder Stufe, die die Befragten ihre eigene materielle Situation schlechter einschätzen, sinkt der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie in der Praxis zufrieden sind, um etwa 15 Prozentpunkte (vgl. Abb. 27). Dieser Befund legt nahe, dass in die Bewertung der demokratischen Performanz in einem erheblichen Umfang „außerdemokratische“ Kriterien eingehen, zugespitzt formuliert: die ökonomische Performanz in der Wahrnehmung der Interviewten wesentlicher Teil der demokratischen Performanz ist. Dafür spricht auch der enge Zusammenhang der Demokratiezufriedenheit mit der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen.

Neben den beiden genannten Aspekten liefern zwei weitere Indikatoren Anhaltspunkte für die sozioökonomische Lage der Befragten: die Arbeitslosigkeit und die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage im Vergleich zum Thüringer Durchschnitt. In beiden Fällen ergibt sich ein Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit, allerdings fällt dieser eher schwächer aus. Nur jeweils ein gutes Viertel der Arbeitslosen und der nach eigener Einschätzung unterdurch-

20 Von der Option, ein Statement zur Akzeptanz der deutschen Verfassungsordnung (Ebene der Struktur) durch das im Thüringen-Monitor erhobene (politische) Institutionenvertrauen zu ersetzen, wird hier abgesehen, da fragwürdig erscheint, ob beides auf einer Ebene angesiedelt werden kann.

schnittlich Ausgestatteten ist mit der Praxis der Demokratie (sehr) zufrieden, unter den Befragten insgesamt sind es über 36 Prozent.

Abb. 27: *Zufriedenheit mit der Performanz der Demokratie nach eigener finanzieller Lage und wirtschaftlicher Situation in Thüringen (in Prozent)*

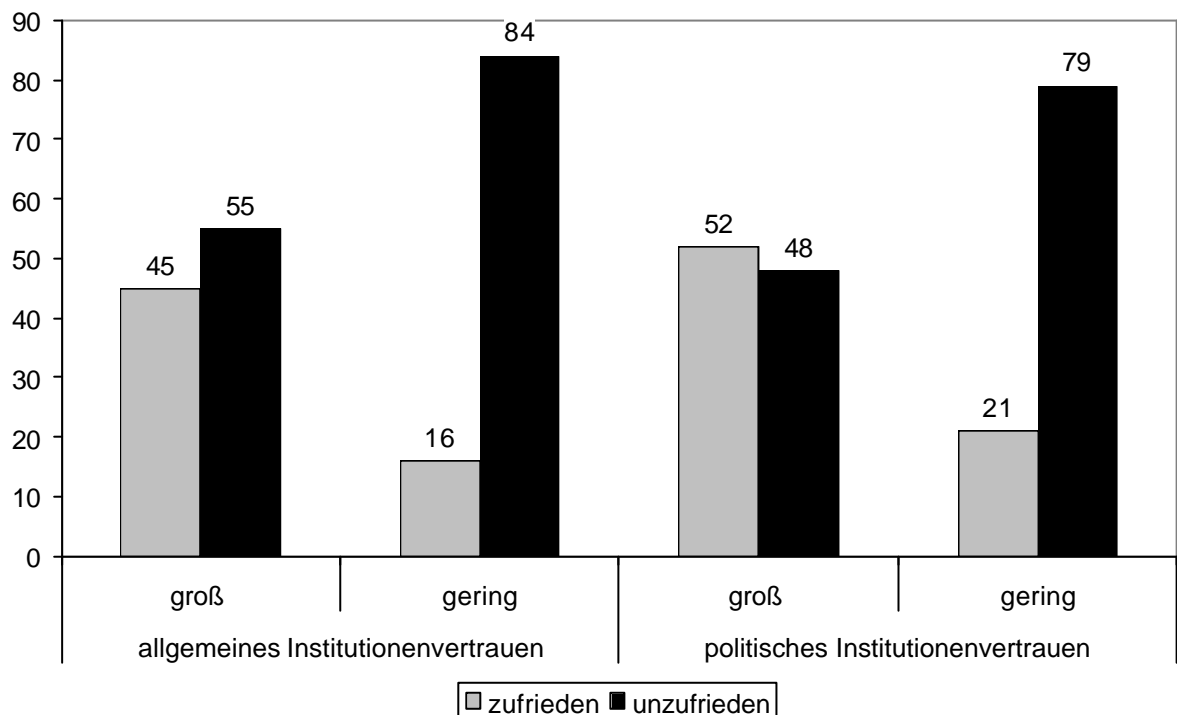


Oftmals mit einer prekären sozioökonomischen Lage verknüpft ist das Phänomen der relativen Deprivation. Das Empfinden, im Vergleich zu anderen nicht das zu erhalten und darzustellen, das einem zusteht, speist sich allerdings neben „objektiven“ sozialen Bedingungen aus spezifischen Wahrnehmungen und psychischen Dispositionen. Sämtliche Indikatoren relativer Deprivation stehen mit der Demokratiezufriedenheit in einem stark negativen Zusammenhang. Je stärker sich die Befragten um ihren gerechten Anteil gebracht sehen, je weniger sie der Aussage „Die Wiedervereinigung hat den Ostdeutschen mehr Vorteile gebracht als den Westdeutschen“ zustimmen und je schlechter sie die deutsche Einheit bewerten, desto geringer fällt ihre Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie aus. Die stärkste Wirkung geht von der Bewertung der Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit aus. Nur etwa jeder Vierte, der die Gesellschaft für eher ungerecht hält, unterstützt die Demokratie auf der Ebene der Performanz. Bei der kleineren Gruppe der Befragten, die von einer eher gerechten Gesellschaft ausgehen, sind es etwa 70 Prozent.

Unter den drei Indizes der relativen Deprivation (vgl. Kap. II.2) erweist sich der bereits im vergangenen Jahre verwendete Index als am erklärungsstärksten. Er kombiniert die eigene finanzielle Lage mit der Bewertung der deutschen Einheit. Unter den in diesem Sinne Deprivierten zeigt sich nur jeder Sechste mit der praktizierten Demokratie zufrieden; in der Kontrastgruppe sind es mit 44 Prozent zweieinhalb mal so viele.

Stehen sozioökonomische Lage und die verschiedenen Facetten der Deprivation in einer mehr oder minder engen Beziehung zueinander, bilden die politischen Orientierungen einen Bestimmungsfaktor ganz eigener Art. Dabei ist zunächst festzustellen, dass die den politischen Einstellungen vorgelagerten Faktoren wie politisches Interesse, politisches Wissen und der Eigenkompetenzzuschreibung keine Bedeutung für die Zufriedenheit mit der Demokratie zukommt. Ganz anders stellt sich die Situation für die Bewertung der Politik im Allgemeinen, ihrer Akteure und der relevanten Institutionen dar. Bei der Bewertung von Politikern und Parteien auf einem Skalometer von -5 bis +5 fällt auf, dass die kleine Gruppe derjenigen, die keine(n) einzige(n) Partei/Politiker positiv bewertet hat, sehr viel unzufriedener mit der Demokratie ist als die Befragten insgesamt.

Abb. 28: *Zufriedenheit mit der Demokratie nach allgemeinem Institutionenvertrauen und politischem Institutionenvertrauen (in Prozent)*



Starke bis sehr starke Zusammenhänge bestehen mit der generellen Bewertung von Politik und dem Institutionenvertrauen (vgl. Abb. 28). Die Demokratiezufriedenheit sinkt in dem Maße, wie die Statements „In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.“ und „In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.“ an Zustimmung gewinnen. So ergeben sich nur halb so hohe Werte der für die „Politikverdrossenen“ im Vergleich zur Kontrastgruppe. Noch stärker ist die Korrelation mit dem allgemeinen Institutionenvertrauen, wobei die Stärke des Zusammenhangs nochmals steigt, wenn ausschließlich politische Institutionen (Landtag, Landesregierung, Bundestag, Bundesregierung und Parteien) berücksichtigt werden. Es wäre jedoch verfehlt, die ablehnenden Einstellungen zur Politik und die beiden Varianten des Institutionenvertrauens als Ursachen der Demokratiezufriedenheit bzw. deren Fehlens zu interpretieren. Die starken Zusammenhänge erklären sich vielmehr dadurch, dass die Bewertung der Demokratie in der Praxis, der politischen Institutionen und

der Politik allgemein verschiedene Dimensionen eines ihnen gemeinsamen Einstellungssyndroms darstellen, das sich als Systemunterstützung umschreiben lässt.

Mit der retrospektiven Einschätzung der DDR ergibt sich ein linearer Zusammenhang: Die Zufriedenheit mit der Demokratie, „so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“, steigt in dem Maße, wie die DDR schlechter bewertet wird. Ein ähnliches Bild ergibt sich für das Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“: Diejenigen, die die Aussage ablehnen, erreichen weit überdurchschnittliche Werte bei der Demokratiezufriedenheit. Geht man davon aus, dass sich Sympathisanten des *ancien régime* als politisch weit links einstufen, so findet auch hier die Ausgangshypothese eine, wenngleich schwache Bestätigung: Befragte, die sich auf den beiden äußersten linken Punkten der siebenstufigen Skala einordnen, zeigen die geringste Zufriedenheit mit der bundesdeutschen Demokratie und sind überproportional unter den besonders Unzufriedenen vertreten. Gleiches gilt – bei geringer Fallzahl – für die Befragten rechtsaußen. Gleichwohl erscheint auch hier Vorsicht angebracht bei Aussagen zum Kausalzusammenhang und damit über die Wirkungsrichtung. Angesichts der Aktualität der Erfahrungen mit der praktizierten Demokratie ist es plausibel anzunehmen, dass die Unzufriedenheit damit zu einer Quelle der DDR-Nostalgie wird, das *ancien régime* im Extremfall sogar als Gegenbild zu einer als unbefriedigend empfundenen politischen Gegenwart neu konstruiert wird.

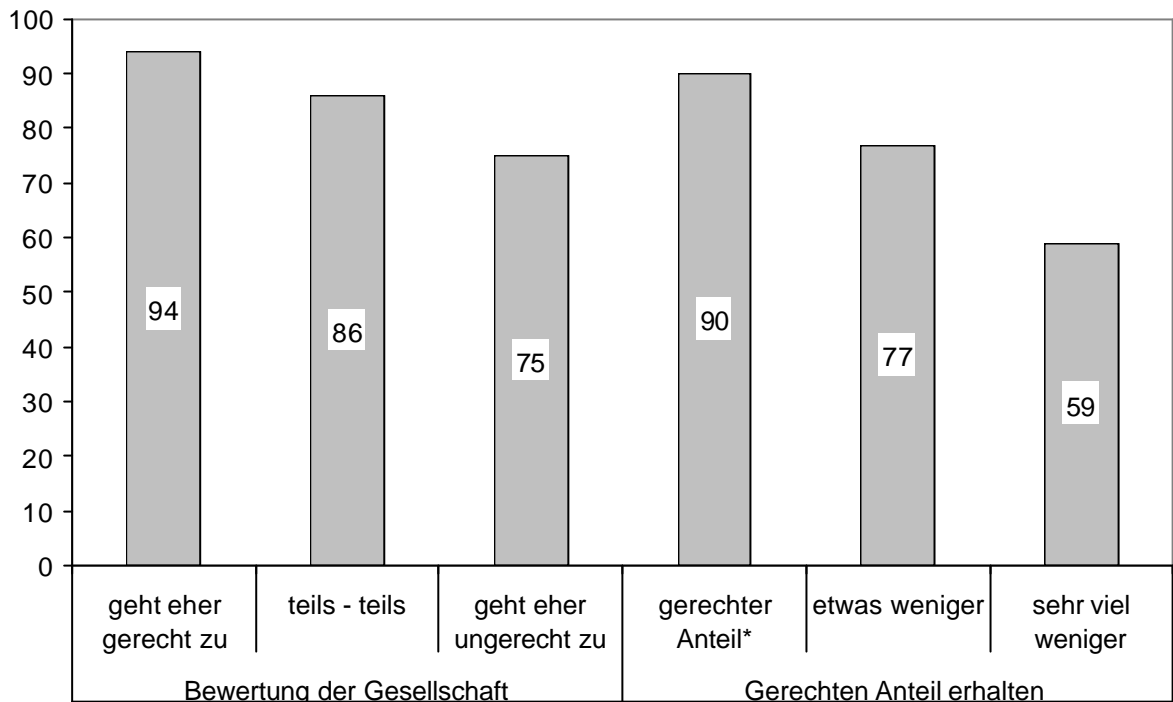
Wie stellen sich vor dem Hintergrund der bisherigen Befunde für die Performanz der Demokratie die Zusammenhänge mit der Demokratie als Staatsidee dar?

(ii) Schon bei oberflächlicher Betrachtung fällt auf, dass bei der weit überwiegenden Zahl der untersuchten Faktoren die Zusammenhänge zur Demokratie als Staatsidee teils deutlich schwächer sind als im Fall der Demokratiezufriedenheit. Demnach lässt sich die diffuse Demokratieunterstützung deutlich schwerer mit den hier erhobenen Variablen erklären. Es liegt nahe, diesen Befund mit der größeren Stabilität der Bewertung der Demokratie als Norm in Verbindung zu bringen. Im Einzelnen sticht besonders die geringere Relevanz der sozioökonomischen Determinanten hervor. Zwar mindert eine als unbefriedigend wahrgenommene materielle Situation auch die Zustimmung zum Ordnungsmodell Demokratie, doch geschieht dies in erkennbar geringerem Ausmaß als bei der Demokratiezufriedenheit.

Erst in Verbindung mit dem Gefühl der Benachteiligung gewinnen sozioökonomische Faktoren an Erklärungskraft. Sämtliche unter den Oberbegriff der Deprivation fallende Faktoren stehen in einem mindestens mittelstarken Zusammenhang mit der Demokratie als Staatsidee. Die Unterstützung steigt mit dem Empfinden, einen gerechten Anteil erhalten zu haben und mit der Überzeugung, in einer gerechten Gesellschaft zu leben (vgl. Abb. 29); sie sinkt mit dem Gefühl der Diskriminierung durch Westdeutsche. Fasst man die ostspezifischen Faktoren zu einem Index ostdeutschen Deprivationsempfindens zusammen (zur Bildung des Indexes vgl. Kap. II.2), so stellt dieser den stärksten Erklärungsfaktor für die Bejahung der Demokratie auf der Ebene der Prinzipien dar.

Bemerkenswert ist, dass einige Faktoren, die bei der Erklärung der Demokratiezufriedenheit ohne Belang gewesen sind, für die Akzeptanz der Demokratie als Wertesystem relevant werden. So wächst diese Akzeptanz mit steigendem politischen Interesse, der Selbstzuschreibung politischer Kompetenz und mit dem wahrgenommenen Einfluss auf Regierungshandeln.

Abb. 29: *Bejahung der Demokratie als Staatsidee nach Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht und Empfinden, einen gerechten Anteil zu erhalten (in Prozent)*



Demgegenüber kommt den Bewertungen der Politik allgemein, des politischen Personals und der Parteien kaum Bedeutung zu. Allein mit dem Institutionenvertrauen besteht ein deutlicher positiver Zusammenhang. Maßgeblich ist im Kontext des Ordnungsmodells Demokratie offenbar der grundsätzliche Bezug und Zugang zum Politischen. Wer der Politik Relevanz für das eigene Leben einräumt, ist von der demokratischen Ordnung besonders überzeugt – und vice versa.

Ist der Stellenwert von Politik für die Einstellung zur Demokratie als Prinzip relevant, so lässt sich für die ideologische Nähe zum ancien régime ein recht starker Zusammenhang konstatieren. Die DDR-Bewertung und die Haltung bezüglich der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung sind hier noch erklärungsstärker als bei der Demokratiezufriedenheit. So nimmt der Anteil der Nichtdemokraten mit wachsender Nähe zur DDR zu. Bei dem Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“ stellen die Nichtdemokraten sogar eine Mehrheit unter denjenigen Befragten, die voll und ganz zustimmen. Die Ablehnung einer demokratischen Werteordnung speist sich also zu einem beträchtlichen Teil aus der ideologischen und affektiven Bindung an den „Sozialismus in den Farben der DDR“. Hingegen findet sich kein Zusammenhang mit der Links-Rechts-Skala. Unter den Befragten, die sich bei den beiden äußersten linken Punkten der Skala eingestuft haben, sind die Demokraten überproportional vertreten.

Die bislang aufgezeigten Zusammenhänge verschiedener Faktoren und Faktorenbündel mit den beiden Ebenen der Demokratieunterstützung unterliegen den Beschränkungen einer bivariaten Analyse, behalten ihre Gültigkeit also nur, solange Drittvariablen nicht berücksichtigt werden. Im Folgenden soll – weiterhin getrennt für die Bewertungen auf der Performanz- und

der Prinzipienebene – die relative Bedeutung der einzelnen Erklärungsfaktoren bestimmt werden. Dem geht ein kurzer zusammenfassender Vergleich der bisherigen Befunde voraus.

Im Vergleich der beiden Objektebenen der Demokratieunterstützung konnte zunächst festgestellt werden, dass mit den zahlreichen in die (bivariate) Analyse einbezogenen Variablen die Demokratiezufriedenheit sehr viel besser zu erklären ist als die Zustimmung zur Idee der Demokratie. Im Einklang mit den bisherigen Forschungsergebnissen hat sich ein erheblicher Einfluss sozioökonomischer Faktoren auf die Demokratieunterstützung ergeben, während das Ordnungsmodell Demokratie von dieser Art der Performanz, insbesondere von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage stärker entkoppelt ist. Ähnlich deutlich fallen die Unterschiede hinsichtlich der Statements zur relativen Deprivation aus. Zwar haben sie auch einen mittelstarken Einfluss auf der Ebene des Wertesystems, aber als markante Bestimmungsfaktoren wirken sie vor allem auf der Ebene der Performanz. Faktoren der Systemunterstützung (Bewertung von Politikern, Parteien und der Politik allgemein) sind schließlich für die Wahrnehmung der Demokratie als Staatsidee irrelevant. Allenfalls mit dem Vertrauen in politische Institutionen besteht ein mittelstarker Zusammenhang. Für die Zufriedenheit mit der Demokratie besteht mit dem Institutionenvertrauen hingegen der bei weitem stärkste Zusammenhang. Strittig bleibt dabei allein der Status als unabhängige (erklärende) oder abhängige (zu erklärende) Variable.

Lediglich für zwei Gruppen von Variablen ergeben sich stärkere Zusammenhänge mit dem Ordnungsprinzip Demokratie. Zum einen handelt es sich dabei um die Fragen, die Auskunft über die Relevanz von Politik für den Befragten geben (politisches Interesse, wahrgenommene Beeinflussbarkeit von Regierungshandeln usw.). Allerdings sind die Wirkungen auf die Unterstützung der demokratischen Ordnung eher begrenzt. Wie schon bei früheren Untersuchungen erweist sich zum anderen die weltanschauliche Nähe zum ancien régime auch in Thüringen als wichtiger Prädiktor der Demokratiebewertung auf der normativen Ebene. Insgesamt bestätigen sich die erwarteten Unterschiede in der Erklärungsstruktur für die Demokratie als Staatsidee und für die Performanz der Demokratie.

(iii) Bleiben diese Unterschiede auch bei Einbeziehung der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Erklärungsgrößen bestehen oder verstärken sie sich sogar in diesem Zuge noch? Darüber kann eine multiple Regressionsanalyse Auskunft geben, bei der der relative Einfluss unterschiedlicher Faktoren gleichzeitig geschätzt wird. Die Entscheidung für diese Form der multivariaten Analyse folgt denselben Überlegungen wie im vergangenen Jahr, als dieses komplexere Auswertungsverfahren zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen herangezogen wurde (Thüringen-Monitor 2002: 85-87). Es geht darum zu bestimmen, welche Variablen letztlich den Ausschlag für die Genese demokratischer Unterstützung geben – und zwar getrennt für die Performanz- und die Prinzipienebene.

In die Regressionsanalyse eingegangen sind sämtliche Variablen, die zur Messung der vier Erklärungsfaktoren sozioökonomische Lage, relative Deprivation, politische Unzufriedenheit sowie weltanschauliche Nähe zum DDR-System dienen, sowie zusätzlich sozialstrukturelle Größen wie Alter und Bildung. Wie sich bereits in der bivariaten Analyse abgezeichnet hat, kommt dem solchermaßen konstruierten Modell größere Erklärungskraft für die Demokratiezufriedenheit als für die Bewertung des Ordnungsmodells Demokratie zu. Belässt man nur diejenigen Variablen im Modell, die signifikant ($p < 0,01$) mit dem Erklärungsgegenstand zusammenhängen, so lässt sich die bessere Erklärung der Demokratiezufriedenheit mit nur vier Faktoren erreichen (vgl. Tab. 7). Angesichts dieser Unterschiede zwischen den Objekt-

ebenen muss überraschen, dass der relativ stärkste Erklärungsfaktor – in der Tabelle ablesbar an dem höchsten Betakoeffizienten²¹ – in beiden Fällen derselbe ist.

Tab. 7: *Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratiezufriedenheit*

Erklärungsgröße	Betakoeffizienten
Gerechte Gesellschaftsordnung	.20
Gerechten Anteil haben	.13
Deprivation (Index)	-.17
Vertrauen in politische Institutionen	.32
Erklärte Varianz	32,7 %

Alle Zusammenhänge sind auf dem Niveau von 0,01 signifikant

Im Einzelnen ergibt die Regressionsanalyse für die Demokratiezufriedenheit, dass diese am stärksten durch das Vertrauen in politische Institutionen erklärt wird. Vergleichbare Bedeutung kommt darüber hinaus der relativen Deprivation zu, wenn man diese in einem umfassenden Sinne als Kombination von materieller Benachteiligung und psychisch-mentaler Deprivation (Gefühl der fehlenden Anerkennung) versteht. Die schlechte sozioökonomische Lage allein hat ebenso wenig Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie wie das bloße Vorhandensein einer so genannten ostdeutschen Deprivation (zur Konzeptualisierung vgl. Kap. II.2). Vielmehr müssen beide Faktoren zusammenkommen. Keinerlei Relevanz für die Bewertung der demokratischen Performanz hat die Einstellung zur DDR, ganz unabhängig davon, wie sie gemessen wird.

Die herausgehobene Stellung des politischen Institutionenvertrauens im Erklärungsmodell ist wiederum erklärungsbedürftig. Versteht man es als einen Indikator für die Strukturebene der Demokratie, so weist der vorliegende Befund auf eine wesentliche Determination der Demokratiezufriedenheit durch die Bewertung des Verfassungssystems hin. Werden Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen jedoch gleichermaßen als Ausformungen der Systemzufriedenheit betrachtet und entsprechend auf derselben Ebene angesiedelt, liegt keine kausale Beziehung vor. Mit anderen Worten: Die Demokratiezufriedenheit wäre dann nicht deswegen hoch, weil das Institutionenvertrauen groß ist, sondern beide erreichen gleichermaßen hohe Werte, weil sie zwei verschiedene Dimensionen des übergeordneten Phänomens Systemzufriedenheit darstellen.

Für die Erklärung der Bewertung der Demokratie als Staatsidee ergibt sich ein recht komplexes Modell, in das sechs Variablen eingehen, davon vier mit recht begrenzter eigener Erklärungskraft. Vor dem Hintergrund der bivariaten Analyse überrascht die starke Stellung des Institutionenvertrauens, das offensichtlich die Wirkung anderer Variablen wie der weltanschaulichen Faktoren überlagert. Dieser Befund legt nahe, dass das Institutionenvertrauen nicht auf der Performanzebene angesiedelt ist, sondern eine Zwischenstellung zwischen dieser Ebene und der Ebene der Prinzipien einnimmt (auf der Strukturebene).

21 Die Betakoeffizienten geben Aufschluss über die Erklärungskraft jedes einzelnen Faktors im Vergleich zu allen anderen.

Tab. 8: *Multiple Regressionsanalyse zur Erklärung der Demokratie als Staatsidee*

Erklärungsgröße	Betakoeffizienten
Formaler Bildungsstand	.12
Politisches Interesse	.12
Positive Bewertung der DDR	-.14
Vertrauen in politische Institutionen	.26
Unterstützung des Mehrheitsprinzips	.18
Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen 2. Klasse	-.12
Erklärte Varianz	23,6 %

Alle Zusammenhänge sind auf dem Niveau von 0,01 signifikant.

An zweiter Stelle hinsichtlich der Erklärungskraft steht die Unterstützung des Mehrheitsprinzips. Dieser Zusammenhang ist im Kontext des Demokratieverständnisses der Thüringer bereits berichtet worden (vgl. Kap. IV.2), seine relativ starke Position im Regressionsmodell ist jedoch überraschend. Für die Demokratiezufriedenheit ist diese Variable bedeutungslos. Dies gilt auch für die übrigen vier Erklärungsfaktoren, die die (begrenzte) Bedeutung der ideologischen Affinität zum ancien régime (DDR-Bewertung), des ostdeutschen Diskriminierungsempfindens und der Einstellung zum Politischen (politisches Interesse) für die Bewertung des Ordnungsmodells Demokratie illustrieren.

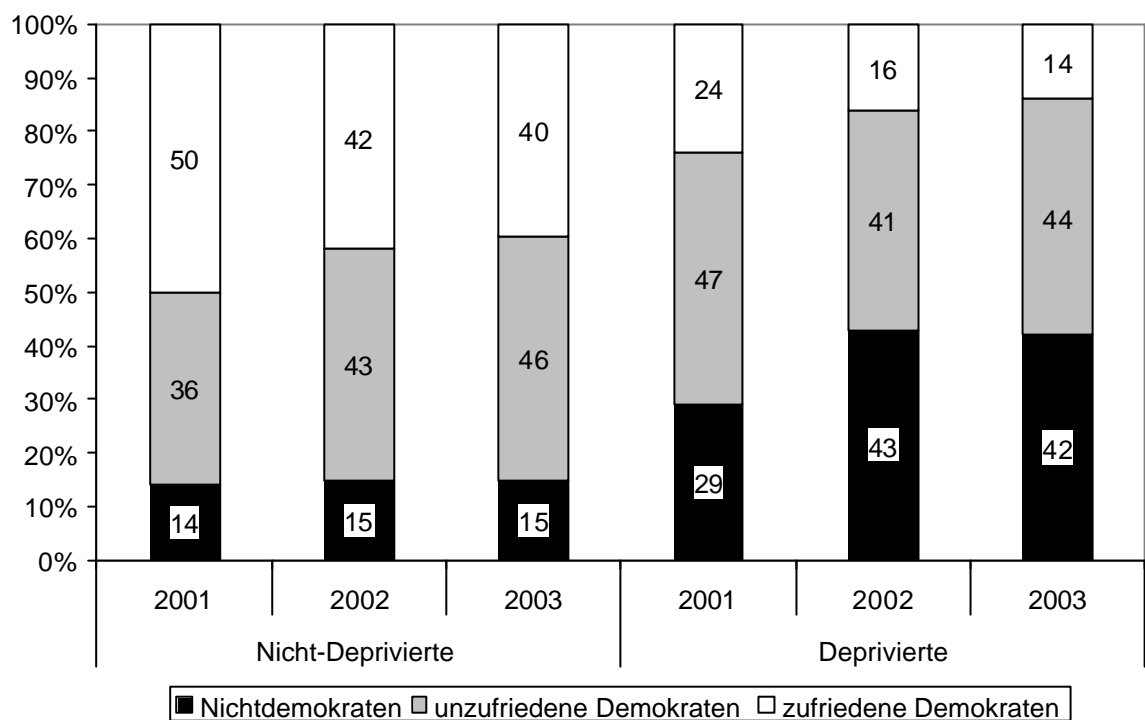
Für die Bewertung der Idee und Performanz der Demokratie durch die Thüringer Bürger liegen nunmehr erstmalig aussagekräftige Erklärungsmodelle vor. Anschaulich werden die darin enthalten (Kausal-)Zusammenhänge allerdings erst, wenn systematische Unterschiede zwischen verschiedenen Personengruppen aufgezeigt werden können. Für diesen Zweck kann auf die bereits zum Beginn dieses Kapitels entwickelte Typologie von zufriedenen Demokraten, unzufriedenen Demokraten und Nichtdemokraten (sowie Antidemokraten) zurückgegriffen werden.²² Dabei sollen auch aus methodischen Gründen bislang nicht berücksichtigte Faktoren einbezogen und darüber hinaus vereinzelt Entwicklungen im Zeitverlauf dargestellt werden.

(iv) Übernimmt man zunächst die drei Typen von Einstellungen zur Demokratie aus dem Thüringen-Monitor 2002, findet sich der schon aus den Vorjahren bekannte starke Zusammenhang mit sozioökonomischen Faktoren bestätigt. So ist der Anteil der schlecht Situierten unter den Nichtdemokraten mit knapp einem Viertel etwa doppelt so hoch wie bei den unzufriedenen Demokraten und unter diesen wiederum doppelt so hoch wie bei den zufriedenen Demokraten. Ähnliche lineare Zusammenhänge ergeben sich bei der relativen Einschätzung der eigenen finanziellen Lage: Fast jeder vierte Nicht-Demokrat sieht sich schlechter gestellt als der Thüringer Durchschnitt im Vergleich zu jedem zehnten zufriedenen Demokraten. Das Verhältnis zwischen Befragten, die sich besser gestellt sehen, und den nach eigener Auffassung schlechter Gestellten liegt in der Bevölkerung bei ungefähr 1:1, unter den Nichtdemokraten beträgt es etwa 1:3. Kombiniert man die persönliche finanzielle Situation und die Ein-

22 Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass diese Typologie auf eine Verknüpfung der Antworten auf die Fragen zur Demokratie als Staatsidee und zur Demokratiezufriedenheit zurückgeht. Für die zusätzliche Differenzierung zwischen Nichtdemokraten und Antidemokraten wird das Statement zur Akzeptanz einer Diktatur herangezogen.

schätzung der deutschen Einheit zu einem Index für Deprivation (vgl. Kap. II.2), so bestätigen sich die Relationen aus dem Vorjahr (vgl. Abb. 30). Nach dem rasanten Anstieg der Nichtdemokraten unter den Deprivierten zwischen 2001 und 2002, hat sich 2003 in beiden Gruppen lediglich der abnehmende Trend bei den zufriedenen Demokraten fortgesetzt.

Abb. 30 *Deprivation und Einstellungen zur Demokratie 2001 – 2003*
(in Prozent)

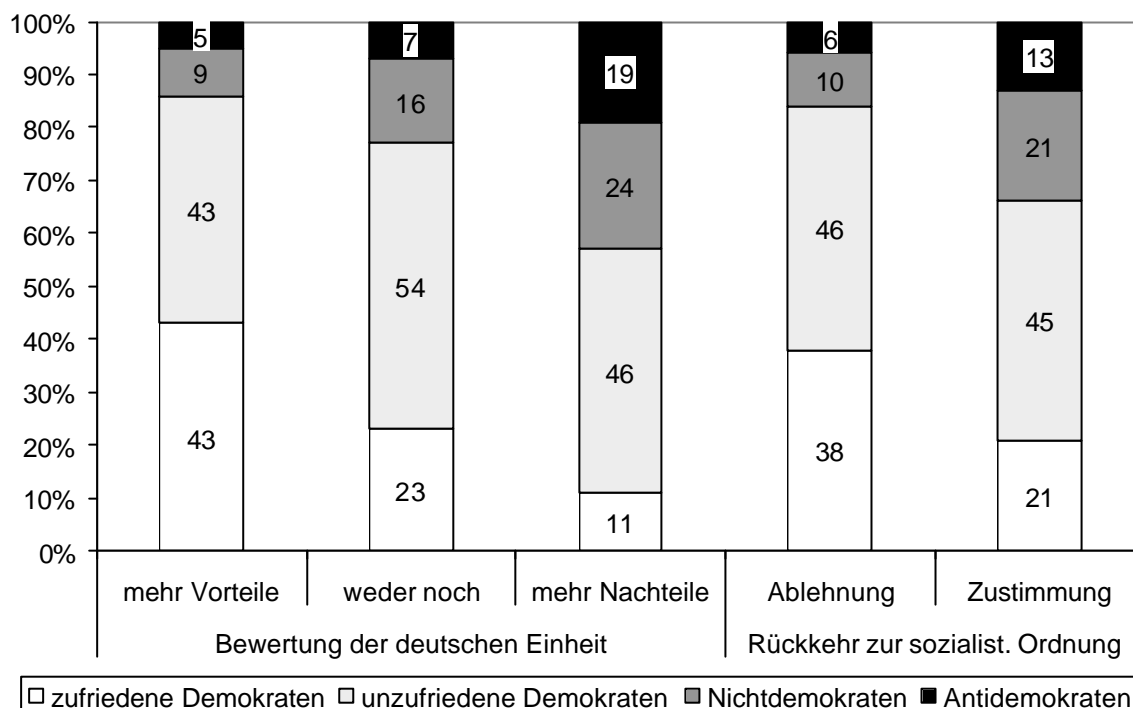


Differenziert man analog zum Vorgehen in Kapitel II.2 zwischen einer primär durch die sozioökonomische Lage bedingten und einer durch spezifisch ostdeutsche Diskriminierungsempfindungen und fehlende Anerkennung hervorgerufenen Deprivation („ostdeutsche“ Deprivation), lassen sich für beide Varianten deutliche Wirkungen auf die Einstellungen zur Demokratie nachweisen. Der von der „ostdeutschen Deprivation“ ausgehende Effekt ist dabei noch etwas stärker. Die Nichtdemokraten erreichen in der Gruppe der in diesem Sinne Deprivierten einen zweieinhalb Mal so hohen Anteil wie unter den Nicht-Deprivierten. In der Gruppe der Befragten mit relativer sozioökonomischer Deprivation ist ihr Anteil immerhin noch doppelt so hoch wie in der Kontrastgruppe. Der Prozentsatz der Nichtdemokraten steigt mit sinkendem politischen Interesse linear an. Mit dem politischen Wissen hängen die Einstellungen zur Demokratie jedoch kaum zusammen. Dies gilt auch für den Autoritarismus, wengleich sich in der kleinen Gruppe der Nicht-Autoritären kaum Befragte finden, die Zweifel an der Demokratie als Staatsidee haben.

Die gesonderte Betrachtung der Antidemokraten ist vorwiegend unter dem Gesichtspunkt interessant, ob sie innerhalb der bisherigen Gruppe der Nichtdemokraten jene Subgruppe bilden, deren Ablehnung der Demokratie als Ordnungsmodell sich mit einer dezidierten Gegnerschaft und / oder der Präferenz für ein alternatives Gesellschaftsmodell verbindet. Bezüglich sozialstruktureller und sozioökonomischer Faktoren gleichen Nichtdemokraten und Antidemokraten einander: mit relativ niedrigem Bildungsniveau, hohem Frauenanteil, unterdurch-

schnittlichen materiellen Verhältnissen und einer Selbsteinstufung unterhalb des Thüringer Durchschnitts. Der einzige ersichtliche Unterschied besteht hier darin, dass die Antidemokraten zusätzlich zu einer hohen Arbeitslosenquote auch in ihrer Mehrheit den eigenen Arbeitsplatz gefährdet sehen.

Abb. 31: *Einstellungen zur Demokratie nach Bewertung der deutschen Einheit und Bewertung der Rückkehr zur sozialistischen Ordnung (in Prozent)*



Deutlichere Differenzen liegen bei einigen Anerkennungs- und Deprivationsfragen vor. So haben erheblich mehr Antidemokraten als Nichtdemokraten spezifisch ostdeutsche Deprivationserfahrungen gemacht. Entsprechend negativer fällt die Bewertung der deutschen Einheit aus, von der fast die Hälfte der Antidemokraten (gegenüber jedem dritten Nichtdemokraten und jedem fünften Befragten insgesamt) sagt, sie habe mehr Nachteile als Vorteile gehabt. Vor allem aber weisen die Antidemokraten eine weit überdurchschnittliche Nähe zum ancien régime auf: Sie stellen die einzige Gruppe, die mehrheitlich eine Rückkehr zur sozialistischen Ordnung begrüßt. Darüber hinaus attestieren mehr als 80 Prozent der Antidemokraten der DDR mehr positive als negative Seiten, davon fast die Hälfte ohne Einschränkungen.

Derartige Einstellungen müssen freilich noch keine aktive Gegnerschaft gegen die Demokratie bedeuten. Ob sich die starken Sympathien der Antidemokraten für einen untergegangenen Staat auch in politischem Handeln manifestieren, lässt sich erst im Rahmen der Auseinandersetzung mit den Wirkungen (mangelnder) Demokratieunterstützung im folgenden Kapitel beantworten.

4. Konsequenzen fehlender Demokratieunterstützung

Bei der Beschäftigung mit den Konsequenzen fehlender Demokratieunterstützung begibt man sich zunächst auf die Ebene des Verhaltens, wobei drei Ebenen unterschieden werden können (Maier 2000: 91ff.): Auf der Mikroebene kann man die individuelle politische Partizipation untersuchen, die sich beispielsweise am Wahlverhalten oder an der Beteiligung an Demonstrationen messen lässt. Auf der Mesoebene betreffen die Konsequenzen die politischen und / oder staatlichen Institutionen, etwa die Mitgliederzahlen von Parteien oder Gewerkschaften. Auf der Makroebene können aggregierte Wahlergebnisse oder die Struktur des Parteiensystems als Konsequenzen untersucht werden. Aufgrund der Datenlage kann hier nur die Mikroebene untersucht werden. Maier findet nur geringe Zusammenhänge zwischen politischer Unzufriedenheit und Wahlverhalten, politische Partizipation untersucht er nicht.

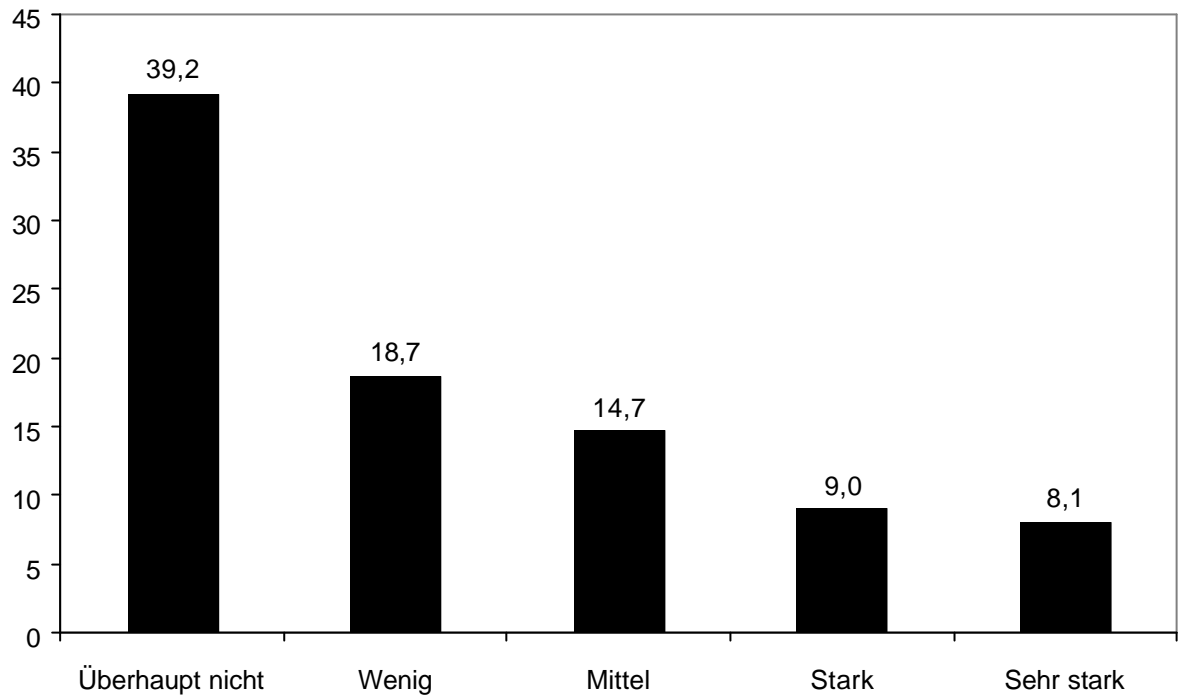
Pickel (2002: 320ff.) ergänzt die bei Maier genannten Konsequenzen um „gesellschaftliche Überzeugungen mit politischem Folgencharakter“, worunter im Wesentlichen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus fallen. Damit wird über das tatsächliche politische Verhalten auch ein Einstellungssyndrom als Folge fehlender Systemunterstützung subsumiert, das wiederum konkretes politisches Verhalten zur Folge haben könnte. Vor allem das bei Pickel „diffuse Politikverdrossenheit“ genannte fehlende politische Interesse und die Politikerverdrossenheit sind hierbei einflussreiche Variablen bei Jugendlichen (ebd.: 369). Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden als ein weiterer Schwerpunkt des Thüringen-Monitors 2003 in einem gesonderten Kapitel (Kap. V) untersucht und in Verbindung mit der Systemunterstützung gebracht.

Auf der Individualebene kommen demnach – abgesehen vom Rechtsextremismus – vor allem Nichtwahl, Protestwahl, politische Passivität oder illegale politische Partizipation als Folgen mangelnder Systemunterstützung in Frage. Beim bekundeten Wahlverhalten zeigt sich allerdings schnell, dass auf eine detaillierte Betrachtung der Protestwahl verzichtet werden muss. Als Protestwähler sollen solche Personen betrachtet werden, die bei der Sonntagsfrage („Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahlen wären, ...“) erklären, einer der nicht-etablierten Parteien (in diesem Fall die rechtsextremen Parteien) oder einer anderen Partei die Stimme geben zu wollen. Außerdem kann man solche Personen einbeziehen, die ein solches Verhalten bei der Frage nach der letzten Wahl angeben. Insgesamt haben sich weniger als zwei Prozent der Thüringer in diesem Sinne als Protestwähler zu erkennen gegeben. Diese Personen zeigen zwar eine deutlich unterdurchschnittliche Unterstützung des politischen Systems, aber aufgrund der zu geringen Fallzahl ist eine sinnvolle Interpretation der Ergebnisse nicht möglich.

Etwas anders liegt der Fall bei den Nichtwählern. Immerhin 15 Prozent der Befragten gaben an, bei Landtagswahlen nicht wählen zu wollen bzw. nicht gewählt zu haben. Dieser Wert liegt deutlich unter den tatsächlichen Nichtwähleranteilen (bei der letzten Landtagswahl 1999 waren es etwa 40 Prozent). Etwa ebenso viele Befragte machen keine Angaben zu ihrem Wahlverhalten. Offensichtlich geben die Befragten ungern zu, nicht wählen zu wollen bzw. nicht gewählt zu haben.

Wie nicht anders zu erwarten, spielt das politische Interesse eine große Rolle bei der Entscheidung, zu einer Wahl zu gehen oder eben nicht. Je stärker das politische Interesse ist, desto geringer ist der Anteil der Nichtwähler in der jeweiligen Gruppe.

Abb. 32: *Nichtwähleranteile nach Interesse für Politik
(in Prozent)*

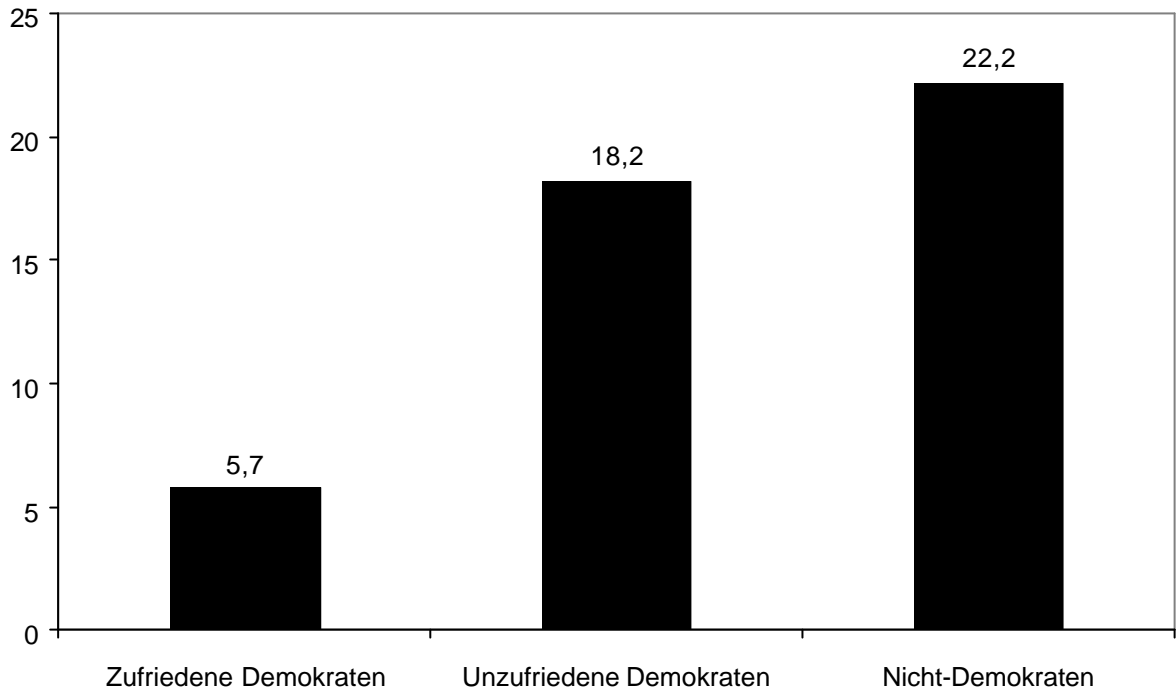


Die Intensität der Aufnahme von Informationen über Politik hängt stark mit dem politischen Interesse zusammen (vgl. oben Abb. 14, III.1), daher ist auch ein Zusammenhang mit den Nichtwähleranteilen vorhanden. Bei denjenigen, die sich gar nicht über Politik informieren liegt der Anteil bei 20 Prozent, mit stärkerer Informationsaufnahme sinkt er deutlich ab.

Nichtwähler sind keine abgeschottete Gruppe, die sich durch besondere sozialstrukturelle Merkmale auszeichnet, sondern man findet sie in allen Alters-, Berufs- oder Bildungsgruppen gleichermaßen. Allerdings stimmen sie in vielen politischen Einstellungen stark überein. Ein überdurchschnittlicher Nichtwähleranteil findet sich ebenso unter denjenigen mit geringem Institutionenvertrauen wie bei denjenigen, die ein negatives Bild von der Politik im Allgemeinen haben. In der Gruppe derjenigen, die Parteien und Politiker schlecht bewerten, ist der Anteil der Nichtwähler besonders groß. Das gilt insbesondere auch für die konkreten Bewertungen, die deutlich positiver ausfallen als die abstrakten Bewertungen „der Politiker“ und „der Parteien“ (vgl. oben III.2.3 und 2.4). Der Nichtwähleranteil sinkt drastisch mit der steigenden Anzahl positiver Bewertungen für konkrete Parteien und Politiker.

Auch die Einstellungen zur Demokratie haben einen großen Einfluss auf die Entscheidung, zur Wahl zu gehen oder nicht zu wählen.

Abb. 33: *Nichtwähleranteile nach Einstellung zur Demokratie (in Prozent)*



Unter den Nichtdemokraten ist der Anteil der Nichtwähler erwartungsgemäß am größten. Für beide Einstellungen zur Demokratie – als Staatsidee und in der Praxis – ist dieser Zusammenhang signifikant, allerdings ist der Zusammenhang mit der Demokratiezufriedenheit in der Praxis etwas stärker. Erstaunlich ist, dass auch von den Nichtdemokraten, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten, immer noch mehr als drei Viertel bekunden, zur Wahl gehen zu wollen bzw. gegangen zu sein.

Damit bleibt festzuhalten, dass eine ablehnende Haltung zur Demokratie (Nicht-Demokraten) die Wahlbeteiligung drückt. Allerdings spielen bei der Entscheidung zur Nichtwahl offenbar eine Reihe weiterer Faktoren eine Rolle, und auch für unzufriedene Demokraten ist die Nichtwahl eine Alternative.

Neben der Wahlbeteiligung gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten, sich in den politischen Prozess einzubringen. Das Spektrum reicht von der Mitarbeit in einer politischen Partei bis hin zur politisch motivierten Gewalt. Zunächst ein Blick auf die legalen Möglichkeiten der politischen Partizipation.

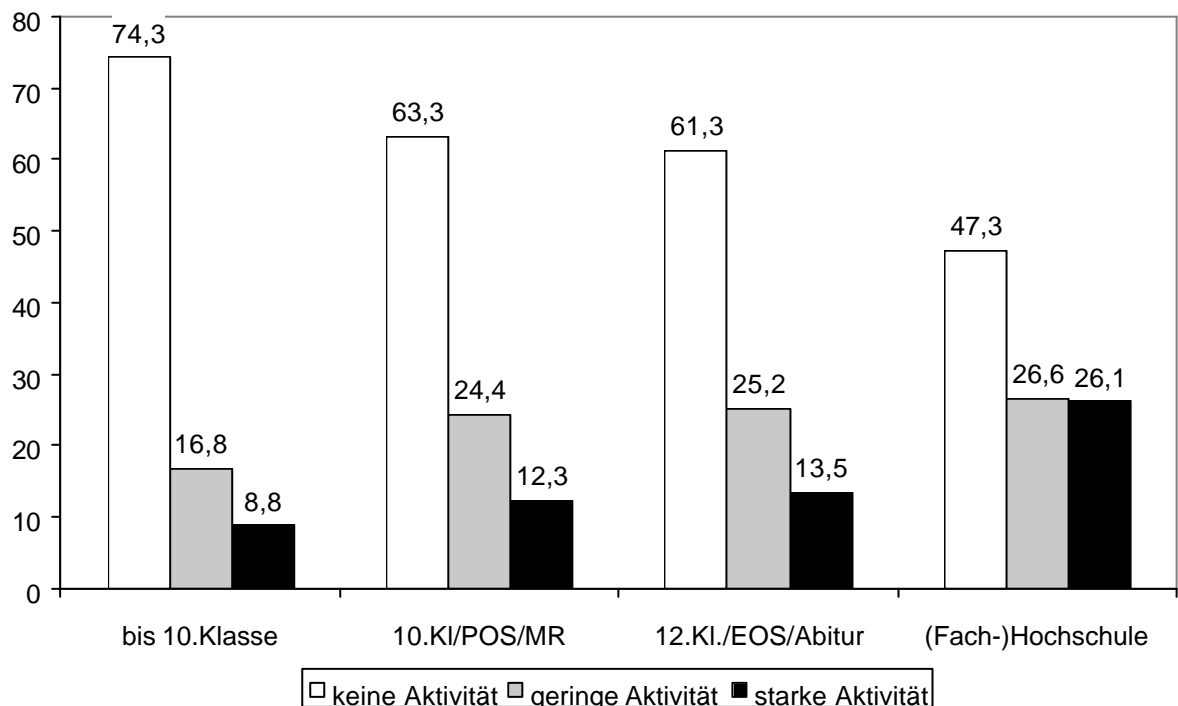
Wie in den Vorjahren zeigt sich in Thüringen eine große Bereitschaft zur politischen Partizipation. Nur jeder Dritte würde auf keinen Fall in einer Bürgerinitiative mitmachen oder an einer genehmigten Demonstration teilnehmen. Gut jeder Zehnte hat bereits einmal in einer Bürgerinitiative mitgewirkt, an einer genehmigten Demonstration hat gar jeder Vierte bereits einmal teilgenommen. Eine klare Mehrheit der Thüringer kann sich vorstellen, sich mit einem wichtigen Anliegen direkt an einen Politiker zu wenden, etwa jeder Siebte hat das bereits einmal getan. In einer politischen Partei mitzuarbeiten erfordert vermutlich den größten Aufwand der hier präsentierten Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Hallermann 2003: 25ff.). Etwa jeder Zehnte hat das trotzdem bereits einmal getan (oder tut es noch), und immerhin ein Viertel der Thüringer würde das tun. Das Potential für die Parteien ist also beachtlich, wenn

auch nicht so groß wie das der Bürgerinitiativen. Darüber hinaus besteht dieses Potential nahezu aus denselben Personen. Die Parteien konkurrieren mit den Bürgerinitiativen um dieselben Aktivierbaren; fast alle, die sich die Mitarbeit in einer Partei vorstellen können, sagen das auch über die Bürgerinitiativen. Umgekehrt ist das nicht so, die Bürgerinitiativen haben ein zusätzliches Potenzial, das den Parteien verschlossen bleibt.

Wenn man den Blick vom Potenzial der Aktivierbaren auf die tatsächlich Aktiven lenkt, sieht das Bild etwas weniger rosig aus. Etwa sechs von zehn Befragten haben bisher noch überhaupt keine der vier angebotenen Beteiligungsformen jemals genutzt. Ein Viertel der Befragten hat sich zumindest an einer dieser Partizipationsformen beteiligt (geringe Aktivität), knapp 15 Prozent haben zwei oder mehr Aktivitäten aufzuweisen (starke Aktivität). Dabei kann man auch in Thüringen die aus der Partizipationsforschung hinreichend bekannten Zusammenhänge mit der Sozialstruktur feststellen (vgl. Koch / Wasmer / Schmidt 2001). Bei den Männern sind nur gut die Hälfte vollkommen inaktiv, während es bei den Frauen gut zwei Drittel sind. Der Zusammenhang mit dem Alter ist nicht überraschend: Die jüngste Gruppe der 18-24-Jährigen zeigt insgesamt am wenigsten politische Partizipation, in den mittleren Altersjahrgängen ist sie am stärksten, um dann im höheren Alter wieder leicht nachzulassen. Die jüngsten Befragten hatten schlicht noch nicht so viel Zeit, um sich politisch zu beteiligen.

Den weitaus stärksten Einfluss auf die politische Beteiligung hat aber das formale Bildungsniveau.

Abb. 34: *Politische Aktivität nach Bildung*
(in Prozent)



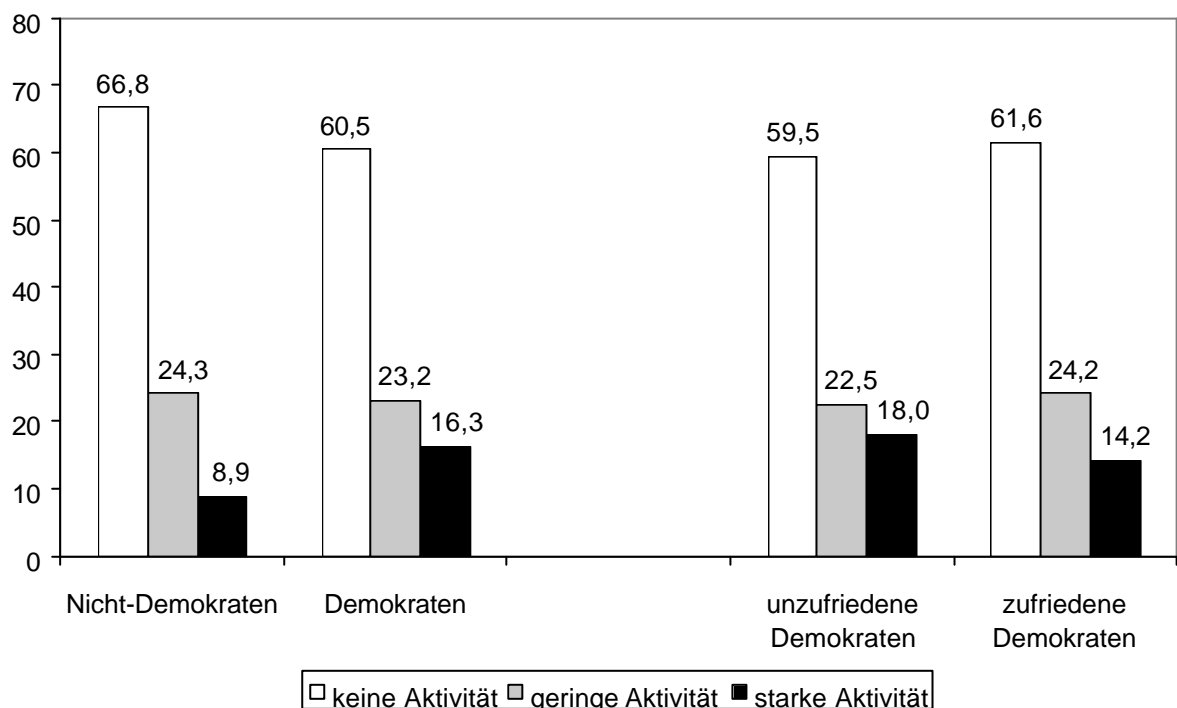
Mit steigender Bildung nimmt die Aktivität stark zu. Von den Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss hat ein gutes Viertel immerhin zwei oder mehr der insgesamt vier angebotenen Beteiligungsformen bereits einmal ausgeübt, was in der folgenden Abbildung als starke Aktivität angegeben wird. Auch die geringe Aktivität (eine Form ausgeübt) steigt deutlich mit der

Bildung, so dass bei den Befragten mit den höchsten Bildungsabschlüssen mehr als die Hälfte zumindest etwas aktiv ist oder war.

Bei getrennter Betrachtung kann man außerdem feststellen, dass der Einfluss der Bildung bei allen Partizipationsformen gleich und gleich stark ist, egal ob diese Formen schwierig, zeitintensiv und langfristig sind oder nicht. Der starke Zusammenhang zwischen Bildung und politischer Aktivität setzt sich bei den Berufen der Befragten fort. In den Berufsgruppen, die einen höheren Abschluss nicht voraussetzen, ist auch das Aktivitätsniveau niedriger; dieser Effekt dürfte durch die Bildung hervorgerufen sein.

Dem ursprünglich angenommenen Modell zufolge hängt die politische Aktivität mit den Einstellungen zur Demokratie zusammen. Demokraten sollten sich demnach deutlich häufiger über Partizipation in den politischen Prozess einbringen als Nicht-Demokraten. Dieser Zusammenhang zeigt sich tatsächlich, allerdings sind die Unterschiede nicht besonders groß. Aber immerhin findet sich in der Gruppe der Demokraten ein doppelt so hoher Anteil an Aktiven wie in der Vergleichsgruppe der Nicht-Demokraten.

Abb. 35: *Politische Aktivität nach Einstellungen zur Demokratie (in Prozent)*



Unterteilt man die Gruppe der Demokraten in Unzufriedene und Zufriedene, so zeigen sich kaum Unterschiede. Die Gruppe der unzufriedenen Demokraten hat ein leicht höheres Partizipationsniveau, sie engagieren sich also häufiger. Bei der Wahlbeteiligung (vgl. oben Abb. 35) war das noch genau umgekehrt, unzufriedene Demokraten bleiben der Wahl häufiger fern als zufriedene Demokraten. Demnach scheint sich für viele zufriedene Demokraten das Engagement auf die Wahl zu beschränken, während die unzufriedenen die anderen Partizipationsformen etwas stärker bevorzugen.

Zum Abschluss noch ein Blick auf die illegalen Formen der politischen Beteiligung. Hierbei ist der Anteil der tatsächlich Aktiven minimal: etwa vier von 100 Befragten hat bereits einmal an einer ungenehmigten Demonstration teilgenommen, weniger als einer von 100 hat bereits einmal Gewalt angewendet, um politische Ziele durchzusetzen. Die Bereitschaft zu diesen beiden Formen der illegalen Partizipation ist allerdings deutlich höher. Zur Gewalt wären etwa acht von 100 Befragten bereit, zur Teilnahme an einer ungenehmigten Demonstration doppelt so viele.

Der Zusammenhang mit den Einstellungen zur Demokratie ist wie erwartet: Zufriedene Demokraten lehnen diese Formen der Beteiligung am entschiedensten ab. Unzufriedene Demokraten und Nicht-Demokraten zeigen eine ähnlich hohe Bereitschaft zur Teilnahme an einer illegalen Demonstration. Der Einsatz von Gewalt schreckt die unzufriedenen Demokraten ähnlich stark ab wie die zufriedenen. Bei den Nicht-Demokraten gibt aber immerhin jeder siebte an, dass er Gewalt zur Durchsetzung seiner politischen Ziele einsetzen würde.

Zusammenfassend kann man daher festhalten, dass die Einstellungen zur Demokratie einen klaren Zusammenhang mit der politischen Partizipation aufweisen. Zufriedene Demokraten gehen eher den konventionellen Weg der Beteiligung (z.B. Wahlen), unzufriedene Demokraten gehen stärker den unkonventionellen Weg (z.B. Demonstrationen), und die illegalen Formen der politischen Partizipation (besonders die politisch motivierte Gewalt) sind beinahe ausschließlich den Nicht-Demokraten zuzutrauen.

V. Ablehnung der Demokratie: Rechtsextreme Einstellungen

Zu den Folgen mangelnder Demokratieunterstützung, unter denen bislang ausschließlich der Einfluss auf die Partizipation betrachtet worden ist, kann auch der Rechtsextremismus gerechnet werden. So ist anzunehmen, dass rechtsextremen Positionen eine ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie zu Grunde liegt. Auch die bisherigen empirischen Befunde im Rahmen des Thüringen-Monitors bestätigen diese Hypothese: In den vorausgegangenen Jahren haben sich durchweg überproportional viele Nichtdemokraten zu rechtsextremen Positionen bekannt. Gleichwohl kommt dem Rechtsextremismus Eigenständigkeit zu. Aus diesem Grund ist ihm nicht nur ein eigenes Kapitel gewidmet, sondern bei den diesbezüglichen Ausführungen ist die Struktur der Vorjahre beibehalten worden. Entsprechend geht es zunächst um die Beschreibung und Analyse des Einstellungssyndroms Rechtsextremismus, wobei den Entwicklungen im Zeitverlauf besondere Bedeutung zukommt. In einem zweiten Schritt soll der Frage nachgegangen werden, wie rechtsextreme Einstellungen zu erklären sind. Im Rahmen dieser Diskussion verschiedener Erklärungsansätze wird dann den demokratiebezogenen Einstellungen besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Für das hier zu Grunde gelegte Verständnis des Rechtsextremismus als Einstellungssyndrom kann auf die Ausführungen in den vorausgegangenen Jahren verwiesen werden. Die Messung rechtsextremer Einstellungen erfolgt auch 2003 auf der Basis der Fragebatterie mit zehn Statements, die auch bislang verwendet worden ist. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über das Antwortverhalten der Befragten in den Jahren 2001 bis 2003, wobei die aktuellen Umfragewerte durch Fettdruck hervorgehoben sind. Im Unterschied zur früheren Praxis sind nur die Prozentwerte der zustimmenden Äußerungen wiedergegeben.

Die Auswahl der Statements zur Messung rechtsextremer Einstellungen, die auf eine Expertentagung im Jahr 2001 zurückgeht, findet ihre empirische Bestätigung durch die engen Zusammenhänge zwischen allen zehn Aussagen. Sämtliche Statements lassen sich einem Faktor, der hier als Rechtsextremismus bezeichnet werden soll, zuordnen. Ausweislich einer Korrelationsanalyse besteht zwischen allen Aussagen ein deutlicher, teils sehr starker positiver Zusammenhang. Die stärksten Beziehungen weisen dabei die rassistisch geprägten ausländerfeindlichen Statements und die nationalistischen Aussagen auf. Lediglich das Statement zum Nationalsozialismus steht zu etwa der Hälfte der anderen Aussagen in einem nur mittelstarken Zusammenhang.

Betrachtet man die Entwicklungen im Überblick, so fällt auf, dass - von einer einzigen Ausnahme abgesehen - die Zustimmung zu allen Statements im Jahr 2003 gestiegen ist. Bei vier Aussagen hat die Unterstützung um mehr als 2,5 Prozentpunkte deutlich zugenommen. Bei diesen vier Aussagen sowie bei einem weiteren Statement ist zudem 2003 der höchste Zustimmungsgrad im Beobachtungszeitraum erreicht worden. Die sich darin andeutende wachsende Verbreitung rechtsextremer Orientierungen im Freistaat Thüringen ist zugleich daran ablesbar, dass erstmalig drei Statements von einer Mehrheit der Befragten unterstützt werden. Im Vorjahr traf dies nur für zwei rechtsextreme Aussagen zu, anno 2001 lediglich für eine einzige. Bei zwei der drei erwähnten mehrheitsfähigen Statements handelt es sich um ausländerfeindliche Positionen.

Tab. 9: Zustimmung* zu den zehn Rechtsextremismus-Statements 2001 bis 2003 (in Prozent)

Dimensionen und Statements	2001	2002	2003
Ausländerfeindlichkeit			
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	48,8	55,4	55,7
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	47,5	49,5	54,8
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	28,0	25,0	25,1
Sozialdarwinismus			
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	35,2	33,1	33,6
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	28,6	29,1	22,7
Nationalismus			
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	56,0	52,5	66,1
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	34,0	28,1	37,8
Verharmlosung des Nationalsozialismus			
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	21,4	19,2	20,3
Antisemitismus			
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	14,9	12,5	13,6
Rechte Diktatur			
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	17,2	16,7	19,7

* „Stimme eher zu“ und „Stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst

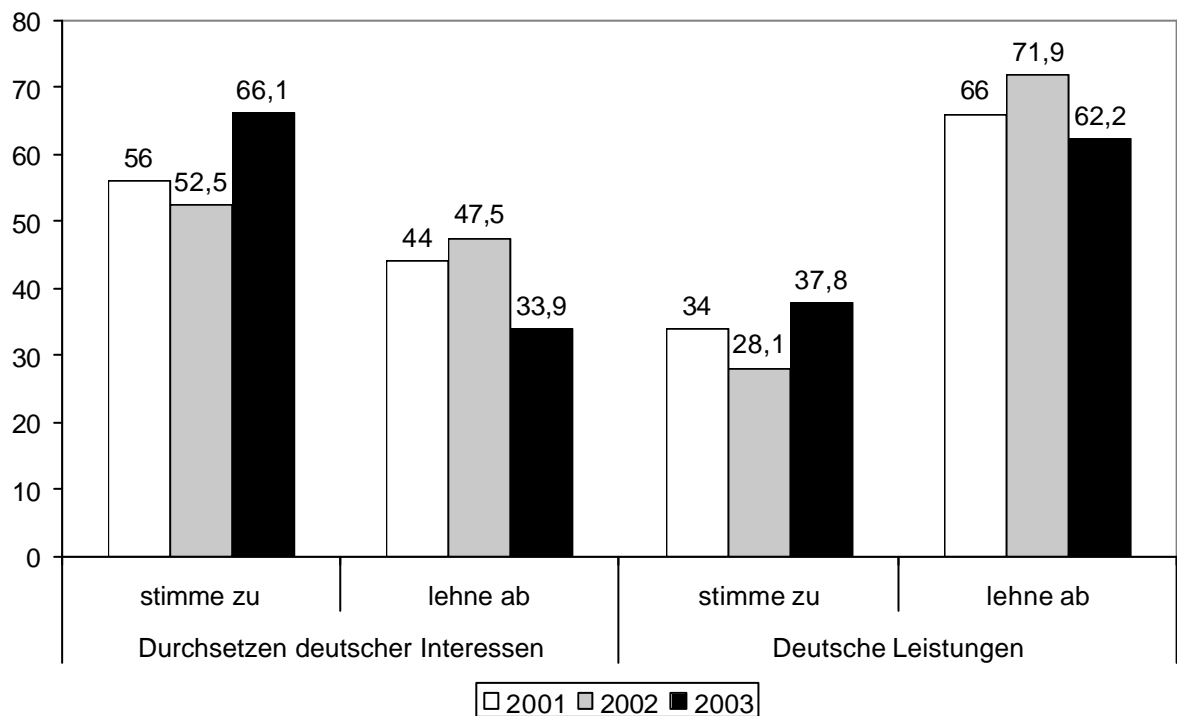
Wie im Vorjahr lässt sich für den Bereich der Ausländerfeindlichkeit ein Zuwachs feststellen. Entscheidend dafür ist die erheblich gestiegene Zustimmung zu der Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Die zur Zeit diskutierten massiven Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme bieten offenbar einen geeigneten Nährboden für eine sozioökonomische motivierte Ausländerfeindlichkeit. Dass derartigen Ein-

stellungen das reale Einstellungsobjekt fehlt, liegt angesichts eines Ausländeranteils von etwa 1,8 Prozent in Thüringen auf der Hand²³. Damit bestätigt sich die Vermutung, dass sozio-ökonomische Stressfaktoren rechtsextreme Orientierungen begünstigen. Anders als bei der Aussage zum Sozialstaat lassen sich bei den beiden anderen ausländerfeindlichen Items keine gravierenden Veränderungen im Vergleich zu 2002 feststellen. Im Fall der Ehen von Ausländern mit Deutschen ist die entschiedene Ablehnung in diesem Jahr sogar nochmals angestiegen; nahezu jeder zweite Befragte lehnt die Aussage, dass Ausländer nur unter ihren Landsleuten heiraten sollten, voll und ganz ab.

Keine nennenswerten Veränderungen lassen sich bei den Aussagen zum Antisemitismus und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus feststellen. In beiden Fällen fällt die Zustimmung eher moderat aus. Darin kommt zum Ausdruck, dass dem „alten Rechtsextremismus“, der sich durch die Anknüpfung an Kernelemente der NS-Ideologie auszeichnet, innerhalb des gesamten Rechtsextremismussyndroms nur eine begrenzte Rolle zukommt. Auch bei der Aussage zum unwerten Leben haben sich kaum Veränderungen ergeben. Weiterhin wird diese Position von gut der Hälfte der Thüringer entschieden abgelehnt. Lediglich unter den Befragten ab 60 Jahren ist die Zustimmung auf nahezu 50 Prozent angestiegen.

Massive Zuwächse haben sich bei den beiden nationalistischen Statements ergeben. Mit 10 Prozent bzw. 13 Prozent liegen hier die stärksten Zuwächse in der Unterstützung rechtsextremer Positionen vor. Dem Statement „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ geben zwei Drittel

Abb. 36: *Bewertung der beiden nationalistischen Statements 2001 – 2003 (in Prozent)*



23 Zur teils grotesken Überschätzung des Ausländeranteils in Thüringen und ihrem Zusammenhang mit rechtsextremen Orientierungen vgl. Edinger/ Hallermann 2001.

der Thüringer ihre Zustimmung. Der Anteil der entschiedenen Ablehnungen ist in diesem Fall seit 2001 um die Hälfte, auf nunmehr 10 Prozent, gesunken. Die Zustimmungen verteilen sich etwa hälftig auf starke Unterstützung und eher moderate Unterstützung der Aussage. Es liegt nahe, diesen massiven Anstieg mit dem Irak-Krieg und den damit in Zusammenhang stehenden Differenzen zwischen der offiziellen deutschen und der amerikanischen Politik in Verbindung zu bringen. Offenbar haben die massiven Spannungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis nationalistische Gefühle reaktiviert. Erstmals findet das genannte Item mehrheitliche Zustimmung bei den Anhängern aller drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien.

Deutlich stärkere Unterstützung im Vergleich zum Vorjahr lässt sich auch bei dem Statement „Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“ konstatieren. Während sich die Unterstützung im Fall der Aussage zu den deutschen Interessen etwa hälftig auf die starke und die moderate Zustimmung verteilt, geht der deutliche Anstieg bei der Aussage zu den deutschen Leistungen vor allem auf ein Anwachsen der schwachen Zustimmung zurück. Allerdings gilt auch für dieses Statement, dass im Beobachtungszeitraum die entschiedene Ablehnung stetig gesunken ist.

Einen Sonderstatus unter den zehn zur Messung des Rechtsextremismus verwendeten Aussagen nimmt das Statement „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“ ein. Hier ist die Zustimmung im Vergleich zu 2002 um etwa ein Viertel auf den bislang niedrigsten Wert von 22,7 Prozent gesunken. Ähnlich wie bei der Aussage zu den deutschen Interessen erscheint ein Bezug zu aktuellen Entwicklungen plausibel. Der so genannte Umbau des Sozialstaates dürfte bei einigen Befragten die Bedenken gegenüber dem „Recht des Stärkeren“ als gesellschaftliches Prinzip verstärkt haben. Für eine solche Interpretation spricht, dass die Ablehnung dieses Statements bei den reformskeptisch eingestellten Befragten stärker ausfällt als bei den Reformbefürwortern.

Auf der Basis des schon in den Vorjahren verwendeten Rechtsextremismus-Indexes²⁴ werden erstmals Trenderaussagen über rechtsextreme Orientierungen in Thüringen gemacht. Nachdem sich der Anteil rechtsextrem Eingestellter zwischen 2001 und 2002 von 18,6 Prozent auf 20,9 Prozent erhöht hat, liegt er 2003 bei 22,7 Prozent. Damit hat sich im Verlauf von nur zwei Jahren der Anteil rechtsextrem Orientierter um ein knappes Viertel erhöht. Sehr viel höher liegen die Werte im Fall der Ausländerfeindlichkeit. Bei analoger Messung zum Rechtsextremismus²⁵ müssten mehr als vier von zehn Befragten als ausländerfeindlich gelten; mit 43,1 Prozent ist der Anteil gegenüber dem Vorjahr um gut einen Prozentpunkt gestiegen.

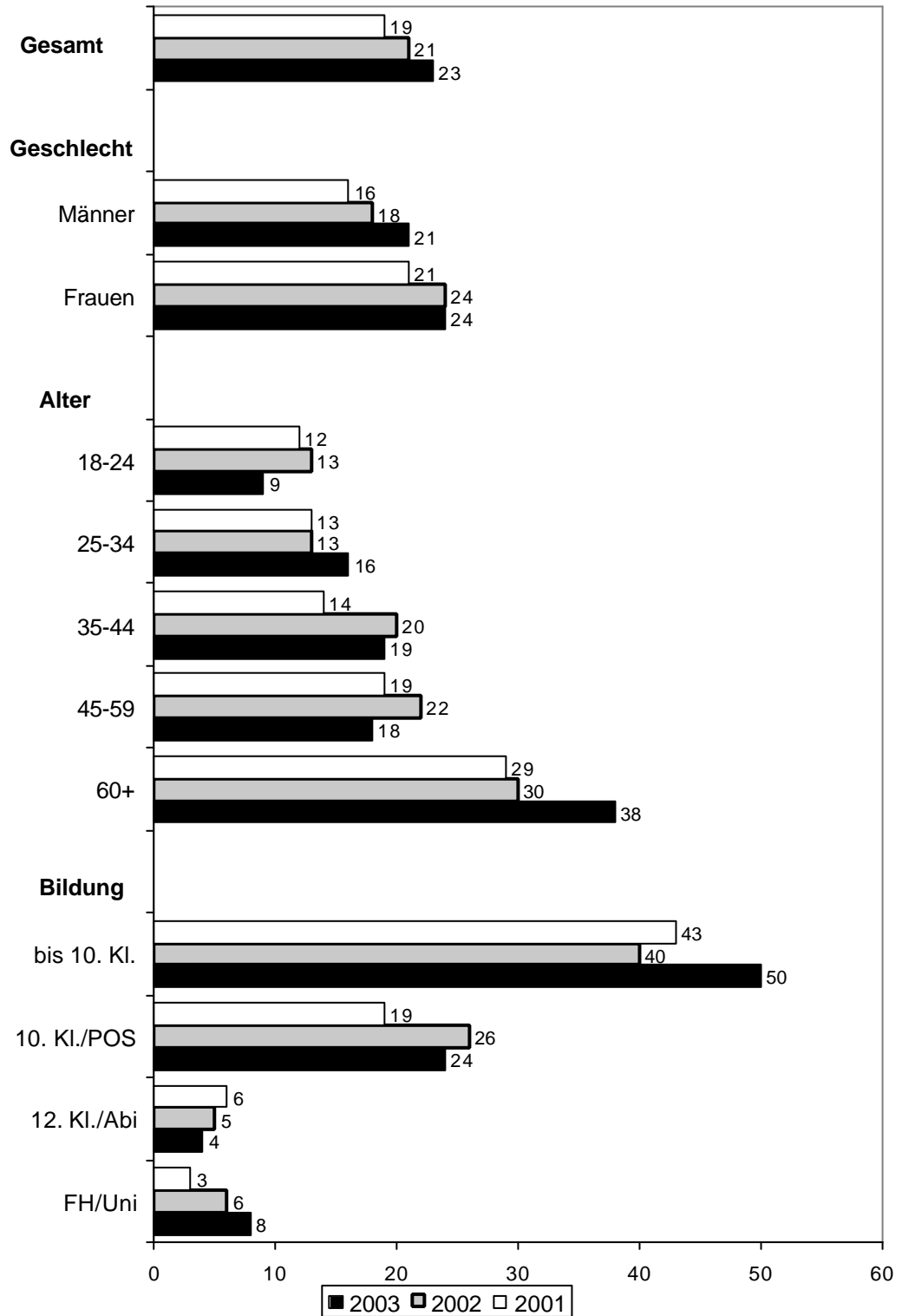
Die Suche nach den sozialstrukturellen Bestimmungsfaktoren rechtsextremer Orientierungen in Thüringen führt zu den „üblichen Verdächtigen“. So sind es, wie in den Vorjahren und wie aus anderen Untersuchungen bekannt (zuletzt resümierend Winkler 2003: 34f.), insbesondere die älteren Befragten und diejenigen mit einem geringen formalen Bildungsstand, die sich als anfällig gegenüber rechtsextremen Deutungsmustern erweisen. Bemerkenswert für die aktuelle Untersuchung ist weniger die ewige Wiederkehr des gleichen Strukturmusters in der empirischen Rechtsextremismusforschung, sondern die zum Teil erhebliche Verstärkung

24 Die Indexbildung erfolgt, indem die Antworten auf die zehn Statements von 1 (völlige Ablehnung) bis 4 (völlige Zustimmung) summiert werden. Entsprechend können die Interviewten auf diesem Index einen Wert zwischen 10 (überhaupt nicht rechtsextrem) und 40 (stark rechtsextrem) erreichen. Als rechtsextrem gelten Befragte mit einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunktes, also ab einem Punktwert von 26. Während diese Grenzziehung letztlich willkürlich ist, werden wegen der über die Jahre hinweg identischen Messung zuverlässige Aussagen zur Entwicklung rechtsextremer Einstellungen möglich.

25 Der Index der Ausländerfeindlichkeit reicht von 3 bis 12 Punkten; als ausländerfeindlich eingestell gelten hier alle Befragten mit einem Punktwert ab 8.

rechtsextremer Orientierungen bei den „üblichen Verdächtigen“. In der Alterskohorte der über 59-jährigen ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter gegenüber dem Jahr 2002 um acht Prozentpunkte angestiegen. Damit liegt dieser Anteil mindestens doppelt so hoch wie in jeder

Abb. 37: Rechtsextremismus nach Geschlecht, Alter und Bildung (in Prozent)



anderen Altersgruppe. Hinsichtlich des Bildungsniveaus bestätigen sich sowohl das Abitur als auch der POS-Abschluss / die mittlere Reife als Zäsuren. So weist nur etwa jeder Sechzehnte mit mindestens dem Abitur als höchstem Bildungsstand rechtsextreme Orientierungen auf. Unter den POS-Absolventen ist es hingegen jeder Vierte und in der Personengruppe mit einem Bildungsabschluss unter dem Niveau der 10. Klasse sogar als mehr als jeder Zweite. Dies bedeutet einen nochmaligen deutlichen Anstieg gegenüber dem Jahr 2002. Unter den sozialstrukturellen Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus erweist sich die Bildung als die mit Abstand wichtigste Determinante.²⁶

Während die Unterschiede zwischen den Alters- und Bildungsgruppen weiter zugenommen haben, ist es zwischen den Geschlechtern zu einer Angleichung gekommen. Weiterhin zeigen Frauen eine größere Affinität gegenüber rechtsextremen Orientierungen, aber der Abstand zu den Männern ist deutlich geschrumpft. Berufstätige zeigen geringere Sympathien für rechtsextreme Positionen im Vergleich zu Befragten, die nicht im Berufsleben stehen; unter den Berufstätigen mit entsprechenden Orientierungen sind diejenigen mit einem unsicheren Arbeitsplatz deutlich überrepräsentiert. Unter den einzelnen Berufsgruppen weisen allein die Arbeiter überproportionale Werte bei der Rechtsextremismusskala auf. Anders als 2002 steht die Konfession in diesem Jahr in keinem Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Ähnliche Zusammenhänge mit sozialstrukturellen Faktoren wie beim Rechtsextremismus lassen sich auch für die Ausländerfeindlichkeit nachweisen. Lediglich der Sicherheit des Arbeitsplatzes kommt für die Ausbildung ausländerfeindlicher Orientierungen keine Bedeutung zu. Damit bestätigt sich die Erkenntnis des vorausgegangenen Jahres, dass die Strukturmuster der Ausländerfeindlichkeit mit denen des Rechtsextremismus insgesamt übereinstimmen.

Mit den sozialstrukturellen Faktoren liegt ein erster Baustein zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen vor. Allerdings ist aus bisherigen Untersuchungen bekannt, dass die eigenständige Erklärungskraft der sozialstrukturellen Faktoren gering ist. Welches sind dann aber die tragenden Säulen des rechtsextremen Einstellungssyndroms? In Anlehnung an den Thüringen-Monitor 2002 sollen hier drei Erklärungsansätze verfolgt werden, um diesem Syndrom auf die Spur zu kommen.²⁷ Im einzelnen handelt es sich dabei erstens um sozioökonomische Bedingungen und Aspekte der relativen Deprivation. Diese sind ebenso wie zweitens die politischen Einstellungen, unter denen vor allem die Demokratieunterstützung besondere Aufmerksamkeit erfährt, den Umweltfaktoren zuzurechnen. Diesen Umweltfaktoren wird drittens, als ein persönlichkeitsbezogener Erklärungsfaktor, der Autoritarismus zur Seite gestellt.

Unter den Umweltfaktoren gilt die materielle Lage als eine Art Klassiker zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen. Tatsächlich lässt jeder dritte Thüringer, der seine eigene materielle Lage als schlecht charakterisiert, Sympathien für rechtsextreme Positionen erkennen. Demgegenüber finden sich nur bei jedem fünften gut Situierten derartige Orientierungen. Insgesamt ist der Einfluss der materiellen Lage gegenüber dem Vorjahr geringer geworden. Ein beinahe sensationeller Befund ergibt sich für die Arbeitslosen: Erstmals seit Beginn der Befragungen im Rahmen des Thüringen-Monitors anno 2000 finden sich in dieser Gruppe rechtsextrem Eingestellte nicht überrepräsentiert.

Mit ihrem breiteren Fragenspektrum ermöglicht die diesjährige Befragung auch genauere Analysen zur Wirkung der relativen Deprivation. Dabei fällt auf, dass weder die Wahrneh-

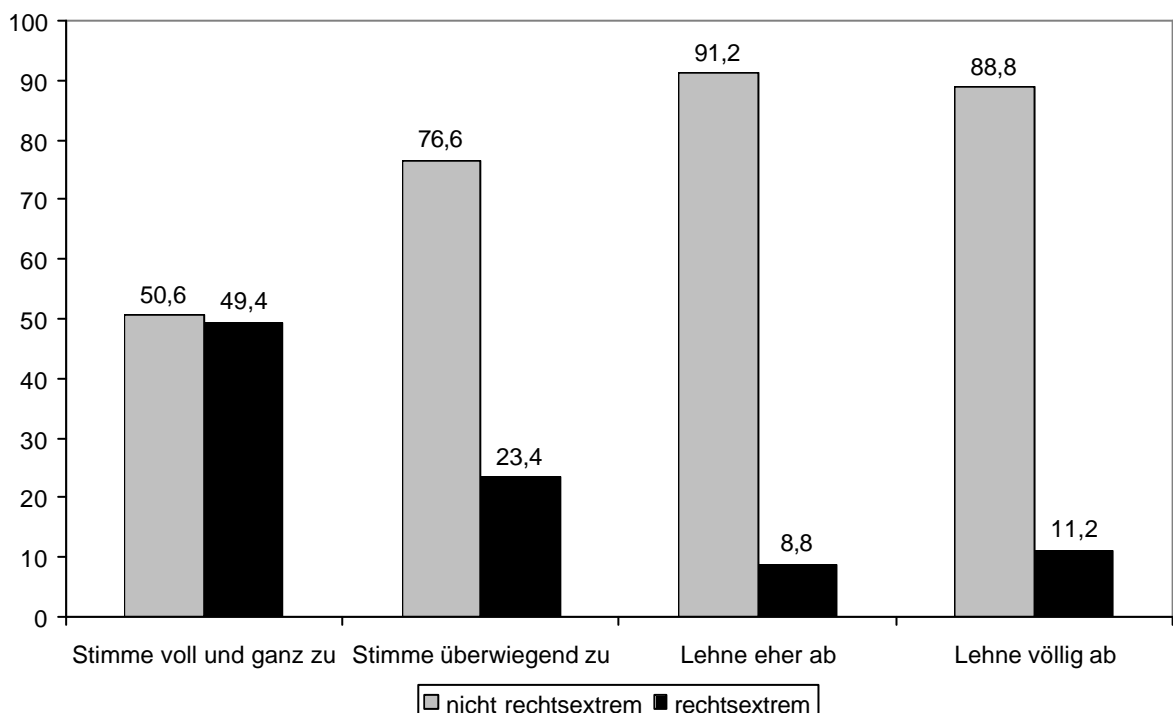
26 Der Einfluss der Bildung bleibt auch dann bestehen, wenn nach Altersgruppen kontrolliert wird.

27 Für eine knappe Übersicht zu den Erklärungsvarianten des Rechtsextremismus vgl. den Literaturbericht im Thüringen-Monitor 2000 (Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106).

mung der Gesellschaft als gerecht, noch die Auffassung, dass man selbst über einen gerechten Anteil verfügt, in einem engen Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen steht. Verbindet man die Selbsteinschätzung der eigenen finanziellen Lage mit der Bewertung der deutschen Einheit zu einem Index der subjektiven Benachteiligung (Deprivationsindex, vgl. Kap. II.2), ergibt sich das gewohnte Bild. Rechtsextreme Denkmuster finden sich doppelt so stark bei Deprivierten als bei Befragten, die keine Deprivationsmerkmale aufweisen.

Die Unterscheidung zwischen einer sozioökonomischen Deprivation auf der einen und einer spezifisch ostdeutschen Deprivation auf der anderen Seite vermag präzisere Auskunft über die Quellen rechtsextremer Orientierungen in Thüringen zu geben. Die ökonomisch fundierte relative Deprivation erweist sich in der vergleichenden Betrachtung als wenig relevant. Demgegenüber geht von der „psychischen“ Deprivation, die mit Fragen der Anerkennung und der Diskriminierung als Ostdeutsche in Verbindung steht, eine beträchtliche Wirkung aus. Der stärkste Einfluss auf rechtsextreme Orientierungen lässt sich freilich für das Statement nachweisen, dass Ostdeutsche durch Westdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Je stärker dieser Aussage zugestimmt wird, desto höher ist der Anteil rechtsextrem Eingestellter (Abb. 38). Summa summarum ergibt sich für die Faktoren der relativen Deprivation ein ähnlicher Zusammenhang wie für die Demokratieunterstützung: Sozioökonomische Faktoren sind wichtig, aber eine nachhaltige Wirkung erzielen sie vor allem in Kombination mit Deprivation. Besondere Relevanz kommt dabei den spezifisch ostdeutschen Empfindungen der gesellschaftlichen Benachteiligung zu.

Abb. 38: *Rechtsextremismus nach ostdeutschem Diskriminierungsempfinden („Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen 2. Klasse“)*
(in Prozent)



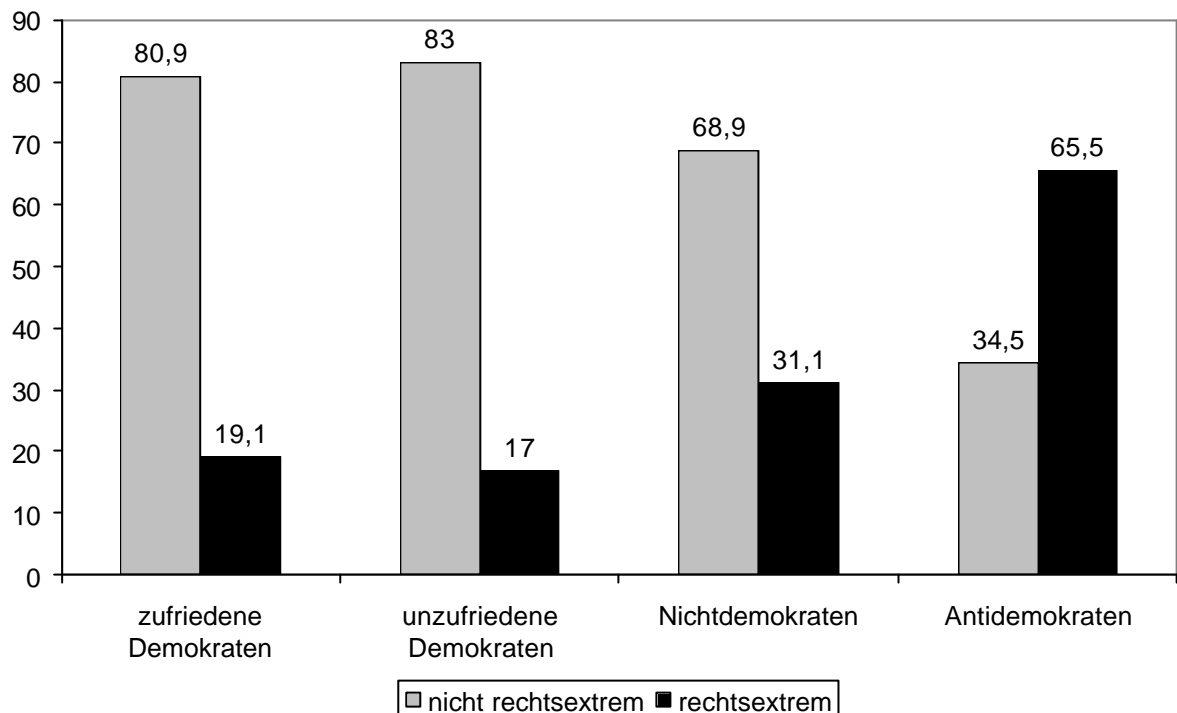
Unter den politischen Einstellungen als der zweiten Umweltkomponente zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen lassen sich drei Aspekte unterscheiden: die generelle Haltung zum Politischen, die Systemunterstützung und die verschiedenen Elemente der Demokratieunterstützung bzw. des Demokratieverständnisses. Zunächst zur generellen Positionierung gegenüber der Politik: Rechtsextreme Orientierungen nehmen mit sinkendem politischen Interesse linear zu. Allerdings werden hohe Rechtsextremismuskwerte nur bei der kleinen Gruppe der politisch völlig Desinteressierten erreicht. Auch das politische Wissen ist von Belang: Unter denjenigen, die die drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien nennen können, finden sich nur halb so viele rechtsextrem Eingestellte, wie unter den politisch Ahnungslosen. Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich mit der politischen Eigenkompetenz. Die stärkste Wirkung geht jedoch von der politischen Efficacy aus. Wer glaubt, dass er als Bürger das Regierungshandeln beeinflussen kann, ist nahezu immun gegenüber rechtsextremen Orientierungen. Im Gegensatz dazu sind drei von zehn Befragten, die eine solche Einflussmöglichkeit verneinen, den Rechtsextremen zuzurechnen.

Die früheren Befragungsergebnisse im Rahmen des Thüringen-Monitors haben die Bedeutung von Faktoren der System- und Demokratieunterstützung gezeigt. Diese Relevanz bestätigt sich für das laufende Jahr nur begrenzt. Zwar wirkt sich die Unzufriedenheit mit der Politik allgemein begünstigend auf die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen aus, hingegen erweist sich das Institutionenvertrauen, von dem schon 2002 die schwächste Wirkung ausging, als irrelevant. Dies gilt für beide Varianten des Institutionenvertrauens, das heißt, sowohl für das generelle Vertrauen in Institutionen, als auch für das Vertrauen speziell in politische Institutionen. Für die Bewertung von Parteien und Politikern ergibt sich kein linearer Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus. Gleiches gilt für die Bewertung der Demokratie auf der Performanzebene. Umso stärker wirkt allerdings die Bewertung der Demokratie als Staatsidee.

Für die einzelnen Typen der demokratiebezogenen Einstellungen ergeben sich hinsichtlich der rechtsextremen Orientierungen geradezu riesige Unterschiede. Während die zufriedenen und die unzufriedenen Demokraten gleichermaßen unterdurchschnittliche rechtsextreme Anteile aufweisen, sind deutlich mehr als vier von zehn Nichtdemokraten rechtsextrem eingestellt. Eine genaue Aufschlüsselung der Nichtdemokraten ergibt, dass es in dieser Gruppe vor allem die Antidemokraten sind, die eine massive Affinität zum Rechtsextremismus aufweisen. Bei steigender Zahl von Antidemokraten ist der Anteil der Rechtsextremen in dieser Gruppe jedoch von 76 Prozent im Jahr 2000 auf gut 60 Prozent im Jahr 2003 zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich in der Gruppe der Nichtdemokraten der Anteil rechtsextrem Orientierter deutlich erhöht.

Anders als die Bewertung des Ordnungsmodells Demokratie stehen die Positionen der Befragten zu einzelnen Positionen des Demokratieverständnisses in einer nur schwachen Verbindung zu rechtsextremen Einstellungen. Eine Ausnahme macht jedoch die ungleiche Behandlung von Schwerverbrechern vor Gericht. Unter denjenigen, die der Kriminalitätsbekämpfung Vorrang einräumen vor dem Gleichheitsgrundsatz im Strafverfahren, finden sich zweieinhalb Mal so viele Befragte mit Rechtsaußen-Positionen wie in der Gruppe der Ablehnenden. Darin kommt unmissverständlich der enge Nexus zwischen rechtsstaatfeindlichen und rechtsextremen Positionen zum Ausdruck.

Abb. 39: *Rechtsextremismus nach Einstellungen zur Demokratie (in Prozent)*



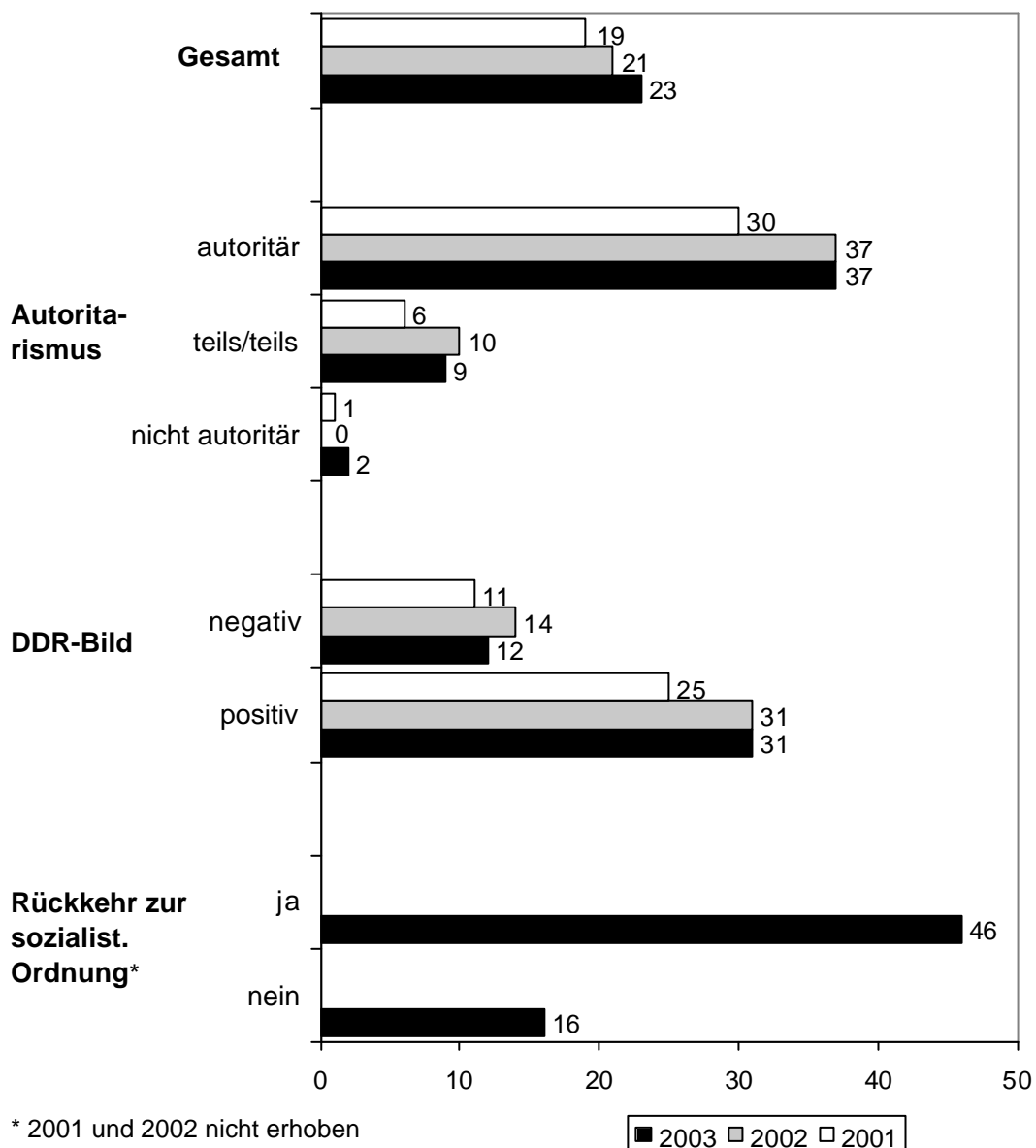
Der Autoritarismus stellt den einzigen persönlichkeitsbezogenen Faktor dar, der seit Beginn des Thüringen-Monitors mit großer Aussagekraft zur Erklärung des Rechtsextremismus herangezogen worden ist.²⁸ Gegenüber dem Jahr 2002 haben sich faktisch keine Veränderungen ergeben: Der Einfluss des Autoritarismus auf die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen ist ungebrochen stark. Dies dokumentiert sich nicht zuletzt darin, dass die kleine Gruppe der Nicht-Autoritären weiterhin nahezu immunisiert gegenüber rechtsextremen Positionen zu sein scheint. Autoritäre Orientierungen gehen nach wie vor mit einem überdurchschnittlich positiven Bild des vormundschaftlichen Staates DDR einher. Vor diesem Hintergrund ergibt sich die Frage nach dem Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen. Einmal mehr sind die Anhänger von Rechtsaußen-Positionen besonders zahlreich unter den „Freunden“ der DDR vertreten – um den Faktor 2,5 häufiger als diejenigen, die die DDR negativ bewerten.

Noch stärker ist der Zusammenhang zwischen dem Rechtsextremismus und dem Statement „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“ Von den Nostalgikern der realsozialistischen Ordnung weist fast jeder zweite rechtsextreme Einstellungen auf. Nicht nur angesichts des Selbstverständnisses der DDR als antifaschistischer Staat muss diese Gleichzeitigkeit

28 Der Autoritarismus ist wie in den Vorjahren über die beiden folgenden Statements gemessen worden: „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“ und „Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.“ Als autoritär gelten diejenigen Befragten, die beiden Statements zugestimmt haben, als nichtautoritär solche, die beide abgelehnt haben. Die Bejahung eines Statements bei Ablehnung des anderen führt zur Einordnung des Befragten in die Mittelkategorie. Bei dieser Messung ergeben sich für das Jahr 2003 knapp 60 % Autoritäre in Thüringen, während die Gruppe der Nicht-Autoritären etwa 15 % der Befragten umfasst.

keit von Ostalgie und rechtsextremer Orientierung überraschen. Eine gemeinsame ideologische Basis dieser Einstellungen kann wegen großer Differenz auf der Links-Rechts-Skala ausgeschlossen werden. Stattdessen scheint sich eine Hypothese aus dem Thüringen-Monitor 2002 zu bestätigen: Das ancien régime retrospektiv und die rechtsextremen Deutungsmuster ganz aktuell fungieren gleichermaßen und mitunter gleichzeitig und bei den gleichen Befragten als gedankliche Gegenwelten zu einem in seinen Grundsätzen abgelehnten System.

Abb. 40: *Rechtsextremismus nach Autoritarismus, DDR-Bild und Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung („Ostalgie“)*
(in Prozent)



In der multivariaten Analyse entpuppt sich der Autoritarismus weiterhin als der stärkste Erklärungsfaktor für rechtsextreme Orientierungen, wenngleich er etwas an Bedeutung gegenüber dem Vorjahr eingebüßt hat. Mit weitem Abstand folgt als zweitstärkster Erklä-

rungsfaktor der Bildungsstand. Darüber hinaus wirken weitere Faktoren auf die Herausbildung rechtsextremer Orientierungen: die Ablehnung der Demokratie als Staatsidee, die Verneinung rechtsstaatlicher Prinzipien, ein spezifisch ostdeutsches Diskriminierungsgefühl sowie der Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema des Thüringen-Monitors bleibt festzuhalten, dass ausweislich der multivariaten Analyse den Einstellungen zur Demokratie erhebliche Bedeutung für die Genese des Rechtsextremismus zukommt.

Welche Verhaltensrelevanz aber kommt rechtsextremen Einstellungen überhaupt zu? Auf der Basis einer Bevölkerungsbefragung, wie sie der Thüringen-Monitor darstellt, sind dazu nur sehr begrenzt Aussagen möglich. In der Tendenz zeigt sich jedoch, dass sich Rechtsextreme eher durch politische Passivität als durch entschiedenes verfassungsfeindliches politisches Engagement auszeichnen. Zwei Drittel von ihnen, gegenüber 58 Prozent in der Kontrastgruppe, haben sich noch nie in einer der erfragten Formen politisch engagiert. Weniger als andere beabsichtigen Rechtsextreme zur Wahl zu gehen. Zugleich gibt nur eine verschwindend kleine Minderheit von 6 Prozent an, ihre Stimme einer rechtsextremen Partei geben zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären. Dieser Wert liegt zwar zehnmal höher als bei den Nicht-Rechtsextremen, aber er bedeutet zugleich, dass die überwiegende Mehrheit rechtsextrem Eingestellter demokratische Parteien wählen würde und wählen wird. Der entscheidende Unterschied zwischen Rechtsextremen und anderen offenbart sich im Verhältnis zur Gewalt. 16,5 Prozent der rechtsextrem Orientierten und damit dreimal so viele wie in der Kontrastgruppe geben an, dass sie bereit sind, für ihre politischen Ziele auch mit Gewalt zu kämpfen. Aus einer solchen Bereitschaft muss freilich noch kein Handeln resultieren, aber eine gewisse Handlungsrelevanz rechtsextremer Orientierungen kommt darin unweigerlich zum Ausdruck.

VI. Fazit und Ausblick

In den Einstellungen der Thüringer zur Politik allgemein spiegelt sich im Jahre 2003 recht deutlich die Tatsache wider, dass das soziale Klima in Deutschland rauer geworden ist. Wenn auch die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen im Vergleich zu 2002 nicht schlechter eingeschätzt wird, so hat sich doch – erstmals seit Beginn der Erhebungen – die Einschätzung der persönlichen finanziellen Lage verschlechtert. Auch lässt sich eine Zunahme von Diskriminierungsgefühlen nachweisen: die Zustimmung zu der Aussage, dass Westdeutsche Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse behandeln, hat in allen Altersgruppen deutlich zugenommen. Immerhin jeder vierte Thüringer liebäugelt mit einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Nach allem, was die Politikwissenschaft über den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der eigenen sozialen und ökonomischen Lage hier und den Einstellungen zur Demokratie dort weiß, ist dabei zu erwarten, dass sich deutlicher noch als im vergangenen Jahr Schwächen, ja Risse im demokratischen Fundament offenbaren. Wird diese Vermutung bestätigt?

In der Einleitung wurde bereits darauf hingewiesen, dass „Demokratie“ ein sehr komplexer Begriff ist, der sich aus einem ganzen Bündel sehr unterschiedlicher Elemente zusammensetzt. Das Bemühen der diesjährigen Studie ging dahin, die Einstellungen der Thüringer zu diesen Elementen im Einzelnen zu analysieren, und deshalb muss auch die zusammenfassende Auswertung der Befunde entsprechend differenziert vorgehen. Zunächst werden daher im Folgenden die wichtigsten Einzelergebnisse festgehalten, ehe dann im zweiten Schritt eine Gesamtbewertung erfolgen kann.

1. Wichtige Ergebnisse im Überblick

Im zusammenfassenden Überblick ergeben sich zunächst die folgenden Einzelbefunde, die kurz in Erinnerung zu rufen sind:

Erstens hat sich bei der Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Schnitt keine Verschlechterung ergeben, während die eigene Lage düsterer gesehen wird. Erneut haben sich deutliche Hinweise für eine starke Disposition gerade der jüngsten Altersgruppe (18-24 Jahre) für ein Abwandern aus Thüringen ergeben: Fast die Hälfte der Befragten in dieser Gruppe gab an, wahrscheinlich oder sicher einen Arbeitsplatz außerhalb Thüringens suchen zu wollen. Man wird dies gewiss auch als eine erfreuliche und notwendige Mobilitätsbereitschaft werten müssen, sollte aber auch darauf hinweisen, dass bei der auch in diesem Jahr sichtbar werdenden Verbundenheit aller Befragten mit Thüringen diese Altersgruppe für das Aufzeigen von Perspektiven für ein Verbleiben im Freistaat seitens der Politik in besonderer Weise empfänglich scheint.

Zweitens ergibt ein Blick auf die Einstellungen der Thüringer zur Politik allgemein ein alles andere als einheitliches Bild. Zunächst hat sich bestätigt, dass die Thüringer sich im gesamtdeutschen Vergleich überdurchschnittlich stark für Politik interessieren und sich auch – selbstbewusst – für kompetent halten, politische Fragen angemessen beurteilen zu können. Mehr als die Hälfte informiert sich in der Regionalpresse, fast die Hälfte in Radio und Fernsehen über Politik.

Hinsichtlich der Erwartungen der Thüringer an die Politik lassen sich – drittens – zwei deutlich unterscheidbare Modelle herauslesen: Auf der einen Seite steht eine aktiv-partizipatorische Erwartungshaltung, die auf stärkere eigene Entscheidung und Mitwirkungsmöglichkeiten setzt, und auf der anderen Seite steht ein ergebnisorientiertes Einstellungsmuster zur Politik allgemein, das sich in der Erwartung zufriedenstellender Leistungen artikuliert. Drei Viertel aller Befragten glauben, keinen Einfluss auf das Handeln der Regierung zu haben, während zwei Drittel Beteiligung für weniger wichtig erachten und Politik an ihren Ergebnissen messen. Bei ihnen vor allem macht sich das seit Jahren als „Politikverdrossenheit“ bekannte Syndrom bemerkbar.

Politik und Politiker erhalten bei den Thüringern im generellen Urteil miserable Noten. Neun von zehn Thüringern meinen, dass in der Politik zuviel geredet und nichts geleistet wird, acht von zehn – und daran hat sich in den letzten Jahren kaum etwas geändert – sind der Auffassung, in der Politik gehe es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht. Etwa drei Viertel sind mit der Politik durch die Bank unzufrieden, wobei lediglich die 18- bis 24-Jährigen weniger Skepsis an den Tag legen.

Ein genauerer Blick auf die Einstellungen zu politischen Parteien hat fünftens aber den interessanten Befund ergeben, dass es sich hierbei doch wohl um vordergründige, auch stimmungsbedingte Pauschalurteile handelt, hinter denen sich bei differenzierter Analyse ein ganz anderes Bild verbirgt: bei hoher abstrakter Skepsis beurteilen doch 84 Prozent der Befragten zumindest eine Partei positiv, und selbst bei denen, die angeben, keinerlei Vertrauen in die Parteien zu hegen, haben noch über 70 Prozent Sympathien für eine der etablierten Parteien. Ähnlich ist es bei der Beurteilung von Politikern: hier ist das Bild eines starken abstrakten Misstrauens bei gleichzeitigem Vertrauen in einzelne Politiker ebenso kontrastreich. Gleichwohl schnitten bei der Frage nach dem Institutionenvertrauen die Parteien mit Vertrauenswerten von nur 8,6 Prozent am schlechtesten ab. Auffallend ist hier, dass mit Schulen, Gerichten, der Bundeswehr und der Polizei die im Vergleich zu Regierungen, Parlamenten und Behörden politikferneren Institutionen mit Vertrauenswerten von jeweils über 50 Prozent deutlich besser abschnitten.

Deutlich verschlechtert hat sich jedoch – sechstens – die Zufriedenheit mit der Demokratie. Zwar ist es erfreulich, dass sich bei den 18- bis 24-Jährigen erstmals ein Anstieg der positiven Bewertung der demokratischen Staatsidee zeigt, doch hat sich insgesamt das Verhältnis von zufriedenen Demokraten (33,5 %) zu unzufriedenen Demokraten (jetzt 45,6 %) gegenüber den Vorjahren noch einmal verschlechtert. Inzwischen ist von 20,9 Prozent Nichtdemokraten auszugehen, die 8,4 Prozent ausgesprochene Antidemokraten einschließen. Die unzufriedenen Demokraten stellen die relative Mehrheit, und dies ist gewiss mehr als nur ein „feiner“ Riss im demokratischen Fundament.

Bemerkenswerte Ergebnisse haben siebtens die Fragen nach Einzelheiten des Demokratieverständnisses ergeben (vgl. IV.2, Tab. 6). Während das Mehrheitsprinzip sich hoher Akzeptanz erfreut, geben sich die Thüringer pluralismuskkeptisch und alles andere als konfliktfreudig: jeweils mehr als zwei Drittel halten Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen für schädlich und erwarten von der Opposition Unterstützung statt Kritik der Regierung. Zwei Drittel haben eine ergebnisorientierte Erwartung an die Demokratie, gleichzeitig findet aber die Forderung nach häufigeren Volksentscheiden eine Zustimmung von mehr als 80 Prozent. Von den einzelnen Säulen der Demokratie kann die Rechtsstaatlichkeit nur auf etwas weniger als 40 Prozent entschiedene Verfechter rechnen, während 86,8 Prozent den Wert der Demokratie an sozialstaatlichen Leistungen bemessen.

Anhaltenden Grund zur Besorgnis gibt schließlich eine nach wie vor wachsende Verbreitung rechtsextremer Orientierungen. Die Ausländerfeindlichkeit, nationalistische Orientierungen und rechtsextreme Einstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr noch einmal verstärkt; das Liebäugeln mit einer Diktatur im nationalen Interesse hat die 20 Prozentmarke fast erreicht.

Wie sind nun diese alles andere als einheitlichen und widerspruchsfreien Ergebnisse im Zusammenhang zu bewerten?

2. Beurteilung der Einstellungen zur Demokratie im Zusammenhang

Im Gesamtbild ist zunächst davon auszugehen, dass wichtige Eckpunkte der Demokratie bei den Thüringerinnen und Thüringern hoch im Kurs stehen und insoweit von einer festen Verankerung der Demokratie zu sprechen ist: das Mehrheitsprinzip steht außer Frage, das Ideal der Demokratie steht auf der politischen Werteskala obenan, die Thüringer Bürger sind überdurchschnittlich interessiert an Politik und durchaus selbstbewusst, wenn es um die Einschätzung ihrer eigenen politischen Kompetenz geht. Deutlicher als im Vorjahr haben sich die jüngsten Befragten als demokratische Hoffnungsträger erwiesen.

Aus Sicht der Demokratie uneingeschränkt positiv zu bewerten ist ferner die Tatsache, dass die Thüringer zu differenzieren wissen. Deutlich wird, dass sie Demokratie als Wert schätzen, sie wollen Demokratie; deutlich wird aber auch, dass sie gegenüber der faktischen Erscheinungsweise der Demokratie kritisch eingestellt sind. Sie erwarten mehr an Ergebnissen. Auch wissen sie sehr wohl zwischen abstrakten und konkreten Einstellungen und Erwartungen zu unterscheiden: hohes generelles Misstrauen gegenüber den Parteien geht einher mit überraschend hohem Vertrauen für jeweils eine Partei. Das Potential für demokratisches Engagement in Thüringen ist durchaus hoch: Ein Viertel der Bevölkerung erklärt sich zum Engagement in einer politischen Partei bereit, deutlich mehr noch zum Engagement in einer Bürgerinitiative.

Untersucht man jedoch die Einstellungen zur Demokratie in einzelnen Faktoren, werden jedoch auch Schwachstellen, Defizite, je sogar Gefährdungspotenziale für die Demokratie sichtbar. Pluralismus und Opposition werden offensichtlich im Konfliktfall weniger geschätzt. Rechtsstaatlichkeit rangiert weit hinter Verbrechensbekämpfung, und Leistungen der Sozialstaatlichkeit stellen den alles andere überragenden Maßstab für die Bewertung der Demokratie dar. Das Liebäugeln mit einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung und mit national motivierter Diktatur stellen im Ansatz durchaus Gefährdungspotenziale für die Stabilität des demokratischen Systems dar. Wie sind diese Ergebnisse zu erklären?

Sie lassen sich insgesamt auf den Nenner bringen, dass die Einstellung zur Demokratie in sehr viel stärkerem Umfang vom Wunsch nach Sicherheit als von einer Wertschätzung der Freiheit geleitet wird. Angesichts der sich im Jahr 2003 zuspitzenden Reformdiskussionen in Deutschland und den damit gerade im Hinblick auf sozialstaatliche Absicherung verbundenen Ungewissheiten und anstehenden Veränderungen mag man einen Teil dieses Einstellungsmusters aus einem Gefühl der Verunsicherung, z.T. auch aus der Wahrnehmung übertriebenen parteipolitischen Taktierens und mangelnder Ergebnisorientierung aller politischen Parteien v.a. auf der Bundesebene heraus erklären können – aber gewiss nicht mehr als eben einen Teil. Mindestens zwei Faktoren sind darüber hinaus zur Erklärung heranzuziehen: Erstens haben alle bisherigen Untersuchungen eine überdurchschnittlich starke Fixierung auf soziale Sicherheit ergeben. Hierin ist auch 13 Jahre nach der Einheit ein Erbe der politischen

Prägung durch die DDR zu sehen. Die diesjährige Untersuchung macht deutlich, wie sensibel die Thüringer auf soziale Verunsicherung reagieren und dass durchaus ein Potenzial für Alternativvorstellungen zum demokratischen Verfassungsstaat vorhanden ist.

Zweitens spiegelt die erschreckend hohe Distanz zum Pluralismus und die nach demokratischen Maßstäben mehr als fragliche Wertung der Opposition die Vorstellung einer Gesellschaft wider, die auf Sicherheit vorspiegelnde „Gesetzlichkeiten“ statt auf das freie Spiel der Kräfte und den freien Austrag von Meinungsdivergenzen und Interessenkonflikten, die auf berechenbare Pläne statt auf den Markt der Meinungen und Interessen, die auf verbürgte Leistungsansprüche statt auf Selbständigkeit und gesellschaftliche Eigenverantwortung setzt. Im Ausblick ergibt sich deshalb das Ergebnis, dass auf dem Weg der Festigung eines freiheitsbewussten demokratischen Politikverständnisses, das die lange Tradition obrigkeitsstaatlicher Prägung politischer Einstellungen überwindet, noch eine erhebliche Strecke zurückzulegen ist.

Literatur

Bisherige Thüringen-Monitore

- Dicke, Klaus / Edinger, Michael / Schmitt, Karl (2000): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106 (Thüringen-Monitor 2000)
- Dicke, Klaus u.a. (2002): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt (Thüringen-Monitor 2001)
- Dicke, Klaus u.a. (2002): Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882 (Thüringen-Monitor 2002)

Weitere Literatur

- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit: Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden
- Brettschneider, Frank (2000): Reality Bytes: Wie die Medienberichterstattung die Wahrnehmung der Wirtschaftslage beeinflusst, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschland im Vergleich, Opladen, S. 539-569
- Bürklin, Werner (1995): Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: Eine Zwischenbilanz, in: Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen, S. 11-24
- Bürklin, Werner (1997): Demokratische Einstellungen im Wandel: Von der repräsentativen zur plebiszitären Demokratie?, in: ders. / Rebenstorf, Hilke (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen, S. 391-419
- Bürklin, Wilhelm P. / Dalton, Russell J. / Drummond, Andrew (2001): Zwei Gesichter der Demokratie: Repräsentative versus „direkte“ Demokratie, in: Klingemann, Hans-Dieter / Kaase, Max (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden 2001, S. 529-551
- Dicke, Klaus (2000): Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, in: Edward Keynes (Hrsg.): Willensbildungsprozesse und Demokratie. Werner Kaltefleiter zum Gedenken, Frankfurt etc., S. 11-25
- Easton, David (1965): A System Analysis of Political Life, New York
- Edinger, Michael (2003): Die Herausforderung der repräsentativen Demokratie in Thüringen. Hintergründe, Verlauf und Wirkungen der Kontroverse um das Volksbegehren, in: Karl Schmitt (Hrsg.): Herausforderungen der repräsentativen Demokratie, Baden-Baden, S. 121-156

- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2001): Ausländerfeindlich sind die Ahnungslosen – Politische Kultur im Jahr 2001, in: Das Parlament 48-49, S. 3
- Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) (2000): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschland im Vergleich, Opladen
- Fuchs, Dieter (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen
- Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 81-113
- Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraut / Wessels, Bernhard (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschlands. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51, S. 3-12
- Gabriel, Oscar W. (1999): Demokratie in der Vereinigungskrise? Struktur, Entwicklung und Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 9, S. 827-861
- Gabriel, Oscar W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 41-77
- Gabriel, Oscar W. (2001): Politische Orientierungen im vereinigten Deutschland: Auf dem Weg zur „Civic Culture“?, in: Bertram, Hans / Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen, S. 97-129.
- Gabriel, Oscar W. (2002): Ein demokratischer Konsens in Ost und West? Demokratie und Extremismus im Spiegel von Umfragen, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz, Opladen, S. 70-104
- Hallermann, Andreas (2003): Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Baden-Baden
- Holtmann, Everhard (2000): Das Demokratieverständnis in seinen unterschiedlichen Dimensionen. Eine vergleichende Betrachtung ostdeutscher und westdeutscher Einstellungen, in: Gegenwartskunde 49, S. 61-70
- Koch, Achim / Wasmer, Martina / Schmidt, Peter (Hrsg.) (2001): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen
- Maier, Jürgen (2000): Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen, Opladen
- Milbrath, Lester W. / Goel, M. L. (1977): Political Participation, 2. Aufl., Chicago

- Neller, Katja (2000): DDR-Nostalgie? Analysen zur Identifikation der Ostdeutschen mit ihrer politischen Vergangenheit, zur ostdeutschen Identität und zur Ost-West-Stereotypisierung, in: Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen, S. 571-607
- Niedermayer, Oskar (2001): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, Wiesbaden
- Niedermayer, Oskar / Brähler, Elmar (2002): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Berlin / Leipzig, unveröffentlichtes Manuskript
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (Hrsg.) (2002): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998-2002, Bd. 11, München
- Pickel, Gert (2002): Jugend und Politikverdrossenheit, Opladen
- Pollack, Detlef (2002): Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland: Fakten und Umfrageergebnisse, in: Denzer, Horst (Hrsg.): Glanz der Infrastruktur – Elend der politischen Kultur? Zur Entwicklung der Demokratie in Ostdeutschland, München, S. 15-34
- Rattinger, Hans (1993): Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteienverdrossenheit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11, S. 24-35
- Rohrschneider, Robert (1999): Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany, Oxford
- Veen, Hans-Joachim (1997): Innere Einheit, wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41, S. 19-28
- Winkler, Jürgen R. (2003): Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Westeuropa. Befunde einer international vergleichenden Studie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26, S. 33-38

Anhang

Tabellarische Übersichten

A 1	Agenda 2010	88
A 2	Reform der Rentenversicherung	89
A 3	Reform der Krankenversicherung	90
A 4	Reform der Arbeitslosenversicherung	91
A 5	Private Altersvorsorge	92
A 6	Wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern?	93
A 7	Studiengebühren	94
A 8	Stolz auf das, was in Thüringen seit 1990 erreicht wurde	95
A 9	Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen	96
A 10	Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder	97
A 11	Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern	98
A 12	Identifikation	99
A 13	Abwanderungspläne	100
A 14	Wirtschaftliche Lage in Thüringen	101
A 15	Eigene wirtschaftliche Lage	102
A 16	Vor- oder Nachteile der Einheit	103
A 17	Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche	104
A 18	DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten	105
A 19	Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren	106
A 20	Gerechte Gesellschaft	107
A 21	Gerechter Anteil	108
A 22	Politisches Interesse	109
A 23	Landespolitisches Wissen	110
A 24	Politische Eigenkompetenz	111
A 25	Informationsquelle: Mediennutzung	112
A 26	In der Politik geht es nur um Macht	113
A 27	In der Politik wird zuviel geredet	114

A 28	Fehlender Einfluss auf Regierung	115
A 29	Politiker verdienen mehr Respekt	116
A 30	Parteien wollen nur Stimmen der Wähler	117
A 31	Vertrauen zur Bundesregierung	118
A 32	Vertrauen zum Bundestag	119
A 33	Vertrauen zur Landesregierung	120
A 34	Vertrauen zum Landtag	121
A 35	Vertrauen zu Parteien	122
A 36	Vertrauen zu den Gerichten	123
A 37	Vertrauen zur Polizei	124
A 38	Vertrauen zur Bundeswehr	125
A 39	Vertrauen zu öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern	126
A 40	Vertrauen zu privaten Fernsehsendern	127
A 41	Vertrauen zu Behörden in Thüringen	128
A 42	Vertrauen zu Schulen in Thüringen	129
A 43	Zufriedenheit mit der Demokratie	130
A 44	Demokratie besser als andere Staatsideen	131
A 45	Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen schaden Allgemeinwohl	132
A 46	Demokratie und Mehrheitsentscheidung	133
A 47	Demokratie und politische Beteiligung	134
A 48	Aufgabe der politischen Opposition	135
A 49	Demokratie und soziale Ungleichheit	136
A 50	Rechtsstaatlichkeit	137
A 51	Mehrheit ausreichend über politische Fragen informiert	138
A 52	Volksentscheid bei wichtigen Fragen	139
A 53	Mich an einen Politiker wenden	140
A 54	In einer politischen Partei mitarbeiten	141
A 55	In einer Bürgerinitiative mitarbeiten	142
A 56	An einer genehmigten Demonstration teilnehmen	143
A 57	An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen	144
A 58	Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen	145

A 59	Gehorsam und Disziplin wichtig	146
A 60	Wir brauchen eine starke Hand	147
A 61	Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen	148
A 62	Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet	149
A 63	Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen	150
A 64	Diktatur die bessere Staatsform	151
A 65	Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen	152
A 66	Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten	153
A 67	Es gibt wertvolles und unwertes Leben	154
A 68	Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten	155
A 69	Die Juden passen nicht zu uns	156
A 70	Der Stärkere soll sich durchsetzen	157

Tabelle A1

		Agenda 2010		
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Richtige Richtung	Falsche Richtung	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	42	53	5
Geschlecht				
Männer	481	47	51	3
Frauen	519	38	55	6
Alter				
18-24 Jahre	101	59	38	3
25-34 Jahre	121	49	50	1
35-44 Jahre	220	47	50	4
45-59 Jahre	240	27	70	3
60 Jahre und älter	310	43	49	8
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	225	33	60	7
10. Klasse	439	39	57	4
Abitur	111	51	47	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	52	45	3
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	492	48	50	3
in Ausbildung	32	55	45	0
arbeitslos	116	11	85	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	44	49	8
Berufsgruppe				
Arbeiter	173	36	61	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	50	47	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	52	45	2
Landw./Selbst./Freiber.	57	67	33	0
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	637	42	55	3
evangelisch	270	44	48	7
katholisch	92	37	57	7

Im Rahmen der Agenda 2010 ist vorgesehen, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld zu verkürzen, um den Anreiz zur Annahme eines Jobs zu erhöhen. Geht dieses Vorhaben Ihrer Meinung nach eher in die richtige oder eher in die falsche Richtung?

Tabelle A2

Reform der Rentenversicherung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Reform der Rentenversicherung		
		Beiträge erhöhen	Leistungen senken	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	32	44	24
Geschlecht				
Männer	481	27	48	25
Frauen	519	37	40	24
Alter				
18-24 Jahre	101	34	54	13
25-34 Jahre	121	26	54	20
35-44 Jahre	220	25	49	26
45-59 Jahre	240	35	38	27
60 Jahre und älter	310	38	36	26
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	225	31	41	28
10. Klasse	439	31	42	26
Abitur	111	33	53	14
(Fach-) Hochschulabschluss	222	35	44	21
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	492	29	48	23
in Ausbildung	32	29	65	7
arbeitslos	116	33	37	30
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	37	38	26
Berufsgruppe				
Arbeiter	173	25	49	26
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	32	51	17
höh.-leit. Ang./Beamte	82	33	43	24
Landw./Selbst./Freiber.	57	26	44	30
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	637	33	44	23
evangelisch	270	30	42	29
katholisch	92	37	44	20

Zurzeit wird viel darüber gesprochen, dass die Sozialversicherung unbezahlbar wird. Um dies zu verhindern, meinen Sie, dass die Beiträge zur Rentenversicherung erhöht werden sollten, oder sollten die Leistungen der Rentenversicherung eingeschränkt werden?

Tabelle A3**Reform der Krankenversicherung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Reform der Krankenversicherung		
		Beiträge erhöhen	Leistungen senken	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	44	32	25
Geschlecht				
Männer	481	39	34	27
Frauen	519	49	29	22
Alter				
18-24 Jahre	101	58	27	15
25-34 Jahre	121	43	39	18
35-44 Jahre	220	33	37	30
45-59 Jahre	240	43	31	25
60 Jahre und älter	310	47	28	26
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	225	39	32	29
10. Klasse	439	45	30	25
Abitur	111	55	30	15
(Fach-) Hochschulabschluss	222	41	36	24
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	492	40	35	25
in Ausbildung	32	72	13	16
arbeitslos	116	39	30	31
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	48	29	23
Berufsgruppe				
Arbeiter	173	42	31	28
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	42	38	20
höh.-leit. Ang./Beamte	82	38	33	29
Landw./Selbst./Freiber.	57	32	46	23
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	637	45	32	23
evangelisch	270	40	30	30
katholisch	92	46	32	23

Zurzeit wird viel darüber gesprochen, dass die Sozialversicherung unbezahlbar wird. Um dies zu verhindern, meinen Sie, dass die Beiträge zur Krankenversicherung erhöht werden sollten, oder sollten die Leistungen der Krankenversicherung eingeschränkt werden?

Tabelle A4**Reform der Arbeitslosenversicherung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Beiträge erhöhen	Leistungen senken	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	31	41	28
Geschlecht				
Männer	481	26	46	28
Frauen	519	36	36	27
Alter				
18-24 Jahre	101	31	53	17
25-34 Jahre	121	25	53	22
35-44 Jahre	220	27	49	24
45-59 Jahre	240	36	35	29
60 Jahre und älter	310	34	32	34
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	225	32	29	39
10. Klasse	439	34	39	27
Abitur	111	24	65	11
(Fach-) Hochschulabschluss	222	28	47	25
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	492	26	50	24
in Ausbildung	32	31	44	25
arbeitslos	116	45	24	31
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	34	34	32
Berufsgruppe				
Arbeiter	173	24	49	27
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	29	50	21
höh.-leit. Ang./Beamte	82	23	55	22
Landw./Selbst./Freiber.	57	25	50	25
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	637	33	41	26
evangelisch	270	27	41	32
katholisch	92	35	41	24

Zurzeit wird viel darüber gesprochen, dass die Sozialversicherung unbezahlbar wird. Um dies zu verhindern, meinen Sie, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollten, oder sollten die Leistungen der Arbeitslosenversicherung eingeschränkt werden?

Tabelle A5

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Private Altersvorsorge			
		vollkommen staatlich	je zur Hälfte	vollkommen privat	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	30	59	9	3
Geschlecht					
Männer	481	29	58	13	1
Frauen	519	31	60	6	4
Alter					
18-24 Jahre	101	26	67	7	0
25-34 Jahre	121	13	61	23	3
35-44 Jahre	220	22	65	12	1
45-59 Jahre	240	32	58	10	1
60 Jahre und älter	310	42	52	1	5
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	42	48	4	7
10. Klasse	439	29	58	11	2
Abitur	111	25	61	14	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	22	69	9	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	23	63	14	1
in Ausbildung	32	38	63	0	0
arbeitslos	116	33	55	10	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	38	54	3	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	30	53	15	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	23	69	8	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	13	65	21	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	12	70	18	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	28	58	11	3
evangelisch	270	31	62	5	2
katholisch	92	38	53	7	3

Die Meinungen, ob die Altersvorsorge in Zukunft überwiegend staatlich oder überwiegend privat erfolgen sollte, gehen auseinander. Wenn Sie sich entscheiden müssten, welche der folgenden Aussagen würden Sie eher befürworten: Die Altersvorsorge sollte vollkommen staatlich erfolgen, die Altersvorsorge sollte je zur Hälfte staatlich und privat erfolgen, die Altersvorsorge sollte vollkommen privat erfolgen?

Tabelle A6

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern?		
		stärkere Entlastung	mehr Geld	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	63	33	4
Geschlecht				
Männer	481	61	34	5
Frauen	519	65	32	3
Alter				
18-24 Jahre	101	56	43	1
25-34 Jahre	121	48	48	5
35-44 Jahre	220	61	37	2
45-59 Jahre	240	69	28	4
60 Jahre und älter	310	69	25	6
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	225	57	37	6
10. Klasse	439	61	36	4
Abitur	111	69	30	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	70	27	4
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	492	63	35	2
in Ausbildung	32	68	32	0
arbeitslos	116	49	41	10
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	67	28	5
Berufsgruppe				
Arbeiter	173	61	37	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	64	35	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	70	26	4
Landw./Selbst./Freiber.	57	58	40	2
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	637	64	32	4
evangelisch	270	61	35	4
katholisch	92	59	36	5

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, kann die Politik ja unterschiedlich vorgehen. Was glauben Sie ist besser geeignet: Wenn man die Familien stärker bei der Kinderbetreuung entlastet oder wenn man ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt?

Tabelle A7

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Studiengebühren			
		keine	nur für Langzeitstudenten	generell	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	16	63	17	4
Geschlecht					
Männer	481	15	63	19	4
Frauen	519	17	63	16	4
Alter					
18-24 Jahre	101	16	69	14	1
25-34 Jahre	121	19	62	13	6
35-44 Jahre	220	16	65	18	1
45-59 Jahre	240	13	67	16	3
60 Jahre und älter	310	17	57	20	7
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	19	50	20	10
10. Klasse	439	16	63	18	3
Abitur	111	11	71	17	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	15	73	11	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	13	67	18	2
in Ausbildung	32	19	72	9	0
arbeitslos	116	23	56	12	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	17	59	18	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	15	60	23	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	12	71	17	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	11	73	14	3
Landw./Selbst./Freiber.	57	16	70	12	2
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	17	62	16	4
evangelisch	270	13	65	19	3
katholisch	92	17	65	15	3

Zurzeit wird ja viel über Studiengebühren diskutiert. Was meinen Sie, sollten Studiengebühren für alle Studenten eingeführt werden, sollten nur Langzeitstudenten Studiengebühren bezahlen, oder sollte es gar keine Studiengebühren geben?

Tabelle A8

**Stolz auf das, was in Thüringen
seit 1990 erreicht wurde**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/ keine Angabe
Insgesamt	1000	13	27	54	4	2	0
Geschlecht							
Männer	481	14	25	54	5	3	0
Frauen	519	13	29	53	3	1	0
Alter							
18-24 Jahre	101	4	30	59	6	1	0
25-34 Jahre	121	11	26	55	5	3	0
35-44 Jahre	220	9	31	53	4	2	1
45-59 Jahre	240	11	26	55	5	3	0
60 Jahre und älter	310	23	24	50	2	1	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	23	17	57	1	2	0
10. Klasse	439	12	27	56	4	2	0
Abitur	111	7	38	50	3	2	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	11	32	48	8	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	12	29	54	4	1	0
in Ausbildung	32	0	36	55	10	0	0
arbeitslos	116	7	23	57	6	7	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	19	25	52	3	1	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	12	23	60	4	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	12	32	53	2	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	9	42	45	5	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	16	19	53	11	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	12	22	59	4	3	0
evangelisch	270	17	32	47	4	0	0
katholisch	92	15	46	35	1	2	0

Auf das, was hier in Thüringen seit 1990 erreicht wurde, kann man stolz sein.

Tabelle A9

Für bessere Arbeit aus Thüringen fortziehen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/ keine Angabe
Insgesamt	1000	24	8	17	12	34	6
Geschlecht							
Männer	481	26	8	18	12	31	6
Frauen	519	23	8	15	12	36	6
Alter							
18-24 Jahre	101	56	6	15	10	13	0
25-34 Jahre	121	17	8	25	16	31	3
35-44 Jahre	220	22	9	22	14	33	0
45-59 Jahre	240	20	9	13	15	42	1
60 Jahre und älter	310	21	7	13	7	36	16
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	19	6	20	6	38	11
10. Klasse	439	23	7	16	13	37	3
Abitur	111	41	11	14	13	19	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	22	10	14	17	31	6
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	21	8	18	14	37	2
in Ausbildung	32	74	7	3	10	7	0
arbeitslos	116	23	5	24	14	34	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	24	8	13	9	32	13
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	22	8	17	8	46	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	19	7	20	20	32	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	23	12	19	16	29	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	26	5	12	10	40	7
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	28	7	18	12	32	3
evangelisch	270	17	10	13	14	35	11
katholisch	92	25	7	14	5	42	8

Wenn ich woanders eine bessere Arbeitsstelle fände, würde ich aus Thüringen fortziehen.

Tabelle A10

		Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder					
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/ keine Angabe
Insgesamt	1000	33	24	32	6	3	2
Geschlecht							
Männer	481	30	25	32	9	4	2
Frauen	519	35	24	33	4	2	2
Alter							
18-24 Jahre	101	26	30	37	6	1	0
25-34 Jahre	121	31	30	27	8	3	2
35-44 Jahre	220	27	30	36	4	3	1
45-59 Jahre	240	29	22	34	9	2	3
60 Jahre und älter	310	42	19	28	6	5	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	48	16	27	3	4	3
10. Klasse	439	33	25	32	6	3	2
Abitur	111	25	23	41	8	2	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	20	33	33	10	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	28	26	35	7	2	1
in Ausbildung	32	26	29	42	3	0	0
arbeitslos	116	28	27	31	7	3	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	41	21	28	6	4	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	33	20	36	9	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	28	28	37	3	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	13	37	34	12	2	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	33	22	33	7	0	5
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	32	23	32	8	4	1
evangelisch	270	33	25	36	3	1	2
katholisch	92	34	34	25	4	1	2

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A11

**Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser
als in anderen ostdeutschen Ländern**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	8	20	46	13	6	7
Geschlecht							
Männer	481	10	22	45	10	6	7
Frauen	519	6	18	48	15	6	7
Alter							
18-24 Jahre	101	4	28	41	19	5	4
25-34 Jahre	121	9	22	48	10	10	2
35-44 Jahre	220	6	17	51	12	6	7
45-59 Jahre	240	7	21	45	13	7	8
60 Jahre und älter	310	11	18	45	13	4	11
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	16	12	48	9	4	12
10. Klasse	439	7	17	50	14	7	6
Abitur	111	6	31	36	18	3	6
(Fach-) Hochschulabschluss	222	3	28	43	13	6	7
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	7	19	50	12	6	6
in Ausbildung	32	10	26	39	19	7	0
arbeitslos	116	4	21	40	12	11	11
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	10	20	44	14	4	9
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	9	13	56	11	6	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	6	22	47	13	6	6
höh.-leit. Ang./Beamte	82	3	26	52	7	9	4
Landw./Selbst./Freiber.	57	12	12	40	23	2	11
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	8	17	47	14	7	6
evangelisch	270	7	27	43	9	4	10
katholisch	92	10	15	52	13	2	8

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A12

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Identifikation				
		Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon / keine Angabe
Insgesamt	1000	46	15	30	9	1
Geschlecht						
Männer	481	41	11	35	11	2
Frauen	519	52	17	25	6	0
Alter						
18-24 Jahre	101	40	13	33	14	0
25-34 Jahre	121	46	15	22	16	1
35-44 Jahre	220	47	16	32	4	1
45-59 Jahre	240	41	18	28	11	2
60 Jahre und älter	310	52	11	31	6	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	53	10	33	4	0
10. Klasse	439	51	15	28	7	0
Abitur	111	36	13	31	19	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	36	18	30	12	4
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	43	16	31	10	1
in Ausbildung	32	47	6	25	22	0
arbeitslos	116	44	18	28	7	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	51	13	30	6	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	45	13	34	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	43	19	28	9	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	35	19	32	14	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	49	7	28	12	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	48	16	28	8	1
evangelisch	270	42	14	32	10	1
katholisch	92	48	8	37	8	0

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A13

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Abwanderungspläne				
		werde sicher bleiben	werde wahr-scheinlich bleiben	werde wahr-scheinlich fortziehen	werde sicher fortziehen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	68	22	6	3	1
Geschlecht						
Männer	481	62	28	6	3	1
Frauen	519	74	18	6	2	0
Alter						
18-24 Jahre	101	20	32	36	11	2
25-34 Jahre	121	43	46	7	5	0
35-44 Jahre	220	60	35	4	1	1
45-59 Jahre	240	75	19	2	2	3
60 Jahre und älter	310	95	5	0	1	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	89	8	1	1	0
10. Klasse	439	67	25	5	3	1
Abitur	111	39	29	22	9	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	66	28	5	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	63	30	5	1	1
in Ausbildung	32	16	29	42	13	0
arbeitslos	116	55	33	4	8	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	85	8	5	2	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	72	19	5	2	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	58	35	5	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	56	37	5	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	60	35	5	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	65	25	6	3	1
evangelisch	270	72	19	6	2	1
katholisch	92	80	13	4	2	0

Einige Leute überlegen sich, ob sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen?

Tabelle A14

Wirtschaftliche Lage in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	0	22	57	20	1
Geschlecht						
Männer	481	0	24	56	20	1
Frauen	519	0	20	58	20	2
Alter						
18-24 Jahre	101	0	28	58	14	0
25-34 Jahre	121	0	29	46	25	0
35-44 Jahre	220	0	15	64	20	1
45-59 Jahre	240	0	17	55	26	2
60 Jahre und älter	310	0	26	57	16	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	0	31	48	17	4
10. Klasse	439	0	17	61	21	1
Abitur	111	0	27	58	15	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	0	18	58	23	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	0	20	59	20	1
in Ausbildung	32	0	28	66	6	0
arbeitslos	116	0	10	54	35	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	0	27	54	16	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	0	17	63	17	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	0	19	60	20	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	0	30	51	20	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	0	16	57	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	0	20	56	24	1
evangelisch	270	0	27	59	13	1
katholisch	92	0	21	61	13	5

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A15

		Eigene wirtschaftliche Lage				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	50	35	11	0
Geschlecht						
Männer	481	3	52	36	9	0
Frauen	519	4	48	35	14	0
Alter						
18-24 Jahre	101	7	52	34	7	0
25-34 Jahre	121	3	59	23	15	0
35-44 Jahre	220	1	45	41	13	0
45-59 Jahre	240	4	40	40	16	0
60 Jahre und älter	310	3	57	32	7	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	1	49	35	15	0
10. Klasse	439	2	44	40	14	0
Abitur	111	4	60	32	4	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	8	57	28	7	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	4	53	36	7	0
in Ausbildung	32	3	55	26	16	0
arbeitslos	116	0	19	41	39	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	3	56	33	8	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	1	39	46	13	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	3	60	33	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	11	70	17	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	7	49	42	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	3	47	38	12	0
evangelisch	270	5	57	28	9	0
katholisch	92	1	50	34	15	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A16

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vor- oder Nachteile der Einheit			
		Vorteile überwiegen	weder-noch	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	64	15	19	1
Geschlecht					
Männer	481	72	12	15	1
Frauen	519	57	19	23	2
Alter					
18-24 Jahre	101	70	12	13	5
25-34 Jahre	121	69	12	17	3
35-44 Jahre	220	64	13	24	0
45-59 Jahre	240	57	20	22	1
60 Jahre und älter	310	67	16	17	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	57	17	24	1
10. Klasse	439	58	16	25	1
Abitur	111	79	11	6	4
(Fach-) Hochschulabschluss	222	75	13	10	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	69	15	15	1
in Ausbildung	32	81	6	9	3
arbeitslos	116	37	13	47	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	65	18	17	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	55	21	23	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	72	13	14	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	82	9	7	2
Landw./Selbst./Freiber.	57	83	12	5	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	59	17	23	1
evangelisch	270	73	13	14	0
katholisch	92	75	15	7	3

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A17

Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	23	35	31	11	1
Geschlecht						
Männer	481	17	35	36	11	1
Frauen	519	29	34	25	10	1
Alter						
18-24 Jahre	101	17	33	41	9	0
25-34 Jahre	121	19	31	37	12	0
35-44 Jahre	220	17	34	39	10	0
45-59 Jahre	240	18	39	29	12	3
60 Jahre und älter	310	33	34	21	11	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	43	33	13	9	1
10. Klasse	439	22	40	27	11	1
Abitur	111	9	30	50	12	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	11	30	46	12	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	14	38	37	11	1
in Ausbildung	32	16	28	38	19	0
arbeitslos	116	33	35	21	9	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	32	31	25	11	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	22	46	24	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	16	32	42	11	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	1	42	44	13	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	5	29	48	14	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	25	34	31	9	1
evangelisch	270	20	35	31	13	1
katholisch	92	14	39	27	16	3

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle A18

DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	13	44	30	11	2
Geschlecht						
Männer	481	12	38	35	14	2
Frauen	519	15	50	25	9	2
Alter						
18-24 Jahre	101	7	41	38	15	0
25-34 Jahre	121	11	41	28	18	3
35-44 Jahre	220	13	42	33	11	2
45-59 Jahre	240	14	48	27	10	2
60 Jahre und älter	310	16	45	29	9	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	21	44	24	9	2
10. Klasse	439	15	48	26	10	1
Abitur	111	4	37	46	12	3
(Fach-) Hochschulabschluss	222	6	41	35	15	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	10	41	33	14	2
in Ausbildung	32	0	50	41	9	0
arbeitslos	116	22	55	18	3	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	16	44	29	10	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	16	46	25	12	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	7	45	38	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	9	31	31	26	5
Landw./Selbst./Freiber.	57	5	28	46	21	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	16	48	26	9	2
evangelisch	270	9	39	36	14	2
katholisch	92	10	29	40	17	3

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A19

**Wir sollten zur
sozialistischen Ordnung zurückkehren**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	7	16	31	44	2
Geschlecht						
Männer	481	6	13	30	50	2
Frauen	519	9	19	32	38	2
Alter						
18-24 Jahre	101	4	21	41	35	0
25-34 Jahre	121	8	12	37	40	3
35-44 Jahre	220	5	15	27	51	2
45-59 Jahre	240	7	15	28	48	3
60 Jahre und älter	310	10	18	29	41	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	16	23	25	33	3
10. Klasse	439	6	17	31	44	1
Abitur	111	1	10	46	39	4
(Fach-) Hochschulabschluss	222	5	10	29	55	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	4	14	30	50	2
in Ausbildung	32	7	3	65	26	0
arbeitslos	116	19	18	25	34	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	9	19	31	40	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	6	25	27	41	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	2	11	35	50	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	5	7	21	64	4
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	4	35	60	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	8	17	31	42	2
evangelisch	270	7	16	31	45	2
katholisch	92	4	11	34	49	2

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Tabelle A20

		Gerechte Gesellschaft			
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	geht eher gerecht zu	teils teils	geht eher ungerecht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	6	75	2
Geschlecht					
Männer	481	22	6	71	1
Frauen	519	13	5	80	2
Alter					
18-24 Jahre	101	30	3	67	0
25-34 Jahre	121	22	10	65	3
35-44 Jahre	220	16	5	78	1
45-59 Jahre	240	16	6	76	2
60 Jahre und älter	310	13	6	79	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	12	6	80	2
10. Klasse	439	13	7	79	1
Abitur	111	23	4	74	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	28	5	65	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	19	6	74	1
in Ausbildung	32	23	0	77	0
arbeitslos	116	11	4	85	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	17	7	74	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	15	7	78	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	16	6	77	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	26	9	61	5
Landw./Selbst./Freiber.	57	30	2	68	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	16	6	78	1
evangelisch	270	20	7	71	2
katholisch	92	17	7	75	1

Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu, oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?

Tabelle A21

		Gerechter Anteil				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr viel weniger	etwas weniger	gerechten Anteil	mehr als gerechten Anteil	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	15	44	36	2	3
Geschlecht						
Männer	481	12	48	36	2	3
Frauen	519	18	41	36	2	3
Alter						
18-24 Jahre	101	16	32	50	2	0
25-34 Jahre	121	16	43	33	2	7
35-44 Jahre	220	14	53	29	2	3
45-59 Jahre	240	18	48	32	1	1
60 Jahre und älter	310	13	40	41	3	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	16	44	34	2	3
10. Klasse	439	18	48	29	1	3
Abitur	111	5	46	44	4	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	11	38	47	2	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	12	50	35	2	2
in Ausbildung	32	19	28	47	6	0
arbeitslos	116	29	45	19	0	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	14	39	42	2	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	16	65	17	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	12	41	42	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	10	41	48	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	7	43	45	2	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	17	47	32	2	3
evangelisch	270	12	39	44	3	3
katholisch	92	9	46	42	0	3

Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A22**Politisches Interesse**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	13	20	46	17	5	0
Geschlecht							
Männer	481	18	25	40	13	4	0
Frauen	519	7	16	51	20	6	0
Alter							
18-24 Jahre	101	9	11	42	35	3	0
25-34 Jahre	121	7	17	54	18	4	0
35-44 Jahre	220	8	19	51	15	7	1
45-59 Jahre	240	18	25	38	15	4	0
60 Jahre und älter	310	15	21	47	13	5	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	8	14	52	20	7	0
10. Klasse	439	9	19	48	19	6	0
Abitur	111	18	27	35	20	0	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	21	27	40	8	4	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	11	23	46	16	4	0
in Ausbildung	32	9	13	59	13	6	0
arbeitslos	116	18	15	40	21	7	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	13	19	46	17	6	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	4	19	49	23	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	11	27	46	14	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	18	27	39	9	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	25	16	51	5	4	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	12	20	45	17	5	0
evangelisch	270	13	19	46	16	5	0
katholisch	92	11	23	48	15	3	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle A23

		Landespolitisches Wissen		
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Antwort richtig	Antwort falsch	keine Antwort
Insgesamt	1000	41	42	17
Geschlecht				
Männer	481	51	40	10
Frauen	519	32	45	23
Alter				
18-24 Jahre	101	31	42	27
25-34 Jahre	121	46	38	17
35-44 Jahre	220	40	41	19
45-59 Jahre	240	43	47	10
60 Jahre und älter	310	42	41	17
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	225	27	45	28
10. Klasse	439	35	49	16
Abitur	111	44	45	11
(Fach-) Hochschulabschluss	222	64	27	9
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	492	43	43	13
in Ausbildung	32	32	52	16
arbeitslos	116	35	43	23
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	40	40	19
Berufsgruppe				
Arbeiter	173	33	47	20
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	45	44	11
höh.-leit. Ang./Beamte	82	63	24	12
Landw./Selbst./Freiber.	57	37	58	5
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	637	42	40	19
evangelisch	270	39	47	14
katholisch	92	39	48	13

Wissen Sie zufällig, welche Parteien im Moment im Thüringer Landtag vertreten sind?

Tabelle A24

Politische Eigenkompetenz

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	23	56	17	3	2
Geschlecht						
Männer	481	32	54	10	3	1
Frauen	519	14	58	23	3	3
Alter						
18-24 Jahre	101	11	62	25	2	0
25-34 Jahre	121	17	60	18	4	1
35-44 Jahre	220	13	65	20	2	0
45-59 Jahre	240	30	53	12	3	3
60 Jahre und älter	310	30	50	15	4	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	21	49	20	8	2
10. Klasse	439	17	59	20	2	2
Abitur	111	25	59	13	2	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	36	56	8	0	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	23	59	16	1	0
in Ausbildung	32	13	55	26	7	0
arbeitslos	116	23	52	17	4	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	24	53	16	5	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	18	58	20	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	23	58	19	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	26	63	10	0	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	33	58	7	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	23	59	15	3	1
evangelisch	270	26	48	19	5	2
katholisch	92	17	60	20	1	2

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Tabelle A25

Informationsquelle: Mediennutzung
(Mehrfachnennungen)

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Informationsquelle				
		TV	Radio	regionale Tageszeitung	überregionale Tageszeitung	Internet
Insgesamt	1000	49	40	55	9	8
Geschlecht						
Männer	481	55	41	54	13	12
Frauen	519	44	40	56	6	4
Alter						
18-24 Jahre	101	34	30	36	12	15
25-34 Jahre	121	32	45	43	16	11
35-44 Jahre	220	41	46	47	4	10
45-59 Jahre	240	55	42	60	7	10
60 Jahre und älter	310	62	37	67	12	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	48	30	53	6	1
10. Klasse	439	43	41	53	7	6
Abitur	111	48	45	57	16	18
(Fach-) Hochschulabschluss	222	64	47	60	14	13
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	46	44	50	8	11
in Ausbildung	32	29	45	55	13	19
arbeitslos	116	48	38	50	3	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	56	36	60	13	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	39	35	44	8	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	43	46	56	6	9
höh.-leit. Ang./Beamte	82	53	51	49	13	18
Landw./Selbst./Freiber.	57	63	51	53	5	12
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	49	41	53	9	8
evangelisch	270	48	39	59	12	7
katholisch	92	52	40	58	5	5

Informationen über Politik kann man ja aus verschiedenen Quellen beziehen. Haben Sie sich gestern im Fernsehen über Politik informiert? Wenn ja, welchen Sender haben Sie gesehen? Und wie ist das mit Radio, Tageszeitung, Internet?

Tabelle A26

In der Politik geht es nur um Macht

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	45	36	13	6	1
Geschlecht						
Männer	481	44	37	12	6	1
Frauen	519	45	35	14	6	1
Alter						
18-24 Jahre	101	13	47	28	12	0
25-34 Jahre	121	36	41	16	6	1
35-44 Jahre	220	42	39	11	6	1
45-59 Jahre	240	52	31	10	6	1
60 Jahre und älter	310	53	32	10	5	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	53	29	10	6	1
10. Klasse	439	47	34	11	8	1
Abitur	111	29	50	19	3	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	40	39	17	5	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	42	38	14	6	1
in Ausbildung	32	26	55	19	0	0
arbeitslos	116	50	33	7	9	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	48	32	13	6	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	45	34	13	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	40	39	12	6	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	33	41	24	3	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	45	45	5	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	49	33	10	7	1
evangelisch	270	37	40	17	5	2
katholisch	92	36	39	20	4	1

In der Politik geht es nicht um die Sache, sondern nur um die Macht.

Tabelle A27

In der Politik wird zuviel geredet

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	58	32	8	2	1
Geschlecht						
Männer	481	57	33	9	1	0
Frauen	519	59	32	7	2	1
Alter						
18-24 Jahre	101	42	51	8	0	0
25-34 Jahre	121	58	36	5	2	0
35-44 Jahre	220	60	30	8	1	1
45-59 Jahre	240	60	30	8	2	1
60 Jahre und älter	310	61	29	9	2	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	65	25	6	3	1
10. Klasse	439	61	32	5	1	1
Abitur	111	46	40	13	0	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	51	35	13	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	56	36	7	1	0
in Ausbildung	32	50	44	6	0	0
arbeitslos	116	66	24	7	2	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	59	29	9	2	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	60	34	5	1	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	55	37	7	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	46	40	11	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	63	30	7	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	62	30	7	1	1
evangelisch	270	52	38	8	2	0
katholisch	92	53	30	13	3	0

In der Politik wird zuviel geredet und nichts geleistet.

Tabelle A28

Fehlender Einfluss auf Regierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	46	27	21	6	0
Geschlecht						
Männer	481	42	27	24	7	0
Frauen	519	49	27	18	6	1
Alter						
18-24 Jahre	101	18	33	38	12	0
25-34 Jahre	121	39	30	25	7	0
35-44 Jahre	220	41	27	26	6	0
45-59 Jahre	240	48	27	19	6	1
60 Jahre und älter	310	59	24	12	5	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	60	23	12	5	0
10. Klasse	439	52	26	18	4	0
Abitur	111	29	23	36	13	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	27	35	29	9	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	40	29	24	7	0
in Ausbildung	32	16	23	45	16	0
arbeitslos	116	53	29	15	2	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	55	24	16	6	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	52	29	14	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	39	28	24	9	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	22	35	36	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	30	23	42	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	47	26	21	6	1
evangelisch	270	45	26	22	7	0
katholisch	92	40	33	19	9	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Tabelle A29

Politiker verdienen mehr Respekt

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	lehne völlig ab	lehne eher ab	stimme überwiegend zu	stimme voll und ganz zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	38	30	8	2
Geschlecht						
Männer	481	23	38	29	9	2
Frauen	519	20	37	32	8	3
Alter						
18-24 Jahre	101	17	43	35	5	0
25-34 Jahre	121	28	49	20	3	0
35-44 Jahre	220	23	41	28	5	3
45-59 Jahre	240	25	36	27	10	3
60 Jahre und älter	310	17	29	38	13	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	18	30	36	12	4
10. Klasse	439	29	34	26	8	3
Abitur	111	11	46	39	3	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	15	48	29	8	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	24	39	29	6	2
in Ausbildung	32	22	59	19	0	0
arbeitslos	116	28	40	20	10	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	16	32	37	12	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	30	38	25	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	20	41	28	7	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	17	40	40	2	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	28	39	26	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	24	40	27	8	2
evangelisch	270	18	32	39	9	3
katholisch	92	15	41	30	10	4

Die Politiker verdienen mehr Respekt.

Tabelle A30

Parteien wollen nur Stimmen der Wähler

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	39	38	18	5	2
Geschlecht						
Männer	481	39	38	18	5	1
Frauen	519	38	37	18	5	2
Alter						
18-24 Jahre	101	25	37	31	7	0
25-34 Jahre	121	30	50	17	3	0
35-44 Jahre	220	35	40	21	3	2
45-59 Jahre	240	43	35	16	5	1
60 Jahre und älter	310	45	34	12	7	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	47	32	10	8	2
10. Klasse	439	42	39	13	4	2
Abitur	111	28	34	32	6	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	30	41	25	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	35	41	20	4	1
in Ausbildung	32	31	31	34	3	0
arbeitslos	116	44	38	9	8	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	42	34	16	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	40	43	13	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	33	38	24	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	29	39	24	6	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	35	44	21	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	42	37	15	5	1
evangelisch	270	30	41	22	6	2
katholisch	92	41	33	22	2	2

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A31

Vertrauen zur Bundesregierung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	15	48	19	16	0
Geschlecht							
Männer	481	1	16	46	19	18	0
Frauen	519	2	15	50	19	14	1
Alter							
18-24 Jahre	101	0	18	63	12	8	0
25-34 Jahre	121	0	8	46	25	24	0
35-44 Jahre	220	1	15	45	24	16	0
45-59 Jahre	240	1	10	46	21	22	1
60 Jahre und älter	310	3	22	48	14	12	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	4	15	51	10	20	0
10. Klasse	439	1	13	44	23	18	1
Abitur	111	0	17	60	17	6	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	1	19	47	20	13	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	0	14	47	22	17	0
in Ausbildung	32	0	19	63	13	6	0
arbeitslos	116	1	12	38	25	23	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	3	19	52	13	13	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	0	12	48	17	22	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	1	16	44	25	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	0	17	52	24	6	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	0	7	42	21	30	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	1	14	47	19	17	1
evangelisch	270	1	22	47	17	13	0
katholisch	92	2	8	55	20	15	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A32

Vertrauen zum Bundestag

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	18	48	19	11	1
Geschlecht							
Männer	481	2	18	47	19	14	1
Frauen	519	3	17	50	19	9	2
Alter							
18-24 Jahre	101	1	28	54	11	6	0
25-34 Jahre	121	1	18	46	24	12	0
35-44 Jahre	220	1	17	45	25	12	0
45-59 Jahre	240	2	16	43	22	17	0
60 Jahre und älter	310	5	16	54	14	8	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	5	17	51	10	14	3
10. Klasse	439	2	16	48	21	13	1
Abitur	111	1	23	47	21	7	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	3	18	48	24	7	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	1	18	46	23	12	0
in Ausbildung	32	0	19	71	3	7	0
arbeitslos	116	3	18	39	23	16	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	4	16	53	14	10	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	0	18	43	20	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	2	19	46	27	6	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	2	20	44	24	9	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	0	14	55	17	14	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	2	14	48	21	14	1
evangelisch	270	3	26	46	16	8	2
katholisch	92	4	16	55	18	5	1

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit dem Bundestag?

Tabelle A33**Vertrauen zur Landesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	5	25	52	10	7	1
Geschlecht							
Männer	481	5	22	50	13	10	0
Frauen	519	5	28	54	7	4	1
Alter							
18-24 Jahre	101	2	29	55	7	7	0
25-34 Jahre	121	1	23	54	15	7	0
35-44 Jahre	220	1	27	56	9	6	1
45-59 Jahre	240	4	22	49	17	8	0
60 Jahre und älter	310	11	26	50	5	7	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	14	28	47	4	6	1
10. Klasse	439	3	25	56	9	7	1
Abitur	111	2	22	58	10	9	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	3	24	49	18	6	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	3	24	54	12	7	0
in Ausbildung	32	0	10	77	7	7	0
arbeitslos	116	2	30	47	12	8	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	9	27	49	6	7	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	2	21	57	11	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	3	26	54	12	4	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	2	28	49	15	6	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	7	18	54	16	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	4	23	53	11	9	1
evangelisch	270	5	28	56	7	4	0
katholisch	92	15	31	39	12	3	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A34**Vertrauen zum Landtag**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	24	51	13	6	3
Geschlecht							
Männer	481	2	25	45	17	8	2
Frauen	519	3	24	56	10	4	4
Alter							
18-24 Jahre	101	1	42	45	9	3	0
25-34 Jahre	121	1	18	57	18	5	1
35-44 Jahre	220	1	27	54	11	6	2
45-59 Jahre	240	2	18	50	18	9	3
60 Jahre und älter	310	6	24	50	10	5	6
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	7	25	50	4	7	7
10. Klasse	439	2	22	51	15	8	3
Abitur	111	0	32	54	9	4	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	1	23	50	21	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	1	24	53	15	6	2
in Ausbildung	32	0	31	50	13	6	0
arbeitslos	116	2	21	48	17	8	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	5	26	50	9	6	5
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	0	26	48	16	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	2	20	59	15	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	0	27	51	15	4	4
Landw./Selbst./Freiber.	57	4	23	50	11	13	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	2	21	52	15	7	3
evangelisch	270	2	28	55	8	4	3
katholisch	92	4	36	37	16	4	3

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit dem Landtag?

Tabelle A35

		Vertrauen zu Parteien					
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	8	46	25	19	1
Geschlecht							
Männer	481	0	8	43	27	21	0
Frauen	519	1	9	49	23	18	1
Alter							
18-24 Jahre	101	2	11	49	29	10	0
25-34 Jahre	121	0	3	44	31	22	0
35-44 Jahre	220	0	4	47	30	19	0
45-59 Jahre	240	0	6	44	26	23	1
60 Jahre und älter	310	1	13	47	18	19	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	2	16	49	11	20	2
10. Klasse	439	0	6	43	29	21	1
Abitur	111	0	6	47	32	16	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	0	5	48	30	17	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	1	7	47	27	19	0
in Ausbildung	32	0	3	52	36	10	0
arbeitslos	116	0	4	39	30	26	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	1	11	47	20	19	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	1	9	43	27	20	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	1	5	53	26	15	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	0	7	44	33	15	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	0	5	42	19	33	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	1	5	41	28	24	1
evangelisch	270	0	11	57	20	12	1
katholisch	92	0	21	49	19	12	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit den Parteien?

Tabelle A36

Vertrauen zu den Gerichten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	37	31	9	7	5
Geschlecht							
Männer	481	11	41	28	9	9	3
Frauen	519	10	34	34	9	5	8
Alter							
18-24 Jahre	101	21	52	14	6	5	3
25-34 Jahre	121	7	51	32	5	3	1
35-44 Jahre	220	8	45	31	7	7	2
45-59 Jahre	240	10	34	35	10	4	5
60 Jahre und älter	310	11	24	33	12	9	11
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	12	28	33	6	8	12
10. Klasse	439	11	37	32	8	8	4
Abitur	111	11	47	31	5	3	4
(Fach-) Hochschulabschluss	222	10	42	27	14	5	2
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	10	42	32	8	6	2
in Ausbildung	32	18	49	18	3	12	0
arbeitslos	116	9	40	24	13	9	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	11	29	33	9	7	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	9	38	31	9	9	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	11	41	38	8	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	15	51	27	4	4	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	5	40	29	12	12	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	11	36	32	10	7	5
evangelisch	270	10	40	32	5	6	7
katholisch	92	14	37	23	10	10	7

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A37

Vertrauen zur Polizei

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	16	47	30	3	3	1
Geschlecht							
Männer	481	14	47	29	4	5	1
Frauen	519	19	46	30	3	1	1
Alter							
18-24 Jahre	101	7	64	23	3	3	0
25-34 Jahre	121	13	39	35	3	9	1
35-44 Jahre	220	13	53	26	6	1	1
45-59 Jahre	240	13	50	28	4	4	1
60 Jahre und älter	310	24	36	34	1	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	25	36	33	2	1	3
10. Klasse	439	14	46	31	4	5	1
Abitur	111	16	65	14	4	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	12	49	32	4	3	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	11	49	31	4	4	0
in Ausbildung	32	3	81	16	0	0	0
arbeitslos	116	15	40	31	5	7	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	25	42	28	2	1	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	9	47	34	6	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	11	53	31	4	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	16	54	20	4	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	14	37	44	0	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	15	47	30	4	3	1
evangelisch	270	20	43	31	3	3	0
katholisch	92	18	53	22	1	2	4

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A38**Vertrauen zur Bundeswehr**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	18	31	32	7	5	7
Geschlecht							
Männer	481	18	32	31	9	7	3
Frauen	519	18	30	34	6	3	10
Alter							
18-24 Jahre	101	25	21	44	7	3	1
25-34 Jahre	121	8	34	37	7	10	5
35-44 Jahre	220	13	46	31	4	2	5
45-59 Jahre	240	14	29	30	10	8	8
60 Jahre und älter	310	26	24	30	8	2	10
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	30	20	32	6	1	10
10. Klasse	439	17	35	31	6	5	8
Abitur	111	12	31	40	11	5	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	10	34	32	11	9	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	14	36	33	8	5	5
in Ausbildung	32	19	23	48	7	3	0
arbeitslos	116	10	33	31	5	9	11
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	25	24	31	8	3	9
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	13	38	36	6	2	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	17	34	31	9	4	4
höh.-leit. Ang./Beamte	82	5	40	40	6	7	3
Landw./Selbst./Freiber.	57	21	36	20	9	9	5
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	17	30	34	8	5	7
evangelisch	270	19	34	31	7	4	6
katholisch	92	23	33	28	3	7	7

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit der Bundeswehr?

Tabelle A39**Vertrauen zu öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	16	50	30	2	2	1
Geschlecht							
Männer	481	14	55	25	2	3	1
Frauen	519	18	44	34	2	0	2
Alter							
18-24 Jahre	101	18	51	28	2	1	0
25-34 Jahre	121	13	50	30	3	5	0
35-44 Jahre	220	8	57	30	2	2	1
45-59 Jahre	240	18	51	27	2	1	2
60 Jahre und älter	310	21	43	32	2	1	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	24	35	36	0	3	2
10. Klasse	439	14	51	30	2	2	1
Abitur	111	13	60	25	2	0	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	12	58	25	4	1	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	11	55	29	2	2	1
in Ausbildung	32	19	52	26	3	0	0
arbeitslos	116	20	40	32	3	3	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	20	45	31	1	1	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	11	55	27	2	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	13	51	31	3	2	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	7	65	27	0	0	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	11	54	30	4	2	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	14	50	31	2	2	1
evangelisch	270	18	50	27	2	1	1
katholisch	92	18	45	29	4	2	1

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern (ARD, ZDF, MDR)?

Tabelle A40**Vertrauen zu privaten Fernsehsendern**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	18	44	20	8	6
Geschlecht							
Männer	481	4	15	48	21	9	4
Frauen	519	5	20	41	20	7	7
Alter							
18-24 Jahre	101	7	22	49	14	9	0
25-34 Jahre	121	1	18	45	23	10	3
35-44 Jahre	220	4	25	44	19	7	1
45-59 Jahre	240	5	14	43	24	9	6
60 Jahre und älter	310	4	15	44	20	7	11
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	8	20	48	13	3	8
10. Klasse	439	4	20	45	21	8	3
Abitur	111	3	15	40	21	14	7
(Fach-) Hochschulabschluss	222	1	13	43	27	9	7
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	2	17	47	24	8	2
in Ausbildung	32	0	25	41	25	9	0
arbeitslos	116	10	24	40	10	10	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	4	16	43	19	8	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	4	24	48	20	4	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	2	16	48	23	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	3	7	43	33	10	4
Landw./Selbst./Freiber.	57	3	16	43	21	16	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	4	19	44	20	8	4
evangelisch	270	4	15	48	16	9	9
katholisch	92	4	14	37	31	4	10

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit privaten Fernsehsendern (RTL, SAT1 usw.)?

Tabelle A41

Vertrauen zu Behörden in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	27	51	13	5	1
Geschlecht							
Männer	481	3	27	49	14	7	0
Frauen	519	4	27	52	12	4	1
Alter							
18-24 Jahre	101	2	33	56	7	2	0
25-34 Jahre	121	3	18	40	28	12	1
35-44 Jahre	220	2	31	49	13	6	0
45-59 Jahre	240	3	25	54	10	8	0
60 Jahre und älter	310	7	27	51	10	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	7	27	52	8	4	2
10. Klasse	439	2	27	49	14	8	0
Abitur	111	7	24	45	17	5	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	4	28	55	11	2	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	2	24	54	13	7	1
in Ausbildung	32	3	28	56	6	6	0
arbeitslos	116	3	26	49	19	4	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	7	31	47	11	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	2	19	58	13	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	4	24	55	11	5	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	1	41	39	13	6	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	16	57	16	9	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	3	25	51	13	7	1
evangelisch	270	5	29	52	12	3	1
katholisch	92	5	34	43	11	5	1

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit den Behörden in Thüringen?

Tabelle A42

Vertrauen zu Schulen in Thüringen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	36	33	9	3	8
Geschlecht							
Männer	481	8	39	31	11	3	8
Frauen	519	13	33	35	7	3	9
Alter							
18-24 Jahre	101	13	61	17	5	4	0
25-34 Jahre	121	7	42	38	4	6	3
35-44 Jahre	220	6	42	35	11	1	5
45-59 Jahre	240	12	32	31	11	3	12
60 Jahre und älter	310	12	24	37	10	3	14
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	225	18	23	38	5	2	15
10. Klasse	439	10	37	33	9	4	7
Abitur	111	8	55	23	10	1	4
(Fach-) Hochschulabschluss	222	5	39	32	13	4	8
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	492	9	40	33	10	3	5
in Ausbildung	32	3	78	13	3	3	0
arbeitslos	116	13	30	38	3	5	11
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	11	29	34	10	3	13
Berufsgruppe							
Arbeiter	173	12	35	32	9	4	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	9	39	36	10	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	7	48	23	13	5	4
Landw./Selbst./Freiber.	57	5	43	39	11	0	2
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	637	9	35	35	9	4	8
evangelisch	270	13	38	29	10	2	9
katholisch	92	9	36	35	9	0	11

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen?

Wie ist das mit den Schulen in Thüringen?

Tabelle A43

Zufriedenheit mit der Demokratie

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	2	36	47	16	1
Geschlecht						
Männer	481	1	38	45	15	0
Frauen	519	2	33	48	16	1
Alter						
18-24 Jahre	101	0	44	47	9	0
25-34 Jahre	121	1	33	41	25	0
35-44 Jahre	220	1	29	51	19	0
45-59 Jahre	240	1	30	53	16	1
60 Jahre und älter	310	3	43	41	13	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	3	36	46	15	1
10. Klasse	439	1	30	51	17	1
Abitur	111	0	43	44	13	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	3	41	41	15	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	1	33	51	15	0
in Ausbildung	32	0	45	42	13	0
arbeitslos	116	0	27	46	25	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	3	41	41	14	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	1	31	55	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	1	31	54	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	2	43	39	16	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	0	30	50	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	1	32	50	17	1
evangelisch	270	3	44	41	12	0
katholisch	92	3	36	44	15	2

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A44**Demokratie besser als andere Staatsideen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	19	58	16	5	2
Geschlecht						
Männer	481	26	57	12	5	1
Frauen	519	14	59	19	4	4
Alter						
18-24 Jahre	101	32	57	10	1	0
25-34 Jahre	121	11	67	12	9	1
35-44 Jahre	220	16	64	15	5	1
45-59 Jahre	240	23	54	17	4	3
60 Jahre und älter	310	19	54	18	5	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	14	49	21	9	7
10. Klasse	439	16	59	19	4	2
Abitur	111	25	67	8	0	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	28	62	8	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	20	60	15	4	1
in Ausbildung	32	38	56	6	0	0
arbeitslos	116	18	48	23	9	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	18	58	15	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	18	54	19	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	18	65	14	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	26	64	7	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	57	23	61	16	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	19	57	17	5	2
evangelisch	270	20	58	15	4	3
katholisch	92	20	63	10	4	3

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen Sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle A45

**Auseinandersetzungen zwischen
Interessengruppen schaden Allgemeinwohl**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	31	32	25	10	2
Geschlecht						
Männer	481	33	27	28	10	2
Frauen	519	29	37	23	9	3
Alter						
18-24 Jahre	101	21	34	39	5	1
25-34 Jahre	121	31	31	25	12	3
35-44 Jahre	220	26	35	30	9	1
45-59 Jahre	240	30	30	27	11	3
60 Jahre und älter	310	39	32	16	9	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	39	27	20	11	4
10. Klasse	439	34	36	20	8	2
Abitur	111	14	32	39	12	3
(Fach-) Hochschulabschluss	222	24	30	33	12	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	28	32	30	10	1
in Ausbildung	32	16	52	32	0	0
arbeitslos	116	24	33	26	13	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	38	31	19	9	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	31	34	27	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	26	31	32	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	26	22	34	17	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	28	40	23	9	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	31	32	24	11	2
evangelisch	270	30	32	27	7	4
katholisch	92	30	36	25	7	2

Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft schaden dem Allgemeinwohl.

Tabelle A46

Demokratie und Mehrheitsentscheidung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	44	40	9	4	2
Geschlecht						
Männer	481	49	42	5	3	1
Frauen	519	40	39	13	5	4
Alter						
18-24 Jahre	101	40	42	13	4	2
25-34 Jahre	121	32	57	9	2	0
35-44 Jahre	220	42	41	11	4	2
45-59 Jahre	240	47	35	10	6	3
60 Jahre und älter	310	50	36	7	4	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	43	34	12	7	5
10. Klasse	439	39	44	11	4	2
Abitur	111	41	50	8	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	58	33	6	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	44	42	9	3	2
in Ausbildung	32	53	34	9	3	0
arbeitslos	116	39	41	11	7	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	45	38	10	5	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	35	47	10	5	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	44	41	11	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	56	37	5	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	58	39	4	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	46	38	9	5	2
evangelisch	270	41	44	11	3	2
katholisch	92	42	44	8	4	2

In einer Demokratie muss sich die Minderheit der Mehrheitsentscheidung beugen, solange ihre grundlegenden Rechte geschützt sind.

Tabelle A47

Demokratie und politische Beteiligung

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	28	36	24	9	3
Geschlecht						
Männer	481	26	34	26	11	2
Frauen	519	30	37	21	8	4
Alter						
18-24 Jahre	101	12	36	39	14	0
25-34 Jahre	121	23	33	31	11	2
35-44 Jahre	220	22	37	29	11	1
45-59 Jahre	240	32	39	17	8	3
60 Jahre und älter	310	38	33	18	7	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	38	35	14	8	5
10. Klasse	439	28	37	23	9	2
Abitur	111	17	27	47	7	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	24	40	22	11	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	24	37	27	9	2
in Ausbildung	32	16	28	44	13	0
arbeitslos	116	30	39	17	10	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	34	34	19	9	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	28	38	21	12	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	22	41	27	8	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	25	31	37	5	3
Landw./Selbst./Freiber.	57	22	35	33	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	28	37	24	9	2
evangelisch	270	26	36	25	9	3
katholisch	92	36	27	21	11	5

In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder politisch beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt.

Tabelle A48

Aufgabe der politischen Opposition

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	37	40	16	6	2
Geschlecht						
Männer	481	35	36	21	6	1
Frauen	519	38	43	11	5	3
Alter						
18-24 Jahre	101	28	47	20	4	2
25-34 Jahre	121	29	48	16	7	1
35-44 Jahre	220	34	39	19	6	2
45-59 Jahre	240	37	36	16	7	3
60 Jahre und älter	310	44	37	12	5	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	38	42	10	6	4
10. Klasse	439	36	42	14	5	3
Abitur	111	34	36	26	4	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	37	34	20	9	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	32	42	19	6	2
in Ausbildung	32	29	42	19	3	7
arbeitslos	116	35	39	15	8	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	44	37	12	5	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	30	47	15	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	37	37	20	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	28	36	30	5	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	30	46	11	9	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	39	37	15	7	2
evangelisch	270	33	43	19	4	1
katholisch	92	27	48	12	7	7

Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Tabelle A49

Demokratie und soziale Ungleichheit

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	55	30	11	3	2
Geschlecht						
Männer	481	55	29	12	2	1
Frauen	519	56	30	9	3	3
Alter						
18-24 Jahre	101	44	41	14	1	0
25-34 Jahre	121	43	39	14	3	2
35-44 Jahre	220	55	30	12	3	1
45-59 Jahre	240	62	24	9	3	2
60 Jahre und älter	310	59	27	8	3	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	53	31	8	4	5
10. Klasse	439	58	29	9	3	2
Abitur	111	46	33	19	2	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	58	28	12	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	55	30	12	2	1
in Ausbildung	32	55	29	16	0	0
arbeitslos	116	56	26	10	3	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	57	30	8	3	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	60	31	5	3	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	58	26	13	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	42	42	17	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	47	26	23	4	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	58	29	9	3	2
evangelisch	270	52	31	13	2	2
katholisch	92	50	30	13	2	4

Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.

Tabelle A50

		Rechtsstaatlichkeit				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	44	17	18	19	2
Geschlecht						
Männer	481	41	17	18	23	1
Frauen	519	46	17	18	16	3
Alter						
18-24 Jahre	101	17	24	35	25	0
25-34 Jahre	121	31	19	23	23	4
35-44 Jahre	220	46	19	19	16	1
45-59 Jahre	240	43	16	16	23	3
60 Jahre und älter	310	58	12	12	16	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	57	12	8	20	3
10. Klasse	439	48	19	16	15	2
Abitur	111	23	16	37	21	3
(Fach-) Hochschulabschluss	222	34	18	22	26	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	40	20	20	19	2
in Ausbildung	32	13	16	42	29	0
arbeitslos	116	43	18	13	24	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	53	13	15	17	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	45	22	16	15	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	37	22	23	16	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	27	14	27	30	3
Landw./Selbst./Freiber.	57	51	12	14	23	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	44	18	16	19	2
evangelisch	270	41	17	22	17	3
katholisch	92	50	9	19	22	1

Ein Schwerverbrecher kann vor Gericht nicht dieselben Rechte beanspruchen wie alle anderen.

Tabelle A51

**Mehrheit ausreichend über
politische Fragen informiert**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	23	59	12	1
Geschlecht						
Männer	481	5	20	64	11	0
Frauen	519	6	25	54	14	2
Alter						
18-24 Jahre	101	4	23	67	6	0
25-34 Jahre	121	6	17	63	12	2
35-44 Jahre	220	4	17	68	12	0
45-59 Jahre	240	5	21	60	13	1
60 Jahre und älter	310	8	31	46	13	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	10	35	40	13	2
10. Klasse	439	4	24	61	10	1
Abitur	111	3	16	69	12	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	5	11	67	17	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	4	20	66	10	1
in Ausbildung	32	7	13	71	10	0
arbeitslos	116	6	18	62	12	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	8	29	47	15	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	5	25	64	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	4	16	70	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	3	16	62	20	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	21	63	11	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	5	23	58	13	1
evangelisch	270	9	18	61	10	2
katholisch	92	0	32	54	13	1

Was halten Sie von der Auffassung, dass die meisten Leute in Deutschland hinreichend informiert sind, um über komplizierte politische Fragen zu entscheiden?

Tabelle A52

Volksentscheid bei wichtigen Fragen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	47	39	11	2	1
Geschlecht						
Männer	481	47	36	16	2	0
Frauen	519	47	42	7	3	1
Alter						
18-24 Jahre	101	32	47	21	1	0
25-34 Jahre	121	38	48	14	1	0
35-44 Jahre	220	47	41	9	3	1
45-59 Jahre	240	45	43	11	2	0
60 Jahre und älter	310	57	29	8	4	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	55	36	4	3	1
10. Klasse	439	54	38	6	2	0
Abitur	111	23	47	28	3	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	37	40	20	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	44	42	12	2	0
in Ausbildung	32	41	41	16	3	0
arbeitslos	116	46	48	3	3	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	53	31	12	3	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	56	38	5	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	38	48	12	1	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	26	45	26	4	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	51	35	12	2	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	49	39	9	2	1
evangelisch	270	42	40	14	3	0
katholisch	92	48	38	13	1	0

Was halten Sie von der Auffassung, dass wichtige politische Fragen häufiger durch Volksentscheid entschieden werden sollten?

Tabelle A53

Mich an einen Politiker wenden

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	14	42	42	2
Geschlecht					
Männer	481	19	42	38	1
Frauen	519	9	43	45	3
Alter					
18-24 Jahre	101	9	56	33	2
25-34 Jahre	121	16	47	37	1
35-44 Jahre	220	15	48	36	1
45-59 Jahre	240	15	41	41	3
60 Jahre und älter	310	14	33	51	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	7	35	56	2
10. Klasse	439	14	41	44	1
Abitur	111	10	53	32	5
(Fach-) Hochschulabschluss	222	24	48	28	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	15	45	39	1
in Ausbildung	32	16	53	22	9
arbeitslos	116	12	44	42	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	13	38	47	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	8	42	48	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	13	46	40	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	28	50	22	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	26	40	33	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	13	44	41	2
evangelisch	270	18	40	40	2
katholisch	92	12	39	48	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Mich an einen Politiker wenden.

Tabelle A54**In einer politischen Partei mitarbeiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	14	75	1
Geschlecht					
Männer	481	13	16	69	2
Frauen	519	8	11	80	1
Alter					
18-24 Jahre	101	1	21	76	2
25-34 Jahre	121	5	28	67	0
35-44 Jahre	220	10	18	70	2
45-59 Jahre	240	14	12	74	0
60 Jahre und älter	310	13	4	81	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	8	10	81	1
10. Klasse	439	10	14	74	1
Abitur	111	4	17	78	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	16	14	68	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	11	16	72	1
in Ausbildung	32	3	13	78	6
arbeitslos	116	8	21	72	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	11	8	79	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	8	13	79	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	8	16	74	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	18	18	62	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	18	19	63	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	9	13	77	1
evangelisch	270	14	14	69	2
katholisch	92	11	12	74	4

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer politischen Partei mitarbeiten.*

Tabelle A55

		In einer Bürgerinitiative mitarbeiten			
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	58	28	3
Geschlecht					
Männer	481	14	57	27	3
Frauen	519	10	58	30	3
Alter					
18-24 Jahre	101	4	79	14	3
25-34 Jahre	121	7	69	23	1
35-44 Jahre	220	11	65	21	3
45-59 Jahre	240	11	61	25	3
60 Jahre und älter	310	17	38	43	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	7	43	48	2
10. Klasse	439	10	62	25	3
Abitur	111	8	72	16	4
(Fach-) Hochschulabschluss	222	23	55	21	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	12	62	23	3
in Ausbildung	32	0	81	16	3
arbeitslos	116	10	68	22	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	13	46	39	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	5	65	25	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	12	64	21	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	18	60	21	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	25	51	25	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	10	60	28	2
evangelisch	270	17	51	29	2
katholisch	92	7	60	27	7

*Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?
In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.*

Tabelle A56

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	An einer genehmigten Demonstration teilnehmen			
		habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	23	45	30	2
Geschlecht					
Männer	481	28	43	27	3
Frauen	519	18	47	33	2
Alter					
18-24 Jahre	101	20	61	18	1
25-34 Jahre	121	31	48	18	3
35-44 Jahre	220	26	53	19	3
45-59 Jahre	240	25	45	27	3
60 Jahre und älter	310	17	33	48	2
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	14	33	51	2
10. Klasse	439	21	52	24	3
Abitur	111	32	41	26	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	30	46	22	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	25	50	22	3
in Ausbildung	32	29	55	13	3
arbeitslos	116	25	52	22	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	19	35	45	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	19	55	20	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	27	53	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	29	42	27	2
Landw./Selbst./Freiber.	57	32	37	25	7
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	24	46	27	2
evangelisch	270	22	41	35	3
katholisch	92	19	47	32	1

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A57

**An einer nicht genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	16	77	3
Geschlecht					
Männer	481	5	20	72	3
Frauen	519	3	12	82	3
Alter					
18-24 Jahre	101	0	27	71	2
25-34 Jahre	121	9	26	62	3
35-44 Jahre	220	9	20	69	3
45-59 Jahre	240	3	18	74	5
60 Jahre und älter	310	2	4	93	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	1	7	90	1
10. Klasse	439	5	17	76	3
Abitur	111	5	23	70	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	5	21	70	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	6	20	71	3
in Ausbildung	32	0	31	63	6
arbeitslos	116	4	23	67	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	3	7	89	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	5	20	73	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	6	20	70	4
höh.-leit. Ang./Beamte	82	4	26	68	2
Landw./Selbst./Freiber.	57	11	12	74	4
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	3	20	74	3
evangelisch	270	8	10	81	2
katholisch	92	1	11	88	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A58

Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	8	90	2
Geschlecht					
Männer	481	0	11	87	2
Frauen	519	1	5	93	1
Alter					
18-24 Jahre	101	1	10	88	1
25-34 Jahre	121	0	10	88	2
35-44 Jahre	220	0	9	89	2
45-59 Jahre	240	0	8	90	2
60 Jahre und älter	310	2	6	92	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	225	1	10	87	2
10. Klasse	439	1	10	88	1
Abitur	111	0	3	96	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	1	4	93	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	492	0	9	89	2
in Ausbildung	32	0	13	84	3
arbeitslos	116	0	9	89	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	1	6	92	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	173	0	12	87	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	0	7	92	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	1	7	89	2
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	7	88	4
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	637	1	8	89	2
evangelisch	270	0	9	90	1
katholisch	92	0	3	97	0

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?

Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.

Tabelle A59

Gehorsam und Disziplin wichtig

Zeilenprozentage %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	35	34	21	9	1
Geschlecht						
Männer	481	36	33	21	9	1
Frauen	519	33	36	22	9	1
Alter						
18-24 Jahre	101	7	28	49	17	0
25-34 Jahre	121	16	33	43	8	0
35-44 Jahre	220	29	37	21	11	1
45-59 Jahre	240	28	41	18	12	0
60 Jahre und älter	310	59	30	7	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	60	32	5	3	0
10. Klasse	439	32	36	21	11	1
Abitur	111	13	33	43	11	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	27	34	27	11	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	24	39	25	11	1
in Ausbildung	32	10	23	55	13	0
arbeitslos	116	37	30	21	12	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	51	31	13	5	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	33	41	18	8	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	19	39	29	11	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	21	39	29	11	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	19	29	31	21	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	33	34	22	11	1
evangelisch	270	37	32	23	6	1
katholisch	92	36	41	15	7	1

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A60

Wir brauchen eine starke Hand

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	39	33	17	10	1
Geschlecht						
Männer	481	36	30	19	14	1
Frauen	519	43	37	14	6	1
Alter						
18-24 Jahre	101	33	45	18	5	0
25-34 Jahre	121	32	39	21	8	0
35-44 Jahre	220	36	39	17	8	0
45-59 Jahre	240	38	30	19	12	1
60 Jahre und älter	310	50	26	13	11	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	61	26	7	4	2
10. Klasse	439	41	35	16	7	1
Abitur	111	24	39	22	15	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	23	34	26	18	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	34	37	19	11	0
in Ausbildung	32	39	29	23	10	0
arbeitslos	116	45	32	16	7	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	46	30	14	9	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	43	38	13	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	28	38	23	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	26	37	24	14	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	34	30	14	18	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	40	32	18	10	1
evangelisch	270	39	37	13	10	0
katholisch	92	40	31	19	5	4

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A61

Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	19	34	32	12	3
Geschlecht						
Männer	481	20	35	29	14	3
Frauen	519	19	33	35	11	3
Alter						
18-24 Jahre	101	14	33	40	13	0
25-34 Jahre	121	19	34	32	15	0
35-44 Jahre	220	21	37	31	11	1
45-59 Jahre	240	21	30	32	13	4
60 Jahre und älter	310	19	35	31	11	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	27	34	26	9	4
10. Klasse	439	25	34	28	10	3
Abitur	111	3	39	40	19	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	9	29	42	17	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	21	34	31	12	2
in Ausbildung	32	16	13	58	13	0
arbeitslos	116	23	36	26	13	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	16	34	33	12	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	36	36	16	10	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	15	34	43	7	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	9	31	35	23	2
Landw./Selbst./Freiber.	57	13	36	32	16	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	19	35	31	13	2
evangelisch	270	24	31	29	12	3
katholisch	92	10	33	46	7	5

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A62

Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	25	30	25	18	2
Geschlecht						
Männer	481	21	30	27	21	0
Frauen	519	28	30	24	16	3
Alter						
18-24 Jahre	101	19	25	32	24	0
25-34 Jahre	121	16	26	33	25	0
35-44 Jahre	220	21	34	28	16	1
45-59 Jahre	240	25	30	25	19	1
60 Jahre und älter	310	32	32	19	14	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	40	31	14	12	4
10. Klasse	439	28	37	21	13	1
Abitur	111	4	18	45	33	1
(Fach-) Hochschulabschluss	222	14	23	36	27	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	21	30	28	20	1
in Ausbildung	32	23	16	29	32	0
arbeitslos	116	27	30	24	18	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	29	32	22	15	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	34	35	16	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	13	34	33	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	12	16	42	29	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	19	26	30	25	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	24	31	26	19	1
evangelisch	270	29	29	23	16	3
katholisch	92	17	33	29	19	2

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A63

**Deutsche Interessen gegenüber Ausland
durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	31	34	24	10	1
Geschlecht						
Männer	481	31	32	23	13	1
Frauen	519	31	36	24	8	2
Alter						
18-24 Jahre	101	19	41	36	5	0
25-34 Jahre	121	19	36	31	14	0
35-44 Jahre	220	27	36	24	11	1
45-59 Jahre	240	32	30	23	13	2
60 Jahre und älter	310	42	33	17	7	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	53	31	11	3	1
10. Klasse	439	32	38	21	8	2
Abitur	111	13	31	38	17	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	17	30	34	18	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	27	34	26	13	1
in Ausbildung	32	13	31	44	13	0
arbeitslos	116	33	35	20	11	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	38	34	19	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	35	38	17	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	26	27	34	12	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	14	33	35	19	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	24	41	16	19	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	31	35	22	11	2
evangelisch	270	31	32	29	8	0
katholisch	92	33	34	20	11	1

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A64

Diktatur die bessere Staatsform

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	16	24	55	2
Geschlecht						
Männer	481	5	15	21	59	1
Frauen	519	3	17	27	51	3
Alter						
18-24 Jahre	101	0	8	23	67	2
25-34 Jahre	121	3	12	26	59	1
35-44 Jahre	220	4	16	22	55	3
45-59 Jahre	240	4	15	22	58	1
60 Jahre und älter	310	6	20	26	47	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	7	26	26	38	4
10. Klasse	439	4	15	24	56	2
Abitur	111	0	11	23	67	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	3	10	25	62	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	4	13	24	58	1
in Ausbildung	32	0	10	19	71	0
arbeitslos	116	3	23	20	50	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	4	18	27	49	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	8	14	24	53	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	2	12	23	61	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	1	13	24	60	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	0	14	23	63	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	4	18	25	51	2
evangelisch	270	3	11	25	58	3
katholisch	92	1	13	17	67	1

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Tabelle A65

Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	7	30	32	29	3
Geschlecht						
Männer	481	7	30	32	31	1
Frauen	519	7	29	32	27	4
Alter						
18-24 Jahre	101	6	20	43	31	0
25-34 Jahre	121	3	25	35	37	1
35-44 Jahre	220	6	30	30	32	2
45-59 Jahre	240	6	30	28	35	2
60 Jahre und älter	310	11	35	30	19	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	13	40	25	15	7
10. Klasse	439	8	36	31	24	2
Abitur	111	5	15	34	46	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	2	12	39	45	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	6	28	29	35	1
in Ausbildung	32	6	16	50	25	3
arbeitslos	116	8	34	34	23	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	9	31	33	22	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	10	45	19	23	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	4	25	29	42	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	0	9	43	48	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	9	14	40	37	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	8	27	32	31	2
evangelisch	270	7	37	28	23	4
katholisch	92	4	25	39	27	4

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A66

**Ausländer sollen unter
eigenen Landsleuten heiraten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	14	26	48	2
Geschlecht						
Männer	481	9	12	25	54	1
Frauen	519	14	15	26	43	3
Alter						
18-24 Jahre	101	1	11	29	59	0
25-34 Jahre	121	7	7	26	58	1
35-44 Jahre	220	8	9	26	56	2
45-59 Jahre	240	7	15	23	53	2
60 Jahre und älter	310	22	19	26	31	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	24	23	24	26	2
10. Klasse	439	9	14	28	46	3
Abitur	111	4	5	15	77	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	5	7	27	59	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	6	9	26	57	2
in Ausbildung	32	0	16	19	66	0
arbeitslos	116	14	17	23	44	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	18	18	26	36	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	9	14	23	52	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	5	8	34	53	1
höh.-leit. Ang./Beamte	82	6	2	22	70	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	5	22	67	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	12	12	25	50	1
evangelisch	270	10	18	24	45	4
katholisch	92	8	11	34	45	3

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A67

Es gibt wertvolles und unwertes Leben

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	19	14	13	50	4
Geschlecht						
Männer	481	20	11	15	51	3
Frauen	519	18	16	12	49	5
Alter						
18-24 Jahre	101	8	15	18	59	0
25-34 Jahre	121	15	11	22	53	0
35-44 Jahre	220	18	10	13	58	1
45-59 Jahre	240	17	14	11	54	4
60 Jahre und älter	310	26	17	10	38	10
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	35	21	10	25	8
10. Klasse	439	19	16	11	49	4
Abitur	111	6	3	19	70	2
(Fach-) Hochschulabschluss	222	7	5	18	69	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	17	12	14	55	2
in Ausbildung	32	3	0	13	84	0
arbeitslos	116	19	18	14	44	5
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	22	16	12	43	8
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	24	19	14	41	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	14	9	13	61	2
höh.-leit. Ang./Beamte	82	12	7	17	62	1
Landw./Selbst./Freiber.	57	9	7	14	67	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	19	14	13	50	4
evangelisch	270	18	12	15	50	5
katholisch	92	16	16	10	52	5

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A68

Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	14	22	55	3
Geschlecht						
Männer	481	4	13	27	53	4
Frauen	519	8	15	18	57	3
Alter						
18-24 Jahre	101	4	17	30	50	0
25-34 Jahre	121	3	17	23	54	4
35-44 Jahre	220	6	15	25	52	2
45-59 Jahre	240	4	11	16	65	5
60 Jahre und älter	310	10	13	21	54	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	15	18	23	40	4
10. Klasse	439	4	16	23	53	4
Abitur	111	3	11	24	60	3
(Fach-) Hochschulabschluss	222	2	8	17	73	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	3	13	23	58	4
in Ausbildung	32	0	19	34	44	3
arbeitslos	116	10	17	22	46	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	9	13	20	56	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	5	17	24	49	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	2	14	22	59	3
höh.-leit. Ang./Beamte	82	1	4	17	73	5
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	11	25	60	4
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	6	14	22	54	3
evangelisch	270	4	14	20	59	3
katholisch	92	7	11	27	53	2

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A69

Die Juden passen nicht zu uns

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	9	21	62	4
Geschlecht						
Männer	481	5	6	23	62	3
Frauen	519	4	11	19	61	5
Alter						
18-24 Jahre	101	2	6	18	74	0
25-34 Jahre	121	2	1	31	64	3
35-44 Jahre	220	6	7	25	61	2
45-59 Jahre	240	4	6	18	66	6
60 Jahre und älter	310	6	16	18	54	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	8	17	21	44	9
10. Klasse	439	5	8	24	58	5
Abitur	111	0	2	16	82	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	2	4	17	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	3	5	24	64	3
in Ausbildung	32	7	0	7	87	0
arbeitslos	116	5	9	26	52	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	6	14	16	53	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	7	10	20	58	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	0	3	31	62	4
höh.-leit. Ang./Beamte	82	4	4	15	78	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	2	0	26	70	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	4	8	22	61	5
evangelisch	270	4	10	18	65	3
katholisch	92	4	10	23	59	4

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A70

Der Stärkere soll sich durchsetzen

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	9	14	35	42	1
Geschlecht						
Männer	481	5	13	36	46	0
Frauen	519	12	15	33	39	1
Alter						
18-24 Jahre	101	3	8	31	58	0
25-34 Jahre	121	5	7	51	37	0
35-44 Jahre	220	4	14	39	43	1
45-59 Jahre	240	6	13	36	45	1
60 Jahre und älter	310	18	19	25	37	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	225	22	20	24	32	2
10. Klasse	439	6	13	36	44	1
Abitur	111	4	10	43	44	0
(Fach-) Hochschulabschluss	222	4	10	37	48	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	492	4	11	41	43	0
in Ausbildung	32	0	16	42	42	0
arbeitslos	116	12	12	32	42	2
übrige Nicht-Erwerbstätige	360	15	17	26	41	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	173	2	16	33	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	181	5	9	46	40	0
höh.-leit. Ang./Beamte	82	6	6	52	35	0
Landw./Selbst./Freiber.	57	5	12	35	48	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	637	8	12	33	47	1
evangelisch	270	12	16	36	35	1
katholisch	92	3	18	41	37	1

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.